

Wochentlich 55 Bl., monatlich 1,60 M., vierteljährlich 4,80 M., einschließlich 60 Pfg. Postgebühren und 75 Pfg. Postgebühren für Auslandsendungen 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Welt und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Lohn“, „Witz in die Wägenwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einseitige Konzentration des „Vorwärts“ auf die Berliner Verhältnisse ist ein Mangel. „Kleine Anzeigen“ des „Vorwärts“ (Hilfsblätter) sind seit dem 1. März 1929 (jedes weitere Wort 12 Pfennig, Stielgebühren das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte, Arbeitssatz 60 Pfennig, Familienanzeigen 80 Pfennig, Anzeigenannahme im Hauptgebäude Lindenstraße 3, montags bis 17 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkonten: Berlin 87538. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Knabenstr. und Bramten, Wallstr. 65. D. B. u. Disk.-Ges., Postfach 1000, Berlin 3.

Abrüstung!

Heimwehrultimatum wird abgewiesen.

Wien, 22. Mai. (Eigenbericht.)

Der Ministerrat hat heute beschlossen, das in Aussicht genommene Entwaffnungsgesetz sofort dem Nationalrat zu stellen. Die parlamentarische Beratung des Gesetzes wird am Freitag beginnen. In seiner zur Begründung des Gesetzes in Aussicht genommenen Rede wird Bundeskanzler Schober die Forderung der Heimwehr als für die Regierung unannehmbar bezeichnen.

Soviel bis jetzt über das Entwaffnungsgesetz bekannt ist, verbietet es den unbefugten Waffenbesitz und bedroht die Zuwiderhandlung mit Gefängnisstrafe. Der unbefugte Waffenbesitz ist schon durch das uralte „Waffenpatent“ verboten, das in der Reaktionszeit nach 1848 vom Kaiser erlassen wurde; bis jetzt wird aber unbefugter Waffenbesitz meistens nur mit ziemlich geringer Geldstrafe geahndet und fast immer nur als Zusatzurteil in dem Strafkenntnis für ein Verbrechen oder Vergehen, das eben mit dieser Waffe verübt worden ist. Obgleich der Frieden von St. Germain ein Gesetz der Republik Österreich ist, somit bewaffnete Körperschaften außer dem Heer, der Gendarmerie, der Sicherheitspolizei, der Zollwache und dem Fortschutz verboten sind, haben die reaktionären Bürgerblockregierungen seit 1920 das Entstehen bewaffneter Rechtsverbände geduldet; ihre Bluttaten und die Passivität der Staatsgewalt dagegen haben dann die Arbeiterschaft zur Aufstellung eines Selbstschutzes veranlaßt, der „Ordnung“, aus denen der Republikanische Schutzbund geworden ist. Heute steht er in Wien, den anderen Städten und Industriebezirken dem Heimwehrsfaschismus als starke Macht gegenüber.

Die Sozialdemokratische Partei hat sich immer wieder für die volle innere Abrüstung erklärt. Will man sie ernstlich — und diesen Willen hat Bundeskanzler Schober dem Völkerbund schriftlich erklärt — so muß man mit unbedingter Ehrlichkeit beide Lager vollkommen gleich abrüsten. Nach allem, was Deutschösterreich in den letzten Jahren erleben mußte, wird man verstehen, daß die Arbeiterschaft schon sehr bindende Zusagen der Unparteilichkeit fordern muß.

Gegen das Entwaffnungsgesetz hat sich der ehemalige Bundeskanzler Seipel eben noch in einem Interview geäußert, das er — in Budapest gab. Es gehört schon was dazu, sich als deutschösterreichischer Staatsmann gegen die eigene Regierung öffentlich auszusprechen, noch dazu in der Hauptstadt eines Staates, der 1921 durch Vandalenkrieg verlor, das Burgenland zurückzunehmen und der in den Schulen „erzieherisch“, in Landkarten, Filmen und Blumenbeeten propagandistisch ausnugte die Wiedergewinnung der abgetretenen, größtenteils nicht magyarischen Gebiete fordert. Aber dem Herrn Seipel geht die Solidarität mit den Arbeiterfeinden aller Länder über alles. So oft er als Kanzler abgewirtschaftet hatte, intriglierte er gegen seinen Nachfolger: Streeruwitz wurde im vorigen Herbst der Verfassungsturm auf den Hals gehehrt, Schober jetzt das Heimwehr-Ultimatum.

Die Wintermonate verliefen verhältnismäßig ruhig, beide Lager standen Gewehr bei Fuß. Schobers persönliches Prestige schien durch den für Österreich befriedigenden Ausgang der Reparationsregelung im Haag und durch seine Reisen nach Rom, Berlin, Paris und London gestärkt. Aber mit dem Beginn des Frühjahrs zeigte es sich, daß die Lösung vom Herbst nur eine Scheinlösung war, weil die faschistische Richtung Bestandteil der Regierungsmehrheit geblieben war: die Heimwehr rekrutiert sich zum größten Teil aus dem christlich-sozialen Lager. Der Vizekanzler und Heeresminister, ein Nachfolger Seipels im christlich-sozialen Parteivorstand, Baugain, hat sich bisher immerfort bemüht, den Wünschen der Heimwehr entgegenzukommen. Jetzt muß Bundeskanzler Schober auch seine vielgerühmte Energie beweisen und vor allem Farbe bekennen. Er wird am besten wissen, was für sein Land innerpolitisch, außenpolitisch und wirtschaftlich auf dem Spiele steht. Im Verlauf seiner Unterredungen mit Briand und Henderson dürfte ihm klar geworden sein, daß das Ausland nicht gleichgültig zusehen kann, wenn sie neben dem kriegsgefährlichen italienischen Faschismus ein ähnliches extrem-nationalistisches und reaktionäres Regime in Österreich etablieren würde.

Die deutsche Sozialdemokratie wird, wie immer, so auch in Zukunft ihre Pflicht der Solidarität mit der Bruderpartei bis zum Letzten erfüllen.

Finanzpolitik des Brüning-Blocks.

Verwirrung und Zweckpessimismus.

Vor wenigen Monaten überboten sich die bürgerlichen Zeitungen in der Propaganda für Steuererleichterungen im Milliardenmaß. An der Spitze stand das „Berliner Tageblatt“, das Tag für Tag immer schwungvollere Artikel darüber brachte. Es stellte seine Spalten nicht nur dem hoffnungslosen Optimisten Reinhold zur Verfügung, sondern schwang sich zu noch unbekümmerten eigenen Leistungen auf. Jetzt beginnen die bürgerlichen Blätter das umgekehrte Spiel und bringen alarmierende Darstellungen, in denen bereits auf Heller und Pfennig ausgerechnet ist, wie hoch der Fehlbetrag am 31. März des nächsten Jahres sein wird. Man müsse also Steuererleichterungen in größtem Ausmaß durchführen, während man bisher Steuererleichterungen propagiert hatte. Und wiederum steht das „Berliner Tageblatt“ an der Spitze.

Gewiß ist mit der ungünstigen Entwicklung der Wirtschaftslage auch eine ungünstige Entwicklung der Reichsfinanzen verbunden.

Der Einfluß der ungünstigen Wirtschaftsentwicklung zeigt sich sowohl in einem Rückgang der Einnahmen als auch in einem Ansteigen der notwendigen Ausgaben. Bei den Einnahmen ist die Tatsache bemerkenswert, daß jetzt auch die Verbrauchssteuern geringere Erträge liefern, also von der schlechten Konjunktur und der Massenarbeitslosigkeit erheblich beeinflusst werden. Steigende Ausgaben sind erforderlich nicht nur für die Arbeitslosenversicherung, sondern auch für die Krisenfürsorge und für die Wohlfahrtserwerbslosen der Gemeinden. Aber auch nach der Meinung der Regierung für die Reichswehr.

Aber das zahlenmäßige Ausmaß dieser Verschlechterung der öffentlichen Finanzen läßt sich jetzt am Beginn des Etatsjahres zwar schätzen, aber doch nicht einigermaßen zuverlässig übersehen. Denn die neu beschlossenen Steuern haben noch nicht zu fließen begonnen. Auch hängen die Einnahmen aus Zöllen ganz von dem Ausfall der Ernte ab. Außerdem kommt es sehr darauf an, ob der Herr Reichsfinanzminister Dr. Reichenhauer sich endlich seiner Verantwortung bewußt wird und Steuererleichterungen von Duzenden von Millionen vermeidet, wie er sie jetzt bei der Unterlassung der Nachverzahlung für Benzin und Benzol bewilligt hat.

Die in der Presse mitgeteilten Vorschläge über die Deckung der voraussichtlichen Fehlbeträge stellen unter diesen Umständen nur Vermutungen und Fühler dar, aber noch keinerlei ernsthafte politische Absichten.

Die jetzige Regierungsmehrheit ist ein solches Sammelsurium von verschiedenen Interessen, bei denen die minderwertigsten immer die größte Aussicht auf Erfolg haben, daß man einstweilen daran zweifeln muß, daß sie einen vernünftigen Weg aus den jetzigen Finanzschwierigkeiten finden wird. Man braucht gegenüber den

erwähnten Vorschlägen nur daran zu denken, daß das sogenannte Notopfer für die Festbesoldeten im Reichstag eine qualifizierte Mehrheit erfordert, daß die Erhöhung der Biersteuer in dem jetzt beabsichtigten Ausmaß vor vier Wochen einen Krieg mit Bayern hervorzurufen drohte, daß die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 1/4 Proz. an dem Widerstand der Deutschen Volkspartei scheiterte, während man jetzt die Erhöhung um 1 Proz. plant. Und ähnlich ist es bei den anderen Vorschlägen, von denen einige nichts anderes bedeuten, als den Rückfall in die alte Leichtfertigkeit des Bürgerblocks, durch die der Zusammenbruch der Reichsfinanzen erst herbeigeführt wurde.

Die Sozialdemokratie hat den Ernst der Finanzlage immer mit besonderem Nachdruck betont. Sie hat deshalb auch den Fehlbetrag der Arbeitslosenversicherung nicht leicht genommen, sondern hat auf ihre vollständige Sanierung gedrungen und die Verantwortung der Regierungsbeteiligung abgelehnt, als das nicht zu erreichen war. Um so mehr hat die Sozialdemokratie jetzt das Recht, vor den Ubertreibungen zu warnen, die das Bild der öffentlichen Finanzen nicht schwarz genug malen können. Denn diese Schwarzmalerei hat einen sehr berücksichtigten Zweck:

Die Finanzlage der öffentlichen Körperschaften soll als so hoffnungslos dargestellt werden, daß die rückständige Zusammenstreichung der sozialen Ausgaben als einziger Ausweg übrig zu bleiben scheint, während es eigentlich nur notwendig wäre, zu erkennen, daß Steuererleichterungen für absehbare Zeit in das Reich der Utopie gehören.

Das Kabinett berät.

Amlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett beschäftigte sich auch in seiner gestrigen Sitzung mit der wirtschaftspolitischen Lage in ihrer Gesamtheit. Die auf Grund des letzten Kabinettsbeschlusses seit einigen Tagen mit der Reichspost geführten Verhandlungen haben das beabsichtigte Ergebnis gezeitigt, daß schon jetzt alle für 1930 vorgesehenen Lieferungsauträge vergeben und Arbeiterentlassungen daher nicht erfolgen werden.

In der weiteren wirtschaftspolitischen Kabinettsausprache wurden heute Beschlüsse noch nicht gefaßt, vielmehr wird das Reichskabinett, das sich in seinen letzten Sitzungen wiederholt mit der Sanierung der Arbeitslosenversicherung und der gesamten Finanzlage nebst Deckungsvorschlägen beschäftigt hat, nunmehr am kommenden Dienstag zu diesen Fragen entscheidend Stellung nehmen.

Beamtenprotest.

Der geschäftsführende Vorstand des Deutschen Beamtenbundes erklärt einen neuen Protest gegen ein Notopfer der Festbesoldeten und fordert ein Notopfer aller leistungsfähigen Volksschichten.

Versteckspiel mit Wirth.

Herr Fric leugnet seine Worte — sein Parteifreund wiederholt sie.

Weimar, 22. Mai. (Eigenbericht.)

Im Thüringischen Landtag wurden heute bei der Beratung des Volksbildungsetats auch die jetzt besonders umstrittenen Fric'schen Schulgebete erörtert.

Zuerst sprach der Sozialdemokrat Greil, der auf Grund seiner Aufzeichnungen in den Sitzungen des Haushaltsausschusses die Äußerungen Fric's über die Schulgebete wiedergab. Nachdem was Fric nach den übereinstimmenden schriftlichen Notizen und stenographischen Aufzeichnungen der vier sozialistischen Abgeordneten klar und deutlich und in mehrmaliger Rede und Gegenrede ausgeführt hat, sei festzustellen, daß sich die Schulgebete

gegen die Juden, gegen die Außenpolitik, gegen die Reichsverfassung und gegen die Völkerveröhnung richten sollen.

Hierauf nahm Dr. Fric das Wort. Dr. Fric erklärte unter anderem: Es handelt sich nicht um Hochgebete, sondern nur um Freiheitsgebete. Der Wortlaut meiner Äußerungen hat nicht den Sinn, den Greil ihnen untergeschoben hat.

Es ist eine ungeheuerliche Entstellung, wenn Greil behauptet, die Gebete richteten sich gegen die Juden.

(Lebhafter Widerspruch links.) In den Gebeten steht kein Wort von den Juden. (Zuruf links: Das ist nationalsozialistischer Hödenmüll!) Dr. Fric erklärte dann:

„Der gemeinste und schändlichste Volksverrat, den es je in der Weltgeschichte gegeben hat, das ist der von 1918, und der ungeheuerlichste Volksbetrug ist der Marxismus in Theorie und Praxis.“

Diese Äußerung löste auf der Linken minutenlange Protestrufe aus. Der sozialdemokratische Abg. Dr. Brill trat dem Heimkrieger Fric entgegen und bezeichnete nach einer Darlegung über den militärischen Zusammenbruch des Weltkrieges die Worte Fric's als die größte Verlogenheit die in der letzten Zeit im Thüringer Landtag geäußert worden ist.

Darauf sprach der Nationalsozialist Wächter, einer der neuen Fachberater im Thüringischen Volksbildungsministerium. Er erklärte,

er und seine Parteifreunde verständen unter dem Begriff „anti- und völkstrende Kräfte“ allerdings in erster Linie die Juden. Er hielt eine antisemitische Rede, wie man sie wohl selten in einem deutschen Parlament gehört hat.

Von volksparteilicher Seite wurde eine Entschlüsselung eingebracht, die verlangt, daß über die Freiheitsgebete erneut

verhandelt werden soll. Fried erklärte sich bereit, mit der Kirche und den Lehrerorganisationen nochmals über die Gebete Verhandlungen zu führen. Vorläufig werde er auf eine Berichtserstattung durch die Direktoren und Schulleiter über die Auswirkung seiner Verordnung verzichten.

Herr Fried war im Ausschuss des thüringischen Landtags sehr offenerherzig. Er machte aus seinem Herzen keine Mördergrube. Angesichts einem drohenden Eingreifen des Reichs erklärte er jetzt: mein Name ist Hase, ich weiß von nichts, ich habe nichts gesagt.

Dafür sagt sein Parteifreund Baechler um so lauter, was Herr Fried jetzt aus tatsächlichen Gründen nicht wiederholen will.

Tatbestand: Herr Fried und seine Freunde betreiben ein niedliches Versteckspiel mit Herrn Wirth.

Vertrauen für Macdonald.

Mosley mit 210 gegen 29 Stimmen unterlegen.

London, 22. Mai. (Eigenbericht)

Heute haben im Lager der Arbeiterpartei schwere innere Auseinandersetzungen über die durch den Rücktritt Mosley geschaffene Lage stattgefunden. Zunächst traten die Gewerkschaftler unter den Unterhausabgeordneten der Arbeiterpartei zusammen und legten ihre Stellungnahme fest. Trotz scharfster Kritik an der Arbeitslosenpolitik der Regierung wurde beschlossen, das Kabinett gegen Mosley zu unterstützen. Damit war der Ausgang des Ringens zwischen dem Kabinett und Mosley entschieden.

In der darauf stattgefundenen Fraktions Sitzung erwiderte Mosley nach einflussreicher eindrucksvoller Rede sein Programm und unterbreitete der Fraktion eine Entschliessung. In der die Fraktion aufgefordert wurde, sich für die von ihm entwickelten Gedankengänge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auszusprechen. Macdonald, der als nächster sprach, bezeichnete diese Entschliessung als ein Mißtrauensvotum gegen das Kabinett und forderte die Fraktion auf, die Entschliessung Mosley abzu lehnen und der Regierung damit ihr Vertrauen zu bekunden.

Die Mosley-Resolution wurde hierauf mit 210 gegen 29 Stimmen verworfen. Das Abstimmungsergebnis gibt weniger über die tatsächliche Stellungnahme der Fraktion zu Mosleys Programm als darüber Auskunft, daß für die Fraktion die Loyalität gegenüber der Regierung alle anderen Gesichtspunkte überwiegt.

Das Schicksal der Konsumsteuer.

Finanzminister Moldenhauer verlangt Deckung.

Bei der Beratung des Ermächtigungsgesetzes zur Senkung der Kapitalverkehrssteuern im Steueranschluß des Reichstages hatten die Kommunisten den von der Sozialdemokratie gestellten Antrag auf Aufhebung der erhöhten Umsatzsteuer für Warenhäuser und Konsumvereine eingebracht. Er wurde mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien, auch des Zentrums, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

So sehr diese Stellungnahme bedauerlich ist für den großen Widerstand, den die Aufhebung dieser Straffsteuer finden wird, so wenig entscheidend ist diese Abstimmung im Steueranschluß, zumal sie bei einer unpassenden Gelegenheit herbeigeführt wurde. Die wirkliche Entscheidung über das Schicksal der erhöhten Umsatzsteuer wird bei der Beratung des Antrages der Sozialdemokratie über ihre rückwirkende Aufhebung und eines ähnlichen Antrages des Zentrums erfolgen. Der Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer, der noch vor kurzem im Reichstag erklärte, er erwäge Strafmaßnahmen gegen die Warenhäuser wegen des Versuchs der Abwälzung dieser Sondersteuer auf die Plekseranten hat inzwischen auch in dieser Frage sich beharren lassen müssen und lehnt die Aufhebung der Steuer keinen Widerstand entgegen. Allerdings verlangt er Deckung für den durch die Beseitigung der erhöhten Umsatzsteuer entstehenden Ausfall. Und zwar könnte diese Deckung durch eine Erhöhung der allgemeinen Umsatzsteuer von 0,85 Proz. auf 0,88 Proz. erfolgen!

Man erzählt in parlamentarischen Kreisen, für den Fall der Annahme dieses Vorchlages beschlisse der Reichsfinanzminister jedem Umsatzsteuerpflichtigen eine Rechenmaschine auf seine Kosten zur Verfügung zu stellen. Er sei dazu um so eher bereit, weil er glaube, durch diese Massenproduktion von Rechenmaschinen wirksam zur Verringerung der Arbeitslosigkeit beitragen zu können.

Die Ermächtigung angenommen.

Die Interessenten drängen schon weiter!

Der Steuerauschuß des Reichstags hat am Donnerstag den Gesetzentwurf über die Ermächtigung zu steuerlichen Maßnahmen zwecks Erleichterung und Verbilligung der Kreditversorgung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Die Regierungsvorlage wurde nur in einem Punkt geändert. Entsprechend einem sozialdemokratischen Antrag soll die Ermächtigung nur gelten für die Ermächtigung der Kapitalertragssteuer bei festverzinslichen Wertpapieren. Die Befreiung der Kapitalertragssteuer für Dividendenwerte, die von einzelnen bürgerlichen Parteien auch gewünscht wird, kann dadurch nicht auf dem Verordnungsweg durchgeführt werden.

Reichsbankpräsident Dr. Cuhler ist mit dem Flugzeug in Paris eingetroffen, um an den Verhandlungen über die Bedingungen für die Emission der 300-Millionen-Dollar-Reparationsanleihe teilzunehmen.

25 Flugzeughallen im besetzten Gebiet sind von den Franzosen rekrutiert worden. Der Hinweis der hessischen Regierung, daß die drei Hallen in Greisheim für den künftigen Flughafen unentbehrlich seien, blieb erfolglos.

Verlagerungszustand in Scholapur wurde verhängt, das Hauptquartier des zivilen Widerstandes in Umtaal von Polizei und Militär zerstört, viele Parteigänger des aufständischen Häuptlings von Tarangal (Nordwestindien) durch Flugbomben getötet oder verletzt.

60 Kamillen demonstrieren in Paris vor dem Präsidentenpalast mit einer Trauerfeier durch Aufsteigen und Verteilung schwarzer umhüllter Flugblätter gegen die blutige Niederschlagung des Aufstandes in ihrer Heimat. Der Versuch, ins Eingebirge einzudringen, scheiterte an der Polizei, die 12 Kamillen verhaftete.

Braun gegen Staatsgerichtshof.

Dritte Lesung des Etats. — Nachsichtigung.

Am Donnerstag begann im Preussischen Landtag die dritte Lesung des Gesetzentwurfs für 1930. Einleitend wurde eine große Anfrage der Deutschnationalen über das Vorgehen der Regierung gegen Beamte, die sich am Volksbegehren beteiligt haben, beantwortet.

Ministerpräsident Dr. Otto Braun:

Meine Ausführungen im Hauptausschuß vom 5. Mai, daß sich die Regierung vom Staatsgericht nicht daran hindern lassen werde, auch gegen Beamte vorzugehen, die sich am Volksbegehren lebhaft durch Eingekommenheit beteiligt haben, falls sie es für notwendig erachten würde, haben dem Staatsministerium keine Veranlassung gegeben, darüber eine Entscheidung herbeizuführen.

Ausführungen, die ich im Parlament machte, habe ich nun vor diesem zu verantworten.

Das Kabinett in seiner Gesamtheit entscheidet nur bei Meinungsverschiedenheiten seiner Mitglieder. Solche sind aber in der hier zur Erörterung stehenden Angelegenheit bisher nicht zu Tage getreten.

Meine Äußerung verleiht nicht im entferntesten die Achtung vor Gesetz und Rechtsprechung, wie die Interpellanten behaupten. Sie ist auch nicht geeignet, das Gefühl der Rechtsicherheit zu erschüttern. Im Gegenteil:

Ich setze mit meiner Stellungnahme durchaus auf dem Boden des Gesetzes, denn zur Entscheidung über disziplinarisch zu ahndendes Verhalten von Beamten sind nach dem Gesetz lediglich die im Gesetz dafür vorgesehenen Instanzen, d. h. die Vorgesetzten und die unabhängigen Disziplinargerichte zuständig.

Urteile des Staatsgerichtshofs in den Fällen des Artikels 19 der Reichsverfassung haben im Gegensatz zu den Urteilen, die das Reichsgericht gemäß Artikel 13 Abs. 2 der Reichsverfassung auf Grund des Reichsgesetzes vom 8. April 1920 fällt, keine Gesetzeskraft und können daher die unabhängigen Disziplinargerichte nicht unmittelbar binden.

Genau so wie jedes Amtsgericht berechtigt ist, von einer Entscheidung des Reichsgerichts abzuweichen, wenn es glaubt, die Begründung der Reichsgerichtsentscheidung durch seine Urteilsbegründung erschüttern und das Reichsgericht zur Nachprüfung seines Rechtsstandpunktes veranlassen zu können, ebenso steht dieses Recht den Disziplinargerichten gegenüber den Urteilen der höchsten Reichsgerichte, also auch des Staatsgerichtshofs zu.

Das Urteil des Staatsgerichtshofs vom 19. Dezember vorigen Jahres fordert in mehrfacher Hinsicht die Kritik heraus, so daß eine richterliche Nachprüfung durchaus erwünscht wäre.

Freilich ist es nicht richtig, wenn behauptet wird, der Staatsgerichtshof habe den Kläger voll recht gegeben und gegen die Staatsregierung entschieden. Wenn aber der Staatsgerichtshof schließlich zu dem Urteil gekommen ist, daß die im Artikel 150 Abs. 2 der Reichsverfassung den Beamten gewährte Freiheit ihrer politischen Meinung das Recht umfasse, sich bei einem zugelassenen Volksbegehren, ohne Rücksicht auf dessen Inhalt, einzutragen und beim Volksentscheid abzustimmen, so ist mit dieser Entscheidung der Staatsgerichtshof nach meinem Dafürhalten über seine Zuständigkeit hinausgegangen. (Sehr wohl! links. Vorden rechts.)

Es muß beachtet werden, daß die ganze Klage sich gegen eine Ministerrede, die den Beamten auf sich zur Kenntnis gebracht war, richtet. Es muß

zu ganz unmöglichen Konsequenzen führen, wenn der Staatsgerichtshof sich als Instanzbehörde aufstellen wollte über Reden, die die Minister im Parlament halten.

Aber es liegt nun einmal auf der Linie des Strebens des Staatsgerichtshofs, mangels fester gesetzlicher Umgrenzung seiner Zuständigkeit diese Zuständigkeit im weitestgehenden Maße auszuweiden.

Ich will hier nicht Beispiele anführen. Ich erwähne nur jene Entscheidung über die Klage der preussischen Staatsregierung gegen die Reichsregierung, die die Verfassungswidrigkeit des Gesetzes über die Biersteuerertragsminderungen an Bayern zum Gegenstand hatte. Dort entschied der Staatsgerichtshof die Klage im Sinne der Klägerin und sprach aus, daß das Gesetz verfassungswidrig sei, setzte sich sodann aber an die Stelle des Gesetzgebers und ersetzte wie ein z-betriebenes Amtsgericht eine einseitige Verfügung, wonach die Reichsregierung die in dem verfassungswidrig erklärten Gesetz festgesetzte Summe weiter zu zahlen hätte, was dazu geführt hat, daß jetzt seit Jahr und Tag auf Grund des für verfassungswidrig erklärten Gesetzes jährlich 45 Millionen aus der Biersteuer vom Reiche an Bayern gezahlt werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Im vorliegenden Falle bewegt sich der Staatsgerichtshof auch in der Entscheidung der Frage der Unzulässigkeit der Klägerin in merkwürdigen Widersprüchen. Nach der geltenden Rechtsauffassung sollen nur an der Gesetzgebung beteiligte Organe, aber nicht einzelne Personen oder Personengruppen berechtigt sein, beim Staatsgerichtshof Verfassungsfragen anhängig zu machen. Der Staatsgerichtshof hat auch angegeben, daß eine einzelne Fraktion keine Befugnis habe, an Stelle des Landtags das Staatsministerium zu beaufschließen. Die deutschnationale Fraktion könne sich auch nicht darauf berufen, daß sie die Rechte der Deutschnationalen Partei angehöriger Beamten wahrnehme, da es sich hier um Einzelpersonen handelt. Logischerweise hätte auf Grund dieser Auffassung der Staatsgerichtshof also die Klage abweisen müssen. Er hat das nicht getan, sondern schließlich die Klageberechtigung der Fraktion deshalb bejaht, weil die Deutschnationale Volkspartei als Mitträgerin des Volksbegehrens ein berechtigtes Interesse an dessen ungehinderter Durchführung habe und da die genannte Partei eine preussische Landesorganisation nicht besitze, die Landtagsfraktion als solche angesehen werden müsse.

Diese Darlegung ist rechtlich höchst anfechtbar. Bedenklich ist auch die Entscheidung, daß der Beamte sich ohne Rücksicht auf den Inhalt eines zugelassenen Volksbegehrens stets einzusetzen dürfe. Das kann zu den unmöglichsten Konsequenzen führen. Man halte sich nur vor Augen, ein von Herrn Kube abgeleitetes Volksbegehren wäre vom Minister Fried zugelassen; dann soll es allen Beamten frei stehen, ohne Rücksicht auf den Inhalt des Volksbegehrens, dieses zu unterzeichnen, d. h., zu unterstützen? Das müßte zu einer völligen Untergrabung der für eine geordnete Staatsverwaltung unerlässlichen Disziplin der Beamenschaft führen und den Staat selbst in der verhängnisvollsten Weise gefährden.

Unter diesen Umständen hält sich die Staatsregierung geradezu für verpflichtet, den eingeleiteten Verfahren ihren Fortgang zu geben.

Sie hätte auch, wenn sie es für zweckmäßig gehalten hätte, auch Verfahren gegen solche Beamte einzuleiten, die sich lediglich einzeln beteiligt haben, sich keiner irgendwie gearteten Rechtsvertretung schuldig gemacht. (Beifall links.)

Hr. Steinhoff (Dnt.) erklärt im Namen seiner Fraktion, daß die Ausführungen des Ministerpräsidenten, das Mißtrauen seiner Freunde gegen ihn noch vertieft haben. Seine Nichtachtung vor dem Spruch des obersten Staatsgerichtshofs untergrabe die Rechtsicherheit. Seine Politik sei eine Verletzung des Parteibuchstabenpunktes. Nach seinen Leistungen sei Braun völlig ungeeignet zum Ministerpräsidenten. Seine Fraktion werde ihn deshalb das Gehalt nicht bewilligen.

Abg. Dr. Hamburger (Soz.):

Im Gegensatz zum Redner ist es für uns eine Bewunderung, daß der von der Regierung unter Führung von Otto Braun eingebrachte Etat trotz der schwierigsten Situationen sehr unmittelbar vor der Verabschiedung steht.

Wir stellen weiter mit Befriedigung fest, daß die in Preußen von uns gestellte Forderung der restlosen Bereitstellung der Rücklässe aus den Hauszinssteuerhypotheken für den Wohnungsbau im Reiche durch die Reg. Lipinski verwirklicht wurde.

Trotz der finanziellen Notlage ist der Etat durch Bereitstellung von 15 Millionen für den Grenzfonds verbessert und durch Erhöhung der Mittel für die Kinderpeilung, die Grenztheater und für den Ausbau von Volkshäusern nach der sozialen Seite hin erweitert worden.

Wir sind weit entfernt davon, beifällig zu sein. Aber wir haben es hervor in einem Zeitpunkt, in dem z. B. Thüringen die Erwerbslosenbildung auf der ganzen Linie abbaut. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Selber war die Bilanzierung des Etats nicht ohne Erhöhung der Grundvermögenssteuer möglich. Dennoch war diese Maßnahme noch die sozialste Art des Ausgleichs. Berücksichtigt man dagegen die viel größeren Schwierigkeiten, in denen sich z. B. Bayern befindet, so erscheint das Vorgehen der Deutschnationalen sachlich vollkommen verständnislos.

Die Erhöhung der Steuer hat ihre Ursache nicht in preussischen Verhältnissen, sondern in der allgemeinen Wirtschaftsdpression und in dem für Preußen ungerechten Finanzausgleich.

den der Ministerpräsident in bezug auf die Biersteuer bereits gekennzeichnet hat, und der uns insgesamt 85 Millionen Mark jährlich entzieht. Stünde uns diese Summe zur Verfügung, so wäre die Steuererhöhung überflüssig gewesen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die von den Deutschnationalen oft geäußerte Sorge um die gleichartige Zusammenfassung der preussischen und der Reichsregierung erscheint als eine positive Selbstlosigkeit ohne gleichen, wenn man bedenkt, daß sie selbst nicht in der Reichsregierung sitzen. Tatsächlich sind ja in allen Freistaaten die Regierungen anders zusammengesetzt als die Reichsregierung. Und dennoch haben die Deutschnationalen hier vor kurzem einen Aufstellungsantrag der Wirtschaftspartei nicht zugestimmt. Diese Zurückhaltung hat der „Völkische Beobachter“ ein Ganzstück politischer Feigheit genannt und eine Unterstützung der jüdisch-marginalistischen Diktatur in Preußen durch die Jungerpartei der Pantoffelhelden. Wir gratulieren den Deutschnationalen herzlich zu diesen Bundesnossen im Ausschuss für das Volksbegehren. (Heiterkeit.)

Die wahren Gründe für diese Zurückhaltung hat einer der prominentesten deutschnationalen Führer in Preußen, Herr von Kries, in einem Artikel niedergelegt. Er ist der Auffassung, daß Preußenwahlen ohne gleichzeitige Reichstagswahlen wegen der Wahlmüdigkeit des Bürgertums unzuverlässig sind, da sie doch nur eine Stärkung der marxistischen Parteien bringen würden. Dennoch kann doch wohl die Erbitterung über die marxistische Diktatur im Lande nicht so groß sein, wie es die Rechtsradikalen hier immer wieder behaupten.

Man fürchtet also eine Stärkung der Sozialdemokratie!

So viel Wahrheit in so wenigen Worten! Bei den Deutschnationalen lassen. Wir haben diese Tatsache gebührend hervor. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Zum Schluß fordert der Redner für die Verteilung der Dillhilfe die Einschaltung Preußens, von dem zuerst die Anregung dazu ausgegangen ist. Darauf habe Preußen ein Zurück, da es von 1924 bis 1929 weit über eine Milliarde für den Osten zur Verfügung gestellt habe. Die Dillhilfe dürfe unter keinen Umständen einseitig einzelnen Berufsgruppen, wie nur dem Großgrundbesitz, zugute kommen. Auch der notleidenden Arbeiterschaft des Ostens müsse geholfen werden.

Die Dillhilfe sei schließlich nicht dazu da, nur verkrachten Großgrundbesitzern, denen sonst nicht mehr zu helfen wäre, zugute zu kommen.

Der Redner weist schließlich noch darauf hin, daß bisher Preußen der Hort der Republik gewesen sei. In dieser Stellung könne sich die Reichsregierung, wie immer diese auch zusammengesetzt sein möge, jederzeit auf Preußen stützen, wenn sie vielleicht sehr bald in die Lage kommt, in Thüringen zuzupacken zu müssen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Verhulstons (Z.) weist auf die Schwierigkeiten hin, unter denen der Etat zum Ausgleich gebracht werden mußte. Das Zentrum begrüße den Grenzfond, bekämpfe aber die Absichten der Rechten, mit ihm politische Geschäfte zu machen. Das Berliner Selbstverwaltungsgesetz möge man bis zur allgemeinen Reform zurückstellen, um dieser nicht durch eine Sonderregelung vorzugreifen. Seine Fraktion sei zur großen Koalition bereit, die schon da sein könne, wenn nicht die Volkspartei ihre Forderungen überponen hätte.

Abg. Jendrosch (Komm.) macht die Regierung und die sozialdemokratische Fraktion für die Verletzung der breiten Massen verantwortlich.

Abg. Stendel (D. Sp.) bedauert die abfällige Kritik des Ministerpräsidenten gegenüber dem Urteil des Staatsgerichtshofs. Eine solche Kritik fördere nicht die Staatsautorität. Dem Zentrum gegenüber müsse sich die Deutsche Volkspartei schon vorbehalten, selbst zu bestimmen, unter welchen Umständen sie in die Regierung eintrete. Das milde Urteil gegen den Stahlhelmführer Düsterberg wegen Beleidigung des Innenministers Grzesinski sei bedauerlich. Ein offenkundiger Reich habe das Recht zu verlangen, auch als solcher behandelt zu werden.

Finanzminister Dr. Höpfer-Adhoff

bittet einen Antrag der Volkspartei, der das Subjektrecht des Landtags wahren will für die vom Reich für die produktive Arbeitslosenfürsorge, für den Grenzfonds und für die landwirtschaftlichen Fonds überwiesenen Mittel, dem Hauptausschuß zu überweisen.

Abg. Kiedel (Dem.) fordert Reichs- und Preußenregierung auf bei den Verhandlungen über das Saargebiet keine preussischen Rechtsansprüche aufzugeben.

Abg. Köhler (Wirtschaftsp.) behauptet, daß die Deutschnationalen nur aus Furcht vor ungeheuren Randzinsverlusten den Aufstellungsantrag der Wirtschaftspartei abgelehnt hätten. Seine Partei sei in die Reichsregierung eingetreten, um die deutsche Wirtschaft und den Mittelstand wieder aufzurichten, nachdem dort der verhängnisvolle Einfluß der Sozialdemokratie ausgeschaltet worden sei. Auch in Preußen müsse die jetzige sozialistische Regierung so schnell wie möglich durch eine bürgerliche ersetzt werden.

Hierauf wird die Beratung abgebrochen. Das Haus vertagte sich um 17 1/2 Uhr auf 18 1/2 Uhr. Die Weiterberatung soll in einer Nachsichtigung stattfinden.

In der Abend Sitzung kamen weiter die Vertreter der oppositionellen Splitterparteien und der Abg. Kerll (Komm.) zu Wort.

Die Debatte wird am Freitag fortgesetzt. Um 10 1/2 Uhr wurde die Weiterberatung um die dritte Lesung der Grundsteuernovelle auf Freitag, 10 Uhr, verlegt.

Die Kieler Munitionsschiebung.

Heftiger Zusammenstoß Groener-Künstler im Reichstag.

Der Reichstag setzte am Donnerstag nachmittag die zweite Lesung des Reichswehretats fort.

Abg. Brüninghaus (D. Sp.): Nicht Kadavergehörigkeit, sondern freie Disziplin war die Stärke des alten Heeres, Kostengeist gab es nicht darin. Soldatenmishandlung bekämpfen auch wir, Besserung ist zahlenmäßig erwiesen, ebenso bei den Soldatenelbstmorden, die noch auf Wirren und Räte der Nachkriegszeit zurückzuführen sind. Alle Streichungsanträge lehnen wir ab. Andere Staaten (deren Rüstungen der Redner aufzählt) denken gar nicht daran, abzurufen, trotz aller Verständigungsreden.

Die Zerstörung von Flughallen usw. im besetzten Gebiet knapp vor der Räumung und zwölf Jahre nach dem Krieg, sowie die ganze Hebe gegen Deutschland in Frankreich können nicht jene verständliche Stimmung hervorrufen, die Herr Brandt doch zur Verwirklichung von Panuropa braucht.

das übrigens nur die französische Vorherrschaft verewigen soll. Die Rede Schöpfins zeigt, daß der Wille zur Entpolitisierung der Wehrmacht in der Sozialdemokratie seit ihrem Magdeburger Programm erfreuliche Fortschritte gemacht hat. Wegen der angeblichen Zusammenhänge zwischen der Reichswehr und der Roten Armee sollte sich Herr Schöpfins bei dem vorigen Reichstanzler erkundigen, der nach die Politik bestimmt hat; Dr. Leber hat ja schon unter der Kanzlerschaft Hermann Müller auf diese Behauptungen hingewiesen. Wir leben eine Teilnahme von Sowjetoffizieren an den Reichswehrmanövern nicht gern. (Beifall der Deutschen Volkspartei.)

Abg. Dr. Riß (Dem.): Die Macht des Rechts ist das Ziel der Friedenspolitik. Aber kein Staat kann seine Wehrmittel aufgeben. Wir sind für einen stabilen Reichswehretat auf einem niedrigeren Niveau als jetzt. Wir lehnen die erste Rate für das Panzerschiff B ab und wollen ein Bauprogramm auf zehn Jahre, damit wir nicht immer von den einzelnen Bauvorhaben überumpelt werden. Der Beamtenstab der Reichswehr und der Marine ist viel zu groß. Die Reichswehr muß als Berufsarmee ein Volksherr sein, in dem der Offizier sozial fühlt (Heiterkeit bei den Kommunisten) und der einfache Mann Aufstiegsaussichten hat.

Abg. François (Wirtsch.): Alle Wehrmöglichkeiten sollen ausgeschöpft werden, denn sie können nur zur Verteidigung, nicht zum Angriff dienen. Der Wehrgedanke muß dem Volke erhalten bleiben, wenn es nicht untergehen soll. Wir sind aber für ökonomische Sparmaßnahmen im Wehretat angelegentlich der Wirtschaft. Wir bitten,

möglichst viel Freiwillige aus dem ehemals besetzten Gebiet in die Reichswehr aufzunehmen; sie werden die besten Soldaten sein, weil sie den Feind im Land gesehen haben.

Die Preise der Monopolumunitionsfabriken müßten auf die Differenz mit den Herstellungskosten geprüft werden. Das Reichswehrministerium ist der größte Immobilienhändler in Deutschland; hat es auch die Sachkenntnis dazu? Handwerkerlöhne sind der geeignete Nachwuchs für das Heer und die Heereswerkstätten. Der Redner spricht lang und breit für die Berücksichtigung der Handwerker bei Heereslieferungen, wird aber mehrmals von Deutschnationalen mit mißbilligenden Rufen wie „Anfuß“, „Aushören“ unterbrochen.

Abg. v. Lindener-Wildau (Volkstom.): Wir sind kein souveräner Staat, solange wir über unsere Wehrmacht nicht selbst bestimmen können. Das Berufsheer ist deutscher Art wegens fremd. Das Heer darf keinen anderen Vorgesetzten als den Inhaber der legalen Gewalt kennen. — Zum Beweis, daß es kein Völkerrecht ohne Macht gibt, zitiert der Redner u. a. Kullinski; dann wendet er sich zu den Sozialdemokraten: 1918 haben Ihre Führer Scheidemann und Noske sich sehr bemüht, die Berliner Wehrmachtsgrenze auszu dehnen, da können Sie heute nicht gegen die Ausmischung aller Wehrmöglichkeiten sein. Wer will einer späteren Generation das Schicksal bereiten, die 1914 ohne Munition dem Feinde gegenüberstanden?

Das Panzerschiff B gehört zum Offiziersprogramm, es ist keine Grundlage.

(Beifall rechts.) Alle unsere Kriegsschiffe sind veraltet. Wehrmacht und Marine sollte dem Parteienstreit entzogen und durch langjährige Programme geregelt werden. Kritik ist nötig, aber sie muß wohlmeinend sein und darf nicht unseren Feinden Material bieten. (Beifall rechts.)

Abg. Kolb (Bayer. Sp.): Einschließlich Versorgung der neuen Wehrmacht sind die Heeresausgaben wieder um 47 Millionen höher, als im Vorjahre, sie sind überhaupt dauernd gestiegen. Die Rohmann-Affäre hat den Glauben an die Sparlichkeit im Heer erschüttert.

Der finanzielle Erfolg der Durchprüfung des Wehretats durch den Reichsparlamentarier hat ungeheuer enttäuscht.

Der Kopf der Heeresleitung ist viel zu groß. Die Landesbefestigungen im Osten sind 1927 in Paris vereinbart worden. Im Wehretat III sollen eine ganze Anzahl neuer Generale ernannt werden sein, wobei andere Offiziere übergegangen und pensioniert worden sind.

Reichswehrminister Groener:

Meine Bemerkungen über den Völkerbund haben nur eine Tatsache festgestellt und waren nicht spöttisch. Wir danken Herrn Schöpfins für die Anerkennung der Verteidigungsstärke der Reichswehr. Die Reichswehr kann nie ein Angriffsheer, aber sie muß fähig sein, unsere Grenzen zu schützen. Nur dann, wenn wir eine Zeitlang widerstehen können, ist ein Einschreiten des Völkerbundes möglich, denn er wird keine Fesseln lösen, die wir uns freiwillig anlegen lassen. Unsere Fesseln haben uns gelehrt, das Beste aus den beschränkten Möglichkeiten zu machen; unser Panzerschiff A gilt zugestandenermaßen als Beispiel für die ganze Welt. Gegenüber dem Abg. Schöpfins stelle ich fest, daß meine Erklärung im Kabinett, ich nehme die Streichungen von 1929 nur an unter der Bedingung, daß sie 1930 wieder aufgehoben werden, protokolllarisch festgehalten ist. Auch die Streichungskommission der Regierungsparteien war damit einverstanden, bitte nur Herrn Dr. Hilferding zu fragen. (Zuruf und Unruhe, Lachen.) Dem Abg. Schöpfins war bei seinen Äußerungen über probabilistische Tätigkeit der Reichswehr anscheinend selbst nicht ganz wohl. Man weiß, daß ich jeder kommunistischen Tätigkeit in der Reichswehr schärfstens entgegenstehe.

Die Bevorzugung von Offizieren bei der Ausgabe von Unterführungen werde ich befehlen. Vorgekommene Mishandlungen sind stets durch gerichtliche Aburteilung geklärt worden; im letzten Jahre sind keine schwereren Mishandlungen mehr vorgekommen.

Den Mannschalts- und Offiziersersatz behalte ich dauernd im Auge, wir bemühen uns, Mängel abzuklären, aber man muß doch wissen, daß das jetzige Verfahren sich bewährt hat. (Gegenrufe links.) Einzelne Mängelstände darf man nicht verallgemeinern. Unsere Grundstücksverluste werden nur mit Zustimmung des Finanzministeriums vorgenommen. Dem, was Abg. v. Bettow-Borbeck über die Jugend gesagt hat, stimme ich durchaus zu.

Die Erhaltung des Wehrwillens im Volk und in der Jugend halte ich für eine der wesentlichsten Aufgaben des Reiches und der Wehrmacht.

Der Minister zählt die Maßnahmen zur Militarisierung der Jugend in Rußland, Italien, Frankreich, Polen, Tschechoslowakei, Schweiz, England und in den USA auf, wo sie nach des Ministers

Meinung besonders gut ist und in Ausbildungslagern erfolgt. Auf den Panzerkreuzer B will er kein Wort einbringen. Der Minister polemisiert dann unter Anführung von Zahlen gegen die Behauptung Polnars — den er nicht nennt, — daß der Reichswehrausbau hoch sei. Diese Behauptungen werden zumeist auf deutsche Zeitungsartikel und Broschüren gestützt. (Zurufe rechts.) Man kann auch nicht die Heeresausgaben Polens und der Tschechoslowakei mit unseren vergleichen, denn bei unserem Soldatenheer beträgt der Sold 40 Proz. der Gesamtausgaben, während er bei der allgemeinen Wehrpflicht ungleich geringer ist. Bei uns stehen alle Militärausgaben im Etat, bei den Polen z. B. aber das vollkommen militarisierete Grenzpolen im Etat des Innern, die militärische Ausbildung der Jugend im Unterrichtsetat. (Hört, hört! und Heiterkeit.) Es sind die hohen Kosten für das Ministerium demängelt worden.

Wir wäre es am liebsten, ich hätte ein ganz kleines Ministerium, meine Erfolge als Feldzeichenbahnen führe ich darauf zurück, daß an der Spitze nur eine ganz kleine aber höchst energiegeladene Leitung stand.

Das Ministerium fand ich sehr groß vor, ich betreibe die Verminderung, aber dazu gehört auch die Übertragung vieler Arbeiten auf die unteren Behörden. Die Aufnahmeprüfungen für die Seeoffiziers- und Ingenieurslaufbahn werden so gestaltet, daß sie mit Grundschulbildung bestanden werden können. Leuten aus dem besetzten Gebiet geben wir Erleichterungen. Mit den Wünschen nach der Berücksichtigung des Mittelstandes bei Heeresaufträgen werden bei mir offene Türen eingeworfen.

Abg. Ritter v. Epp (Natf.): Ich bitte um Auskunft, was die vor zwei Monaten begonnene Untersuchung gegen unsere Parteigenossen erbracht hat. Was sollten wir für Beweggründe haben? (Heiterkeit links. Zuruf: Ach wie harmlos!) Da steht das alte Ammenmärchen vom Putsch dahinter. (Abg. Litke (Soz.): Und 1923?)

1923 war eine andere Situation; fragen Sie nur einmal beim Reichswehrministerium danach!

(Heiterkeit.) Bei uns finden die Soldaten geistigen Anstoß. (Gegenrufe links.) Denn sonst zu bieten haben wir ihnen gar nichts. (Zurufe links.) Bei Ihnen will man sich nur das Portemonnaie füllen. (Lärm links. — Zuruf: Underschwämtheit.) Wir brauchen ein Heer, um das sich ein künftiger Staat als sein Rückgrad gruppieren kann — nichts kann uns also ferner liegen, als dieses Heer zerlegen zu wollen. Es war dieselbe Nichtkenntnis der Seele und der Struktur des Heeres beim Reichswehrminister, das ihn im November 1918 zu jenen verhängnisvollen Ratschlägen veranlaßte, die unser Schicksal herbeiführten, durch Einsetzen von Soldatenräten usw. Im Juni 1919 war es General Groener, dessen Ratschläge die Mehrheit der Nationalversammlung bewogen, dem Schandfrieden von Versailles zuzustimmen. Immer sind Groeners Ratschläge zum Unglück Deutschlands ausgegangen. (Gegenrufe links.) Was ich sage, fühle ich auch auf das, was Noske mir gesagt hat. Wie kann man unsere Heeresausgaben noch herabdrücken wollen zugunsten der Tributzustellungen! Welches vom Himmel kommende Ereignis soll das alles wenden? (Zuruf der Soz.: Friede Schlußgebete werden schon helfen! — Heiterkeit.) Es freut uns, daß das Kabinett den systematischen Bau von Panzerschiffen beschlossen hat, doch sollte man den Beginn nicht noch hinauschieben. Wir danken den Offizieren und Mannschaften der Flotte, die jetzt im Ausland das deutsche Ansehen heben. (Hurra! links.)

Abg. Künstler (Soz.):

Abg. v. Lindener-Wildau hat sich gegen uns auf Scheidemann und Noske berufen. Bei der knappen Zeit erwidere ich nur: Was vor zehn Jahren vielleicht richtig war, braucht heute nicht mehr notwendig und richtig zu sein. Ein Land mit 3 Millionen Erwerbslosen, mit einer kaum zu schillernden Wohnungsnot und einer trostlosen Finanzlage hat dringendere Aufgaben, als die Ausgaben für Heer und Marine endlos zu steigern. Die meisten Redner der bürgerlichen Parteien haben dem Reichswehrminister Dank und Anerkennung gesagt. Ich muß ein heftiges Wort der Kritik sprechen. Im Haushaltsauschuß habe ich am 6. Mai den Reichswehrminister gefragt, warum die vor 2 1/2 Jahren aufgedeckte Kieler Munitionsschiebung noch immer eine restlose Klärung nicht erfahren hat. Eine Antwort darauf ist im Ausschuß nicht gegeben worden. Es ist nicht das erstemal, daß das Reichswehrministerium sich in Schweigen hüllt;

wenn eine Sache der Benderschraube brenzlich wird, dann glaubt Herr Groener, wie sein Vorgänger Dr. Gehler, berechtigt zu sein, dem Reichstag die Aufklärung vorenthalten zu dürfen.

Natürlich zieht das Volk daraus seine richtigen Schlusfolgerungen. (Sehr wahr! links.) Fast in jedem Jahre ist wenigstens ein Fall bekannt geworden, daß höhere Offiziere sich führend an Dingen beteiligt haben, die außenpolitisch der deutschen Republik schaden, und wo außerdem mit dem Geld des deutschen Steuerzahlers Ge-

schäfte gemacht wurden. Nur in den allerersten Fällen ist restlose Aufklärung erfolgt, so daß an der Glaubwürdigkeit und sogar an der Ehrlichkeit des Reichswehrministeriums starke und wachsende Zweifel entstanden sind. Man braucht nur an das volks- und staatsfeindliche Verhalten vieler Offiziere seit 1919 zu denken, an den Phobos-Standal, an das Feldjägerkorps und die Feldbefestigungen, an die Kieler Schiebung usw. Schon vor 2 1/2 Jahren hat Minister Groener versprochen, in dem Kieler Fall strengstens und schnellstens durchzugreifen. Bisher ist keine Klärung erfolgt, und es laucht berechtigter Zweifel auf, ob überhaupt jemals die Öffentlichkeit die reine und laute Wahrheit über diesen Fall gesagt werden wird.

Es muß der Verdacht entstehen, daß man an der Verschleppung der Sache sehr interessiert ist. (Zustimmung links.) Am 10. Februar 1928 sagte der Minister, es handele sich um eine ganz gemeine und gewöhnliche Schiebung, die vor den Staatsanwalt gehöre, und daß er sich freuen würde, wenn alle die Kerle die nunmehr Deckung hinter anderen Personen suchen, rücksichtslos herorgeholt und bestraft würden.

Im Dezember 1929 wurde vor dem Berliner Landgericht gegen zwei Kaufleute wegen dieser Sache verhandelt, und sie wurden freigesprochen. Die beiden klagten auf Widerruf einer Behauptung des Ministers, durch welche sie sich beleidigt fühlten. Der Termin war vom Landgericht Berlin I auf den 3. Mai, 11 Uhr, angesetzt. Im letzten Augenblick setzte das Gericht den Beginn auf 10 Uhr fest, ohne die Beteiligten und die Presse rechtzeitig zu verständigen. Das spricht schon dafür, daß man die Aufklärung scheute. Obwohl der Staatsanwalt Berufung eingelegt hat gegen die Freisprechung vom Dezember 1929, scheint schon festzustehen, daß nicht die beiden Kaufleute allein die Schieber sind, sondern einige Offiziere sich dieser Kaufleute bedienen. Zwischen den beiden Kaufleuten und gewissen Stellen im Reichswehrministerium ist im Februar 1927

ein Vertrag geschlossen worden, wonach die Kaufleute Patronen der Kriegspackung und unbrauchbare Patronenhüllen mit scharfen Zündhütchen erwerben sollten, und zwar in den Mengen, die im März 1928 von den Zeugämtern und Munitionsanstalten ihnen angeboten wurden.

Der bezeichnende Unterschied zwischen diesem Vertrag und allen vorausgegangenen Verträgen des Reichswehrministeriums mit Kaufleuten besteht darin, daß es sich nicht um einen sogenannten Wertvertrag handelt über Bearbeitung von Gegenständen aller Art, die Eigentum des Reichswehrministeriums verbleiben, sondern um einen echten Kaufvertrag, durch den die Kaufleute das Material als Eigentum erworben. Somit scheint es sich um eine ganz regelrechte Geschäftserbindung mit der Wehrmacht zu handeln. Besteht der angegebene Vertrag vom 4. Oktober 1927, dann ist die ganze Angelegenheit klar, jede weitere Prozedur überflüssig und jede gerichtliche Klarstellung unnötig. (Sehr wahr! links.)

Das Reichswehrministerium wird sich vielleicht auch heute aus-schweigen. (Reichswehrminister Groener: Nein, nein, ich werde Ihnen sehr deutlich antworten!)

Ist es richtig, daß auch andere Geschäfte dieser Art mit Zustimmung von Reichswehrstellen gemacht worden sind? Wollen Sie bekräftigen, daß ein Vertreter der italienischen Transportfirma Simonetta in Livorno sich im Reichswehrministerium nach der Rechtmäßigkeit solcher Geschäfte erkundigte? Ist Ihnen bekannt, daß im Vertrag vom Oktober 1927 eine Verschrottungsklausel aufgenommen ist, die im Gegensatz zu den Wertverträgen steht? Wollen Sie, daß die Aufnahme dieser Klausel ausschließlich außenpolitischen Zwecken dienen sollte?

So deutlich und klar habe ich gesprochen, damit Sie klar und deutlich antworten können. Wiederholt sollen Herren im Wehrministerium erklärt haben, daß das Geschäft in Ordnung sei. Warum das undurchsichtige Spiel zur Täuschung der Öffentlichkeit?

Durch restlose Klärung kann die Reichswehr im Volke nur gewinnen.

Was sich im Kieler Fall abspielte, ist dazu angetan, das im Volk vorhandene Vertrauen außerordentlich zu stärken. Die Verschönerungen des Reichswehrministeriums haben noch nie in hohem Ausmaß gestanden. Wollen Sie, Herr Minister, dazu beitragen, daß Ihre Verschönerungen ebenso eingeschätzt werden, wie die des Dr. Gehler? Als Sie vor zwei Jahren Ihr Amt übernahmen, haben Sie uns zugeworfen, daß Sie die Verantwortung tragen. Nun frage ich weiter: Ist es richtig, daß ein deutscher Reichswehroberst das Truppenamt in Moskau besucht hat und daß

zu Ehren des Reichswehrgenerals von Hammerstein in Moskau ein Bankett gegeben worden ist, an dem auch Kriegskommissar Woroschilow teilgenommen hat, sowie die obersten Kommandeure der Roten Armee, und bei dem als zweiter Ehrengast der mit dem Orden der Roten Fahne geschmückte Mar Hölz dem Reichswehrgeneral gegenüberlag?

Hinter dem Baum.



„Herr Wirth, wenn Sie in Thüringen nach dem Rechten sehen, so schauen Sie auch mal hinter den „Baum“!“

Die Angriffe des Abg. Rippenberger auf uns sind lächerlich. Das Verhältnis zwischen der Reichswehr und dem Sowjetmilitär ist viel freundlicher, als die Kommunisten wahr haben wollen. Das hat sich auch bei dem Besuch der russischen Ostflotte im August 1929 in Swinemünde in den Freundschaftsreden des russischen Admirals Kall und des deutschen Admirals Damiisch gezeigt. (Sehr richtig! — Unruhe der Kommunisten.) Gestern hat zum ersten Male im Reichstag die Frau Keese eine gewisse Aktivität entfaltet und recht unpassende Juris gegen meine Fraktion gerichtet.

Die antimilitaristische Gesinnung der Frau Keese und ihre Unterschrift für den Mißtrauensantrag gegen Minister Groener wundert uns sehr, zumal sie sich seinerzeit bei meinem Kollegen Schöpflin und Keil über ihre Anwesenheit zur Probefahrt eines neuen deutschen Kreuzers beschwert hat.

(Heiterkeit.) Trotz aller Schimpferien und Verleumdungen der Kommunisten steht fest, daß die Beziehungen zwischen der deutschen Wehrmacht und dem Sowjetmilitärismus so freundschaftlicher Natur sind, wie sie zwischen deutschen Sozialdemokraten und Kommunisten niemals gewesen sind und niemals sein werden. (Sehr richtig! bei den Soz. und Komm.) Vom Reichswehrminister erblicke ich im Auftrage meiner Fraktion Aufklärung über die Kieler Munitionsfabrikung. (Lebhafter Beifall der Soz.)

Abg. v. Trollo (Dnat.) begründet Anträge auf Erhöhung einzelner Titel des Haushalts.

Reichswehrminister Groener:

Die Ausführungen des Abg. Künstler zu der Kieler Munitionsfabrikation sind unerhört. Er fällt ein Urteil, ohne die Bemühungen und Beweggründe des Reichswehrministeriums zu kennen und greift in ein noch schwebendes Verfahren ein. Das gerichtliche Verfahren werden wir bis zur letzten Instanz durchführen. Ist jemand in der Wehrmacht schuldig, so werde ich auf das rückwärtsloseste einschreiten. Auf das allerhöchste weise ich zurück, daß wir das Verfahren verschleppt hätten. Das Gegenteil ist richtig. Gegen die Verjährung habe ich mit allen Mitteln gekämpft und bin dabei

auf die merkwürdigsten Widerstände gestoßen, die aber nicht in meinem Ministerium liegen.

Ich bedauere auf das tiefste, daß Abg. Künstler Dinge berührt hat, von denen er genau weiß, daß ich ihm auf diesem Wege nicht folgen kann. Dieses Verhalten des Angehörigen einer bis vor kurzem zur Regierung gehörenden Partei bezeichne ich als den Gipfel der Verantwortungslosigkeit. (Stürmischer Protest der Soz. und Rufe „Unverschämtheit“)

Abg. Künstler (Soz.):

Der Minister hat wieder keine Aufklärung gegeben, er hat kein Recht, sich zu empören, denn es ist seine Pflicht, die Fragen eines Abgeordneten im Ausschuss, und wenn nicht dort, so im Plenum zu beantworten. Hätte er das im Ausschuss getan, dann wäre dieser Zwischenfall vermieden worden. Wenn Sie sich weiter ausschweigen, so werde ich weiter meine Pflicht tun und das sagen, was im Interesse des Volkes und der Republik gesagt werden muß. (Lebhafter Beifall der Soz.)

Am 20. Uhr verlegt das Haus die Weiterberatung auf heute, 15 Uhr; außerdem Ermächtigungsgesetz betreffs Kapitalsteuern.

Der Hauptausschuss des Reichstages verabschiedete gestern Abend in einer lang andauernden Nachtssitzung den Etat des Reichsinnenministeriums. Am Freitag vormittag beginnt die Beratung des Etats des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.

Wühlarbeit gegen Volksbühne.

Eine kommunistische Angelegenheit.

„Es kostet mich Ueberwindung, in dieser Versammlung zu sprechen. Denn die meisten der Anwesenden sind keine Mitglieder der Volksbühne, sondern Menschen, die von einer politischen Partei aus politischen Gründen hierher befohlen sind.“

Mit diesen Worten leitete Generalsekretär Rest:reple seine Ausführungen bei einer Versammlung ein, die von Mitgliedern der Sonderabteilungen der Berliner Volksbühne für gestern Abend in die Prachtäle am Märchenbrunnen einberufen war. Es handelte sich in der Tat um eine rein kommunistische Angelegenheit, bei der, ein Hohn auf das vorgeschobene Schlagwort „Kunst für das Proletariat“, mit Johlen und Schreien, mit Kindertrumpeten und Trillerpfeifen gearbeitet wurde. Zu den einseitigen kommunistischen Referaten nur eine kurze Bemerkung! Herr Stein sagte: „Wir wirken nicht für die kommunistische Partei, sondern für das revolutionäre Proletariat.“ Das heißt einen Unterschied zwischen Huhn und Henne machen, denn in der Moskauer Ideologie sind — irrtümlicherweise — kommunistische Partei und kämpfendes revolutionäres Proletariat dasselbe. Als Herr Alfred Kerr, ein Theaterkritiker des bürgerlichen „Berliner Tageblatts“, das Wort nahm, wollte das Brüllen und Randalieren kein Ende finden. Herr Kerr hat sich von den Kommunisten einladen lassen, Herr Kerr leistet ihnen Vorspanndienste, und jetzt mußte es der gleiche Herr Kerr erleben, daß er von ihnen kaum zum Worte gelassen wurde. Vielleicht wird auch Herr Kerr langsam zur Einsicht kommen, daß die Gesellschaft, mit der er sich befreundet hat, übel und nichtsnützig ist und den Interessen einer wahren Volksbühne, dem großen Ziel: Wahre Kunst für das Volk! schadet. Soweit Herrn Kerrs Ausführungen bei dem Lärm verständlich waren, scheint bei ihm die Einsicht zu dämmern. Herr Kerr sagte, wenn wir richtig hörten: „Nicht durch Sonderabteilungen, sondern durch Arbeit im Rahmen der großen Berliner Volksbühnenbewegung kommen wir vorwärts!“

Auch der abgefeimte Arbeitsausschuss der Sonderabteilungen müßte einsehen, daß durch Radauveranstaltungen nichts Erprobliches erreicht werden kann. Wir haben keine Hoffnung, daß diese Einsicht segt. Wir sind im Gegenteil der Ueberzeugung, daß es diesem Arbeitsausschuss mehr um Radauveranstaltungen als um erprobliche Arbeit für das Proletariat zu tun ist.

Schieles fauler Käsezauber.

Das Reich subventioniert Allgäuer Käse und die Käsepreise sinken.

In den letzten Tagen haben sich viele in Berlin gewundert, daß man Allgäuer Käse in guter Qualität (Stangenkäse) auch im Kleinhandel schon für 40 Pf. das Pfund kaufen konnte. Das Rätsel löst sich dadurch, daß der durch ein Abkommen zwischen Herrn Schiele und dem Bayerischen Bauernbund auf Reichskosten verbilligte Käse in Berlin auf den Markt gebracht wurde. Das Reich hat 5000 Zentner Allgäuer Weichkäse zu 33 M., also für 165 000 M. den Allgäuern Käse abgekauft, hat den Zentner zu 29 M., also für 145 000 M. an den Berliner Fachhandel abgegeben, der den besagten Weichkäse zu 40 M. den Zentner oder 40 Pf. pro Pfund wieder absetzen ließ. Da das Reich pro Zentner noch 5 M. Fracht und Lagerkosten zu tragen hatte, kostet der Spaß den Steuerzahlern rund 45 000 M.

Abgesehen von dieser Schröpfung des Steuerzahlers, die dem Bayerischen Bauernbund zuliebe zur Erhöhung der Regierungsstabilität erfolgte, ist die Sache aber wirklich ein Spaß geworden. Der Schiele'sche Reichskäsekauf sollte nämlich die Preise für Allgäuer Weichkäse erhöhen. Da sich aber Weichkäse nicht hält, mußte er sofort auf den Markt, was denn in Berlin auch glücklich zur Freude mancher bedrängten Hausfrau geschah. Die Preise zogen nun auch für ganz wenige Tage etwas an, nämlich in der Zeit, in der das Berliner Angebot aus Schiele's Käsezauber noch nicht vorlag. Als aber dann verkauft wurde, haben die Händler natürlich um so weniger Weichkäse bestellt und die Preise sanken noch ärger als vorher.

So das neueste Meisterstückchen aus Schiele's Agrarpolitik. Ein wahrhaftes Idyll, nur leider durchaus symptomatisch für alles, was aus Subventionen zur Preisstützung bei übermäßigem Angebot herauskommen muß: Es bleibt die Subvention, und die Preisstützung ist Eifig.

Kulturfragen im Hauptausschuss.

Zuschuß für das Philharmonische Orchester beschlossen.

Der Ausschuss für den Reichshaushalt trat in seiner Donnerstagsitzung in die Spezialberatung des Haushalts für das Reichsinnenministerium ein und erledigte ohne größere Debatte Kapitel 1, das die persönlichen Verwaltungsausgaben umfaßt.

Kapitel 2 behandelt die Bewilligungen für Wissenschaft, Bildung und Schule. Hier setzte gleich beim ersten Titel, der für die Förderung wissenschaftlicher und künstlerischer Zwecke 1,5 Millionen verlangt, eine größere Debatte ein, in der von Dr. Löwenstein (Soz.) unter allgemeiner Zustimmung des Ausschusses eine genauere Zergliederung der vom Ministerium gewährten Unterstufungen gewünscht wurde. Dr. Löwenstein verlangte des ferneren, daß aus dem Fonds zur Förderung der Theaterkultur, insbesondere die Volksbühnenverbände berücksichtigt werden müssen, die für den Osten gerade eine große Kulturmission erfüllen.

Für das Philharmonische Orchester waren in der ursprünglichen Reichsetatsvorlage 120 000 Mark verlangt und mitgeteilt worden, daß mit diesem Betrag das Reich sich an einer gemeinsamen G.m.b.H. beteiligen wolle, die zur Unterstützung des Orchesters von Berlin, dem Reich und eventuell Preußen geschlossen werden sollen. Mit kleiner Stimmenmehrheit war im Reichsrat diese Position gegen die Stimmen von Preußen gescheitert worden. Dr. Löwenstein setzte sich für die Wiederherstellung der Position auf das wärmste ein, ebenso der deutschnationale Abg. Berndt. Die Position wurde einstimmig angenommen.

Mit warmen Worten trat dann noch Frau Bohm-Schuch (Soz.) beim Titel „Hebung der Notstände der deutschen Kunst“ dafür ein, daß möglichst zahlreiche Kreise der Kunstlerchaft berücksichtigt werden.

Erfürstin entmündigt. Das Amtsgericht München hat die 36 Jahre alte Fürstin Elisabeth zu Schaumburg-Lippe, wohnhaft in Hölriegelstraße bei München, wegen Verschwendung entmündigt.

(Gewerkschaftliches siehe 3. Beilage.)

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Ringelblum; Gewerkschaftsbewegung: J. Kleiner; Revolution: R. D. Döhrer; Solales und Sanftes: Frau Karstadt; Anzeigen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin; Verlag: Fortwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Fortwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SS 68, Lindenstraße 1. Hierzu 3 Beilagen und „Stadtbeilage“.

Obst u. Gemüse

Zitronen	Dutzend von	0.42 an
Apfelsinen	Dutzend	0.48 0.68
Jaffa-Orangen	5 Stück	0.65 an
Stachelbeeren	unreife, Pfund	0.24
Bananen	Pfund	0.52
Radieschen	4 Bund	0.10
Rhabarber	4 Pfund	0.15
Salat	4 Kopf	0.25
Blattspinat	3 Pfund	0.28
Grüne Gurken	Stück von	0.30 an
Kartoffeln	neu, hal. 5 Pfund	0.55
Junge Kohlrabi	Mandel	0.58

Kolonialwaren

Linsen	Pfund	0.18
Grüne Erbsen	Pfund	0.18
Viktoria-Erbsen	Pfund	0.20
Gelbe Erbsen	pollert, Pfd.	0.32
Weißer Bohnen	Pfund	0.25
Tafelreis	Pfund	0.23
Haferflocken	Pfund	0.25
Weizengries	Pfund	0.30
Eier-Schnitt-Nudeln	Pfund	0.50
Eier-Makkaroni	Bruch, Pfund	0.52
Makkaroni	italienische Art, Pfund	0.68
Kalif. Pflaumen	Pfund	0.48
Gem. Backobst	Pfund	0.58
Kalif. Aprikosen	Pfund	0.82

Konserven

Br.- u. Schnittbohne	1/2 Dose	0.58
Jg. Erbsen	1/2 Dose	0.45 0.70
Jg. Erbsen	1/2 Dose	0.70 1.20
Leipziger Allerlei	1/2 Dose	0.80
Junge Erbsen	mittelgroß, mit Karotten	0.90
Sellerie	1/2 Dose	0.63 1.05
Apfelsmus	1/2 Dose	2.20 0.54
Pflaumen	ohne Zuck., 2 kg-Dose	0.60 0.75
Birnen	halbe Frucht, ohne Zucker	0.65
Mirabellen	0.95	
Kirschen	sauer, ohne Stein	0.95 1.25
Aprikosen	halbe Frucht, ohne Zucker, 2 kg-Dose	1.85
Konfitüre	in 1/2 Eimern	billigst

WERTHEIM

Leipziger Str. (Versand-Abt.) Königstr. Rosenthaler Str. Moritzplatz

Freitag u. Sonnabend

billige Lebensmittel

Sämtl. Durrat. Mengenabgabe vorbehalten. Obst u. Gemüse werden nicht zugesandt.

Frisches Fleisch

Rinderkamm	und Brust, Pfund	0.86
Schmorfleisch	ohne Knoch., Pfund	1.28
Roastbeef	mit Knochen, Pfd.	1.10
Fr. Rinderzungen	Pfd.	1.25
Kalbskamm	u. Brust, Pfd.	0.88
Kalbsnierenbraten	Pfd.	0.94
Kalbsschnitzel	Pfund	2.20
Hammelvorderfl.	Pfd.	1.04
Schweinerücken	mit Big., Pfund	1.04
Schweineschinken	Kamm u. Blatt, mit Beilage, Pfd.	1.14
Lieserl	0.65	Gehacktes 0.85
Querrippe	0.78	Gulasch 0.95
Pa. Nierentalg	ausgelassen, Pfund	0.50
Frische Bratwurst	Pfd.	1.18
Käse	mit Salz, Pfund	1.24
Prima Gefrierfleisch		
Rinderkamm	und Brust, Pfund	0.84

Wurstwaren

Schweinefl.-Sülze	Pfd.	0.64
Dampf- u. Rotwurst	0.96	
Fleischwurst	Pfund	1.20
Leberwurst	ausgemacht, Pfd.	1.20
Jagd- u. Mettwurst	(Br. Art)	1.40
Pökelfleisch	gekocht, Pfd.	1.60
Filetwurst	Pfund	1.70
Schinkenpolnische	Pfd.	1.70
Tee- u. Leberwurst	ohne 1.80	
Zervelat u. Salami	Pfd.	1.80
Große Teewurst	Pfund	1.85
Speck	lett, Pfund	1.00 mager 1.30
Schinkenspeck	1-Pfundstück	1.90
Königstr., Rosenthaler Str., Moritzpl.:		
Speckwurst	Pfund	0.85
Berliner Mettwurst	Pfd.	1.20

Käse und Fett

Edamer u. Holländer	0.92	
Schweizer	bayr., vollfett, Pfund	1.38 an
Margarine	Pfund	0.50 0.58
Molkereibutter	Pfund	1.34
Tafelbutter	Pfund	1.44 1.54
Camembert	vollfett, Schachtel 0.30	0.20
Limburger	vollfett, Pfund	0.78
Harzkerkäse	Kästchen	0.48
Spitzkäse	Kästchen	0.48
Tilsiter	vollfett, Pfund von	0.72 an
Steinbuscher	vollfett, Pfund	0.75

Balkon-Pflanzen

in allen 4 Klassen

Petunien	3 Stück	0.25
Lobellen	2 Stück	0.25
Tomaten mit Topfballen	3 Stück	0.25
Begonien	1 Stück	0.15
Petunien	3 Stück im Topf	0.55
Pelargonien	Topf von	0.60 an

Cobea starke Pflanzen	Topf	1.00
Pelargonien hängend	Topf von	1.25 an
Balkonkästen Lg. 40-120 cm, v.		0.75 an
Balkonkästen mit Spalier und wildem Wein bepflanzt, 100 cm lang		7.75

Geflügel

Tauben	frisch geschlachtet, Stück von	0.85 an
Hühner	frisch geschlachtet, Pfund von	1.05 an
Brathähnchen	lange, Stück v.	1.30 an
Enten	getrocknet, Pfund von	1.10 an

Fische

Schellfisch	Pfund	0.15 an
Rotbars	ohne Kopf, Pfund	0.20
Bratschollen	Pfund	0.24
Makrelen	Pfund	0.24
Kabeljau-Filet	Pfund	0.24

Räucherwaren

Fettbücklinge	Pfund von	0.35 an
Flundern	Pfund von	0.35 an
Seelachs	in Stücken, Pfund	0.38
Makrelen	Pfund	0.45
Kieler Bücklinge	Pfd.	0.52
Räucheraal	Bund v. 0.50 Pfund von	2.80 an

Gebrannter Kaffee

Konsum- (Sorte II)	Pfund	2.20
Mischung (Sorte I)	Pfund	2.40
Haushalt-Mischung		2.80
Sonder-Mischung	Pfd.	3.20

Wein

Maitrank aus Fruchtweizen	0.75	
1928 Wöllsteiner	Tisch- und Bowlenwein	0.78
1929 Dürkheimer Portugieser	roter Tischwein	0.80
1928 Platten. Neuberg	spritziger Mosel	1.20
1928 Langenlonsheim	feiner Nabein	1.50
1928 Piesporter Goldtröpfchen	spritzig	1.80
Fruchtschaumwein	mit Steuer und Flasche	1.20
Himbeersaft	mit Kirsch, gedunselt, einseitig, Seil lasche	1.40
Renneten-Apfelwein	vom Faß, Liter	0.53
1928 Maikammerer	vom Faß, Liter	1.10
Wein vom Faß	besonders billig	

Die Partei des Maulheldentums

Abrechnung mit den Hakenkreuzlern im Stadtparlament — Debatte um den gemeinnützigen Wohnungsbau

Dank der energischen Führung durch den sozialdemokratischen Vorsteher hat konnte die gestrige Stadtverordnetenversammlung ohne Zwischenfälle zu Ende geführt werden. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand eine großangelegte Rede des Sozialdemokraten Riese gegen die Nationalsozialisten, bei der es oft zu erregten Zusammenstößen kam. Der sozialdemokratische Redner entwarf die Demagogie, Anheerlichkeit und Arbeiterfeindlichkeit der Hakenkreuzler durch Behauptung so unumstößlicher Tatsachen, daß auf der äußersten Rechten oft betretenes Schweigen herrschte. — Ein Darlehensangebot der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte (RVA) von 15 Millionen Mark für Gewährung von Zuschuhypotheken für die gemeinnützigen Baugesellschaften gab der Sozialdemokratie Gelegenheit, auf die bisherige ungerechte Behandlung der freigewerkschaftlichen Wohnungsfürsorgegesellschaft der „Demog“ durch die RVA hinzuweisen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Stadtv. Bied (Komm.) eine Erklärung ab, die sich gegen die Behauptungen des volksparteilichen Stadtverordneten Dr. Fackh wendet, wonach die kommunistische Partei von Busch Korruptionsgebeir erhalten habe. Als Bied auf die kommunistischen Stadträte Gabel und Degner zu sprechen kommt, gehen seine Ausführungen zeitweise in den klärenden Juristen der Sozialdemokraten unter. Ohne Beratung wird dann eine Dringlichkeitsvorlage des Magistrats angenommen, die die sofortige Freigabe der im Haushaltsentwurf 1930 für Straßenbauten vorgesehenen Mittel in Höhe von rund 5,8 Millionen Mark, fordert. Der Magistrat will dadurch den im Straßenbau herrschenden großen Verfallszustand nach Möglichkeit beseitigen. Die Mittel für den Straßenbau werden nunmehr den Bezirken unabhängig von den Haushaltsberatungen rechtzeitig zu gehen. Angenommen wird dann eine Vorlage über den Abschluß eines Vertrags über die Herstellung einer neuen Pausenunterführung unter der Reichsbahnstraße Berlin-Bernau. Der Plan, für die Straßenbeleuchtung neue Fernschalllampen einzubauen, wird dann gleichfalls gutgeheißen. Mit Mehrheit wird die Uebernahme einer Bürgerkassette für den Verein für Bewegungsspiele in Pantow und die Freigabe von 100 000 M. zur Fertigstellung der ersten 10 Klassen der Volksschule am Liebenandenerweg, Bezirk Zehlendorf, beschloßen.

Zu einer größeren Debatte kommt es bei der Beratung über die Annahme eines von der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte angebotenen Darlehens in Höhe von 15 Millionen Mark zur Gewährung von Zuschuhypotheken an die gemeinnützigen Baugesellschaften.

Als erster Redner erhält das Wort

Stadtv. Rogak (Soz.)

In wohlbegründeten stichhaltigen Ausführungen nahm er zu den bei der RVA üblichen Methoden der Hypothekenswertung kritisch Stellung und wies besonders darauf hin, daß

die freigewerkschaftliche Wohnungsfürsorgegesellschaft, die Demog, in unerhörter Weise gegenüber der deutschen Nationalen „Gagah“ und der „Heimat“ benachteiligt werde.

Der zuständige Dezernent, Stadtv. Geymühl (Soz.), habe in den letzten Wochen das möglichste getan, um Zuschuhypotheken für den Wohnungsbau zu erhalten. Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte (RVA) wolle jetzt ein Darlehen von 15 Millionen Mark gewähren, jedoch zu Bedingungen, die dringend einer kritischen Beleuchtung bedürfen.

Die Stadt Berlin habe die Pflicht, den gemeinnützigen Wohnungsbau zu unterstützen.

Auch in dieser schwierigen Finanzlage habe man bei allen Ausgaben

zu prüfen, ob nicht der Wohnungsbau in jedem Falle das vordringlichste ist. Die RVA unterfalle dieses Bestreben der Stadt wenig, sie zeige in ihren Bedingungen wenig Verständnis für die Lage der minderbemittelten Bevölkerung. Dabei liege die Hebung der Volksgesundheit im eigensten Interesse der Anstalt. Der Redner kommt dann auf die Zurücksetzung der Demog zu sprechen.

Im Jahre 1929 habe die deutschnationale „Gagah“ 70 Millionen Mark, die freigewerkschaftliche Demog aber nur 11 Millionen Mark erhalten.

Für die 11 Millionen Mark habe die Demog 2000 Wohnungen erstellt, davon seien allein für Berlin 762 Wohnungen durch die Tochtergesellschaft der Demog, die Gehag, erbaut worden. Die Zinsfrage für die der Demog gewährten Hypotheken seien stets sehr hoch gewesen. Für die 1. Hypothek habe man 7 Proz., für die sogenannten B-Hypotheken sogar 7½ Proz. zahlen müssen. Es sei erwiesen, daß die Gagah noch am 1. Mai 1929 Hypotheken zu einem Zinssatz erhalten habe, der ein Prozent unter dem lag, den die „Heimat“ und die „Demog“ bezahlen mußten. (Hört! hört! bei den Soz.) Für die Gewährung des Darlehens sei zur Zeit Bedingung gemacht, daß die „Gagah“ Hypotheken für 1500 Wohnungen und die „Heimat“ für 1000 Wohnungen erhalte. Die Ueberweisung von Mitteln an die Demog sei dagegen nicht zur Pflicht gemacht. Die RVA möge sich über die Auswirkungen einer solchen einseitigen, ungerechten Politik nicht im unklaren sein!

Der demokratische Stadtverordnete Eytz beantragte die Annahme der Vorlage mit der Maßgabe, daß der Magistrat beauftragt wird, wegen einer Herabsetzung des Zinssatzes noch einmal mit der RVA in Verhandlungen einzutreten. Mit dieser Abänderung wird die Vorlage mit den Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Die Kommunisten stimmten dagegen, was den sozialdemokratischen Stadtverordneten Siegel veranlaßt, ihnen zuzurufen: „Wo, Sie verhindern bewußt den Wohnungsbau!“

Nach einer inhaltslosen Rede des Kommunisten Busch wurden die Richtlinien der Wohnungsfürsorge für das Bauprogramm 1930 zur Kenntnis genommen. Die Fortsetzung der Debatte über den nationalsozialistischen Antrag gegen die Annahme des Young-Planes bewußt

Stadtverordneter Riese (Soz.)

zu einer Generalabrechnung mit der demagogischen Politik der Faschisten. Der Redner führte unter größter Aufmerksamkeit des

In Brasilien gelandet.

Der Atlantik ist wieder überquert.

Vernambuco, 22. Mai.

Der Graf Zeppelin kreiste einige Zeit über dem Bandungsgebiet. Augenblicklich, kurz vor 6.30 Uhr Ortszeit, ist er im Begriff, am Äußermost zu landen (M. G. J. 22.30 Uhr).

Zum Empfang des Zeppelins strömen weitere Menschenmengen in Sonderzügen herbei. Die Stadt ist derartig überfüllt, daß es vielen unmöglich ist, Unterkunft zu finden und sie im Freien zu übernachten gezwungen sind. Die Bevölkerung verlor mit Spannung den Zeppelinsflug, der auf großen, öffentlich ausgestellten Karten aufgezeichnet wird. Ein Bataillon Infanterie ist zum Bandungsgebiet marschiert, um die Landungsmanöver einzulüben. Polizei und Feuerwehre haben Vorbereitungen getroffen, um die Menge in Schach zu halten, die schon jetzt das Bandungsgebiet umlagert.

Hawkes, oft von erregten Zwischenrufen unterbrochen, aus: Die Stellung der Sozialdemokratie zum Young-Plan steht fest und ich hätte hier nicht das Wort genommen, hätte nicht in der vorigen Sitzung der Nationalsozialist Engel meine Partei in der unglücklichsten Weise beschimpft. Kein Geschrei der Nationalsozialisten kann die Blamage aus der Welt schaffen, die die Nationalsozialisten bei dem Volkentscheid einstecken mußten. Die erste Enttäuschung bereiteten uns die Herren Nazis, als sie hier in operenbhafter Aufmachung einmarschierten und wir all die „arischen“ Gestalten zu sehen bekamen. (Heiterkeit im ganzen Hause.) Die Partei des Herrn Engel hat sich nicht geschämt, mit den Parteien eine Koalition einzugehen, die er selbst hier als einen „auseinandergekauften Käse“ bezeichnete. Meine Herren von der äußersten Rechten, Ihr Minister Fried hat, kaum auf den Ministerstuhl gekommen, eine die Arbeiterschaft schwer belastende Kopfsteuer eingeführt. Sie bauen in Thüringen ab, sie schließen die Schulen!

Wo die Nationalsozialisten selbst an der Regierung sind, wird die Steuerfahndung bis zur Unerschöpflichkeit angezogen.

Die Nationalsozialisten haben alles, womit sie heute ihre marxschreierische Reklame bestreiten, von anderen Parteien geklaut. Ihre Phrasen vom „dritten Reich“ haben sie den Bibelforschern entnommen. (Heiterkeit.)

Sehen wir uns doch einmal diese „Arbeiter“-Partei näher an!

Ich habe hier öfter in Jurufen Aufforderung über die Forderung nachrichten gefordert, wonach Ihre (zu den Nationalsozialisten) Partei Gelder von den Firmen Stollwerk, Beckstein, Kuban und dem ostelbischen Braunkohlensyndikat erhalten hat! (Bewegung im ganzen Haus, dauernde Klingel des Vorstehers.) Wir haben darüber keine Auskunft erhalten, trotzdem sie von verschiedenen Parteien hier verlangt worden ist. Stellen Sie nur nicht Ihr Nationalgefühl zu sehr heraus.

Es ist doch erwiesen, daß Ihre Partei Gelder aus der Schweiz erhalten hat.

(Erregte Jurufe.) Und wie sieht es mit Ihrer angeblichen Arbeiterfreundlichkeit aus? Einer Ihrer prominentesten Führer in Sachsen ist ein Fabrikant, der seinen Arbeitern noch nicht einmal die tariflichen Löhne gewährt.

Leute Ihrer Partei haben deutsche Arbeiter nach Frankreich verschifft.

(Stadtv. Rogak: zu den Nat.-Soz.: „Ich erlaube dringend, beleidigende Zwischenrufe zu unterlassen.“ Stadtv. Lange: „Sonst gibt es eine Kellerei!“ Heiterkeit.) Seitdem die Nationalsozialisten dem Parlament angehören, sind wir in der Lage, sie nach ihren Taten beurteilen zu können. In Coburg ist es Ihre Partei gewesen, die die Arbeiterschaft mit neuen Steuern belastet hat und die den Kampf eröffnete gegen die Konsumvereine. (Juruf der Nat.-Soz.: „Die werden wir euch schon noch kaputt machen!“) Die nationalsozialistischen Stadträte in Coburg sind als nötig korruptiert entlarvt worden. (Beizehenes Schwägen auf der äußersten Rechten. Jurufe von den Soz.: „Da bleibt euch die Spude weg.“) Unsere Stellung zum Young-Plan brauche ich hier nicht zu erläutern. Leider sind wir gezwungen gewesen, ein Votummen zu unterschreiben, das uns schwere Lasten auferlegt. Durch welchen Schuld aber sind wir in diese Lage gekommen?

Durch die Schuld der Nationalisten! (Große Erregung im ganzen Hause.)

Die Herren von rechts haben uns noch nicht gezeigt, wie wir anders aus unserer Lage herauskommen können. Wir wollen hoffen, daß allmählich die Bernunft in allen Ländern weiter an Boden gewinnen wird und eine allgemeine Befriedung der Welt sich anbahnt. Die Fehler der deutschen Republik in ihrer heutigen Ge-



Da kam eines Tages, als ich gerade besonders streng gegen ein Bakangdorf vorgegangen war, meine Frau zu mir und sagte: „Ich will dem Manne, der mein Volk tötet, keine Kinder gebären!“

Ich prügelte sie, dachte dann aber doch über ihre Worte nach. Meine Frau ist, wie Sie gesehen haben, „nichts für das Auge“, wie der Ausdruck heißt, aber sie kann scharfsinnig beobachten und im Gespräch mit ganz intelligenten Bemerkungen kommen. Und allmählich wurde es mir klar, daß ich nichts weiter war als ein winziges, bedeutungsloses Rädchen in der großen Dampfwalze Zivilisation, die über dieses unendlich reiche Land hinrollt.

Die Fruchtbarkeit der Frauen dieses Volkes ist groß, und dennoch zivilisierter wir mit solcher Gründlichkeit, daß es binnen kurzem niemand mehr geben wird, gegen den man zivilisieren kann! Denn die unvernünftig harte und schwere Arbeit, die den Eingeborenen auferlegt wird, jagt den Stämmen alles Mark aus den Knochen, besonders, da die Unterernährung zu einem chronischen Lebel ausartet, weil die Eingeborenen keine Zeit mehr haben, ihre Mais- und Bananenplantagen zu bestellen oder Fischfang und Jagd zu betreiben. Die Versuche der zwangsmäßigen Einführung europäischer Religion, Sitten und Gebräuche wird ein überiges tun. Eines Tages werden in diesem Lande nicht mehr viele Ureinwohner zu finden sein. Dann müssen die Weißen sich zurückziehen und ihre Kultur wieder mitnehmen. Denn selbst die Völker der anpassungsfähigen arischen Rasse würden allzu vieler Generationen Aufenthalt in diesem Klima bedürfen, ehe sie sich zu brauchbaren körperlichen Arbeitern entwickelt haben. Wieder einmal werden die Geschichtsbücher von Stämmen berichten können, bei denen die Kultur der Weißen gleich einem rasch und tödlich wirkenden Gift wirkte.

Als mein Sohn geboren wurde, war ich schon nicht mehr der Mann der Zukunft. Es dauerte nicht lange, und ich wurde wegen Energiemangels hierher verlegt, auf eine ehe-

mais große Station, deren Waldgebiete jedoch ihres Rauchs beraubt und deren Eingeborene halbwegs ausgerottet sind. Doch selbst diese Stellung kann ich, wie gesagt, nicht in Uebereinstimmung mit dem Geiste des Befehles ausfüllen. Ein kleines Rädchen bin ich, das nicht befriedigend funktionierte, das noch immer nicht recht läuft, und das man eines Tages ganz beiseite werfen wird. Das ist meine Geschichte, alltäglich und bedeutungslos.

Jetzt lebe ich auf diesem so gut wie verlorenen Posten und bestrebe mich, Vorschriften und Befehlen nachzukommen, damit ich mein Brot nicht verliere und bei meinem Jungen bleiben kann. Werde ich dann und wann wegen Dienstverläumdung bestraft, so murre ich nicht. Jegliche Widerstandskraft in mir ist erloschen. Man sieht es mir ja auch an, daß ich weder zum Reformator, noch zum Märtyrer taue.

Ihr Verhalten gegenüber Zalani, als ich ihn vorhin ausschalt, ist mir nicht entgangen. Und das hat mich ein wenig in meiner geheimen Hoffnung bestärkt, daß nämlich Räder, die für das Zivilisationsgetriebe von wirklich vitaler Bedeutung sind, einmal den Gehorsam verweigern und einen Stillstand herbeiführen könnten, ehe das Vernichtungswerk endgültig vollführt ist. Aber das ist natürlich ein ganz absurder Gedanke.

Ich schwäche Unfann, mein Herr, und vergesse vollständig, daß ich eigentlich nur reden sollte, um meine Sprachorgane zu üben. Die Verhältnisse hier sind selbstverständlich nicht schlimmer als in den meisten Kolonien. Und Regier sind Regier. Sklavennaturen ohne Widerstandskraft, ohne einen Funken von Herrenwillen. Die ganze Welt ist voll von ihnen. Denn eigentlich ist doch die unterste Klasse Europas nichts anderes — als Negerpap, das nur zu arbeiten hat! Was bleibt also? Nun, mag sie alle der Teufel holen — wenn ich bei meinem Jungen bleiben kann!

Das Gleichmaß des Postmeisters schien mir immer mehr in gefeuerde Sinnlosigkeit auszuarten. Deshalb schlug ich ihm ein letztes Glas vor, ehe ich ins Bad stieg.

Aber da stand er plötzlich als ein völlig nichterner Mann vor mir! „Aha!“ dachte ich und musterte ihn mißbilligend und forschend. Aber schon schien der Rausch sich wieder über ihn zu senken. Er sagte plötzlich Guten Abend und schwankte davon. Die Eingeborenen schnitten Grimassen und machten sich über ihn lustig. Ein Mann ohne Autorität! Ein gutmütiger und schwacher Mann, der den Boden gutmütiger und schwacher Menschen erudete.

Zalani kommt. Ihm folgt eine Schar hochgewachsener, schwarzbrauner Männer, Ratgeber und Unterhändler

seiner Sippe. Als er sich vor mir verneigt, verneigen sie sich tief vor ihm. Auf ein Zeichen von ihm ziehen sie sich lautlos zurück. Zalani ist heute europäisch gekleidet: „Evening-Dress“, Lackschuhe. Dinge, die er wohl von Weißen, denen er Dienste geleistet hat, erhalten haben mag. Bielleicht hat er sie auch von einem der wenigen arabischen und griechischen Händler erworben, die trotz aller Verbote und Hindernisse, die ihnen in den Weg gelegt werden, das Land durchkreuzen. In der nationalen Mannestracht der Azandeer nimmt Zalani sich jedoch viel stattlicher aus. Sie besteht aus einem Lententuch aus Pflanzenfasern, einem Ledergürtel, in dem Messer und Hauptlingsbeil stecken, und einer Halskette aus Leopardenzähnen. Er ist groß und schlank, seine Brust breit und gewölbt. Die trumme Nase — ein Erbe arabischer Ahnen — die hohe Stirn und das vorpringende Kinn scheinen wie aus Stein gemeißelt. Die Lippen sind das einzig Weiße in diesem jungen, finsternen Gesicht. Aber wenn sie sich ein seltsames Mal zu einem dumpfen, freudlosen Lachen öffnen, verwandeln auch sie sich zu harter und grauamer Grimasse. Uebrigens hat er auch in seiner europäischen Kleidung nichts Clamartiges an sich, keineswegs die Karikatur: „Der zivilisierte Regier“. Er trägt sie ohne Verlegenheit und falsche Gebärden, kein Zupfen am Westknopf, kein Bürsten der Rockaufschläge. Unwillkürlich denke ich daran, wie ein Europäer ohne allzu sichere Bildung sich wohl unter Azandeern ausnehmen würde, wenn er dieselbe Kleidung trüge wie sie.

Wir essen Hühnersuppe, Hühnerbraten und Eierpfeifen — die ständigen Gerichte auf dem Tische der Weißen in diesem Teile des Landes. Zalanis Blicke folgen meiner Führung von Messer und Gabel aufmerksam. Das Kaffeetrinken fällt ihm leichter, und während er den Zigarettenrauch aus dem Munde hervorstößt, sagt er: „Deine Frau hat mich noch nicht begrüßt?! Das war doch sonst immer so!“

Ich erzähle ihm, daß ich Yona noch ihrem Heimatdorf habe zurücksenden müssen. Sie interessierte meinen Koch so stark, daß ich das Frühstück mitunter erst abends auf den Tisch bekam.

„Ja“, meint Zalani, „die Weiber aus Sklavengeschlecht taugen nichts, obwohl sie bei strenger Aufsicht ganz gute Arbeit in den Pflanzungen leisten. Und deine Frau kam noch dazu vom Ababaustamm! Als ob du nicht wüßtest, daß wir dieses Volk, wenn ihr Weibchen nicht ins Land gekommen wären, jetzt schon längst zur Anechtenschaft unterworfen hätten.“

(Fortsetzung folgt.)

hofft kennen wir genau. Unsere Arbeit gilt dem Ausbau des demokratischen Deutschlands zu einem Volksstaat, in dem sich jeder wahrhaftig. (Bravo bei den Soz.)

Nach dem sozialdemokratischen Redner sprach noch der Demokrat Dr. Heuß, der die Erfüllungspolitik als die einzige Möglichkeit des Wiederaufstiegs kennzeichnete. Zum Schluss redet noch einmal der Nationalsozialist Engel. Als er das Rednerpult bestiegt, verläßt die sozialdemokratische Fraktion demonstrativ den Saal. Bei der Abstimmung erhält der nationalsozialistische Antrag nur die Stimmen der Antragsteller. Der kommunistische Antrag wird gleichfalls mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Nationalsozialisten abgelehnt. Die anschließende Debatte brachte nichts Bemerkenswertes mehr. Ein Nationalsozialist und Kommunist stritten sich vor bereits geleertem Hause wegen Abhaltung eines Volksstrauvertrags. Dr. Lipperi (Nat.-Soz.) verkündete dabei den erstaukten Stadtverordneten, daß es Friedrich dem Großen so schlecht gegangen sei, daß der Kammerdiener bei seinem Tode nicht einmal ein ungefedertes königliches Hemd vorfand. Schluß der Sitzung gegen 21 1/2 Uhr.

Wie die Burtschen „arbeiten“.

Wir veröffentlichten vor einigen Tagen den Text einer Postkarte, die von Hakenkreuzern an die Gastwirte in der von ihnen

besonders heimgeführten Gegend am Görlicher Bahnhof per- sendet wurde. Der Adressat wurde mit der Demolierung seines Lokals bedroht. Heute bringen wir eine Postkarte zur Kenntnis, die an mehrere Reichsbannerkameraden in der gleichen Stadtgegend gerichtet wurde.

„Durch deine Mordüberfälle an Politisch anders denkende und dein Verbrechen betragst du jetzt von Hunderten Borgemeist und kommst die Generalabrechnung bald, sobald das geringste von dir Stroh uns bekannt wird. Ein Denkzettel mit deinen anderen Banditen steht Euch bevor. Das nennt Ihr Deutsche Freiheit? Bald kommt es anders, 6 Millionen sind wir bereits stark. Einige aufrichtige Deutsche.“

Ueber die Postkarte selbst ist kein Wort zu verlieren: sie ist Stück vom Ungeist der Hakenkreuzer. Etwas anderes ist wichtiger. Die Nationalsozialisten haben, wie wir feststellen, die Adresse des Reichsbannerkameraden erfahren, als sie nach einem der alltäglichen Hakenkreuzerlichen Ueberfälle auf Andersdenkende mit ihm auf der gleichen Polizeiwache vernommen wurden. Es ist im Interesse von Leben und Gesundheit staatsreuer Bürger dringend erforderlich, daß das Polizeipräsidium dafür Sorge trägt, daß in Zukunft Hakenkreuzer und Andersdenkende getrennt vernommen werden.

Berliner Sommerschau.

„Altes Berlin“ am Kaiserdamm.

Die Berliner Sommerschau „Altes Berlin“, die am heutigen Freitagvormittag in den Junkturhallen am Kaiserdamm eröffnet wird, wurde am gestrigen Donnerstagnachmittag in einer Presse- vorbesichtigung gezeigt.

In einer Begrüßungssprache betonte Stadtrat Czerninski, daß eine solche Schau gerade in diesen Tagen, in denen mancher zu Unrecht an der inneren Gesundheit der Reichshauptstadt zweifelt, in ihrer Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden könne. Es gehe deshalb an alle objektiv eingestellten Kritiker im Reich und außerhalb seiner Grenzen die herzlichste und dringende Bitte, sich in den kommenden Tagen und Monaten von dem gesunden Urgrund Berlins an Hand dieser Schau zu überzeugen. Mit besonderem Dank gedachte Stadtrat Czerninski der Verdienste des Direktors des Märkischen Museums, Dr. Stengel, um das Zustandekommen des großen Werkes. Sodann sprach Direktor Stengel und erläuterte an Hand des Katalogs in längeren Ausführungen die Ausstellung und ihre Abteilungen. Zum Schluss sprach der neue Direktor der Staatlichen Porzellanmanufaktur, Professor Dr. von Behmann über die Sonderchau Berliner Porzellan. Die fürstliche Kunstpflege, die der Manufaktur zum Aufblühen verholfen hat, gehört, so sagte der Redner, der Vergangenheit an. An die Stelle der Fürsten als Mäzene treten die Menschen aus allen Berbraucherkreisen, die sich mit edlen Dingen umgeben wollen. Von ihrem Interesse, ihrem Verständnis und ihrer Anteilnahme hängt es ab, ob die Staatliche Porzellanmanufaktur auch in Zukunft weiterwirken kann. Niemand werde ein solches Unternehmen Gewinn erzielen. Erhalten kann es nur werden, wenn die Stadt und ihre Menschen im Geist praktischer Hilfsbereitschaft ihr zur Seite stehen.

Es schloß sich ein Rundgang durch die Ausstellung an. Die verblüffend naturgetreue Wiedergabe der Brüderstraße und der Parochialstraße aus dem Anfang des 19. Jahrhunderts, die alte Berliner Gerichtslaube, das Arbeitszimmer Alexander von Humboldts, die Werkstätten der alten Berliner Handwerker und die ausgezeichnete Sonderausstellung sämtlicher 20 Berliner Bezirke sind die Hauptpunkte der Ausstellung, die sich in folgende Hauptabteilungen gliedert: 1. Werkstätten des Geistes; 2. Vom Wühlendamm zum Kaiserdamm; 3. Altes Berliner Kulturleben; 4. Berliner Porzellan; 5. Volksleben, Presse, Verkehr, Post, Polizei; 6. Von der Spree zur Havel. Schließlich sei des von Stadtdirektor Dr. Wagner und Professor Boelzig neu gestalteten Junggartens, in dessen Mitte jetzt der Junktur steht, rühmend gedacht.

Die Ausstellung ist, weil sie die Erwerbsmotive hintenan stellt, aus diesem Grunde eine ungewöhnlich lebens- und beachtenswerte Kulturschau, die Berlin zum höchsten Ruhm gereicht.

So werben die Frauen!

Überall in Groß-Berlin glänzend besuchte Versammlungen.

Die Frauen-Werbeveranstaltungen zum Internationalen Frauentag nehmen in Berlin einen Verlauf, wie er nicht besser, nicht harmonischer, nicht erfolgreicher gedacht werden kann. Die vielen Berichte, die uns zugehen, sprechen alle von einem besonders starken Besuch und zahlreichen Neuaufnahmen in die Sozialdemokratische Partei. Leider sind wir nicht in der Lage, von allen Versammlungen zu berichten; wir geben einen Auszug.

Die Fraueneranstaltung des 6. Kreises Kreuzberg in Kobes Freifäden, Fichtelstraße, war lange vor Beginn überfüllt, so daß nicht alle Einlass finden konnten. Der Saal war festlich geschmückt mit roten Fahnen und Standarten. Henry Kowald eröffnete den Abend und gab der Referentin Dr. Käthe Frankenthal das Wort, die einleitend das geschichtliche Werden und die Bedeutung der Frauenbewegung erörterte. Leider seien heute noch die ehemaligen Gegner des Frauenstimmrechts keine Ruhmstrolche. Die für alle Proletarierinnen bedeutsamen Probleme des „Nie-wieder-Krieg“, die aktuellen wirtschaftlichen Fragen der Gegenwart, die katastrophale Lage des Arbeitsmarktes, der § 218 wurden von der Referentin an Hand statistischen Materials in packender Weise behandelt. Hieran schloß sich die Vorführung des erschütternden Films „Gittas über Berlin“. Dann sprach Gertrud Ellert vom JbA über die Stellung der Frau im Produktionsprozeß. Aktive Anteilnahme der Frau an den Arbeiten der Partei und der Gewerkschaften sei notwendig, um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Die Lichtentberger hatten ihrer Frauenerveranstaltung einen mehr familiären Charakter verliehen. Schon des Nachmittags zogen meist von Karlshorst die Genossinnen mit ihren Kindern nach dem Jägerheim in Kaulsdorf-Süd. Der starke Gemütsregen vermochte zwar die Kleidung zu durchnässen — ein Schaden, der sich am Herdfeuer des Restaurants leicht und mit viel Amüsement reparieren ließ —, nicht aber die Stimmung zu trüben oder abzukühlen. In dem großen Saal vergnügten die Kinderfreunde die Kleinen bei Spiel und Tanz. Gegen Abend folgte in der mit Rot ausgeschmückten Turnhalle der neuen Schule in der Ulmenstraße die politische Kundgebung für die „Großen“. Genossin Landtagsabgeordnete Gertrud Hannah sprach zu den Frauen und zeichnete ihre unzulängliche Stellung in der heutigen Gesellschaftsordnung auf. Genossin Hannah schloß mit dem Rührruf: Trete! ein in die Sozialdemokratische Partei! Werdet Mitglied der freien Gewerkschaften!

Flugzeug stürzt in Schülergruppe.

Zwei Schüler vom Flugzeug begraben.

Kattowitz, 22. Mai.

Am Donnerstag nachmittag landeten auf dem Kattowitzer Flugplatz im Rahmen der polnischen Flugpropagandawoche Schauflüge vor mehreren hundert Schülern statt. Bei Ausführung eines Loopings stürzte plötzlich der Lemberger Flieger Biala mit seinem Eindecker, anscheinend infolge Versagens des Motors, aus etwa 50 Meter Höhe, in unmittelbarer Nähe des Flugfeldes ab. Zwei Schüler wurden von dem Flugzeug begraben; einer der Knaben war auf der Stelle tot, der andere ist schwer verletzt worden. Das Flugzeug wurde vollständig zertrümmert.



Schöne Haare:
PIXAVON-
Shampoo

Beutel 30 S

Entscheidender Tag im Potsdamer Prozeß

Hilde Frenzel entlastet den Vater.

Endlich die entscheidende Aussage der Hilde Frenzel. Früher, als sie ihren Vater noch alles Schlichte nachsagte, erklärte sie ihn auch für ihre Kühle Räumern gegenüber für verantwortlich. Heute entlastet sie ihn in jeder Beziehung. Und doch ist die Aussage in mancher Hinsicht belastend. Mit aller Entschiedenheit aber bestreitet sie irgendwelche Zudringlichkeiten seitens des Vaters. Der Vorsitzende hält ihr die Aussagen beim Staatsanwalt vor. Da wußte sie manches zu erzählen, was nicht ganz unbedeutlich schien. Sie habe das alles gesagt, behauptete sie jetzt, um nicht als Lügnerin dazustehen, da sie Frau Schenk noch ganz andere Dinge über den Vater erzählt hatte. Als dann der Onkel Emil Frenzel sie in Begleitung des Detektivs Gerhardt auf der Insel Fehmar, wo sie in Stellung war, aufgesucht und sie von dem Anwalt eine Rechtsberatung über die strafrechtlichen Folgen der Blutschande erhalten habe, da habe sie es als ihre Pflicht erkannt, endlich die Wahrheit zu sagen. Weshalb sie aber der Frau Pfarrer all die schlechten Dinge über den Vater erzählt hat, fragt der Vorsitzende. Aus Rache und weil sie gehofft habe, Frau Pfarrer würde ihr zu einer Stellung nach auswärts verhelfen. Als sie von Gertrud bei Frau Pfarrer Schenk eingeführt worden war, habe diese sie und ihre Schwester als die „armen Mädchen bedauert“ und das Gespräch auf den Vater gebracht. Ein anderes Mal habe sie dann der Frau Pfarrer gegenüber alles, was sie sonst mit jungen Männern getan hatte, dem Vater angedichtet. Daß sie nur das alles hat glauben können, Pfui Teufel!

Von Frau Pfarrer Schenk will die Zeugin auch zum erstenmal über den angeblichen Geschlechtsverkehr zwischen dem Vater und Gertrud erfahren haben.

Gertrud selbst hatte nie davon etwas erzählt. Ihre erste sexuelle Zufriedenheit hat jene von ihr erhalten. Auch haben sie gewisse Dinge

zusammen getrieben, die auch sonst unter jungen Mädchen vorkommen und wenn der Vater sich irgendwelche harmlose Berührungen ihnen gegenüber gestattete, so deuteten sie diese später bei ihren gemeinsamen Unterhaltungen als sexuelle Berührungen aus. „Papa wollte schon wieder was machen“, sagte Gertrud. Ueber den Lebenswandel des Vaters wußten beide Bescheid. Als die Zeugin Einzelheiten über ihr abnormales Sexualleben schildern soll, wird die Deffentlichkeit ausgeschlossen. Nach Wiederherstellung der Deffentlichkeit findet man Gertrud in Tränen und man erzählt aus der weiteren Verhandlung, daß sie bei der Gegenüberstellung mit der Schwester bei ihren belastenden Aussagen geblieben ist. Der Eindruck von den Aussagen Hildes ist, daß

der Angeklagte Frenzel zweifellos in seinem erotischen Spiel mit den Töchtern ziemlich weit gegangen ist.

und daß dieses Spiel vielleicht zum Ausgangspunkt für Gertruds Sexualphantasien wurde, in denen der Vater die Hauptrolle spielt.

Die Aussagen der vielen Zeugen, die noch vernommen wurden, lassen den Angeklagten nicht in besonders günstigem Lichte erscheinen. Eine Schreiberin, mit der Frenzel gleichfalls geschlechtliche Dinge vorgehabt haben soll, wollte gehört haben, daß Hilde der Ehe gesagt habe, die Gertrud könne den Vater jetzt anzeigen. Auch eine junge Hausangestellte behauptete, gezwungen worden zu sein, mehrere Male dem Amtsvorsteher zu Willen zu sein. Hilde soll gesagt haben: „Ja, ja, mir geht es so wie dir.“ Auch eine dritte Zeugin bekundet, Hilde habe ihr Begehliches anvertraut. Es kommt zu erregten Szenen, der Angeklagte erklärt, die Zeugen behaupteten das alles aus Rache. Hilde will die Dinge nur erzählt haben, um Mitleid für sich zu erwecken.

Die Verhandlung wurde schließlich auf heute vertagt.

Hellseher Hanussen vor Gericht.

Ist er ein Phänomen oder ein Schwindler?

Leitartikel, 22. Mai. (Eigenbericht.)

Gegen den Hellseher und Telepathen Jan Hanussen wird heute der monatelang unterbrochene Betrugsprozeß wieder fortgesetzt.

Hanussen, der mit seinem bürgerlichen Namen Hermann Steinschneider heißt, hat in zahlreichen großen Varietés verblüffende Experimente auf dem Gebiete des Gedankenlesens und der Tropenregelung von zukünftigen Ereignissen vorgeführt und große Stargänge bezogen. Seine Produktionen haben leidenschaftliche Kontroversen für und wider entseht. Aber Hanussen, dem die Anklage jetzt vorwirft, er habe eine Reihe von Hochscholastischen Staatsbürgern um namhafte Beträge erlitten, indem er ihre Leichtgläubigkeit und ihren „Schwachsinn“ in grotesker Weise ausnützte, begnügte sich nicht mit bloßem Artistenruhm. Wallfahrten von Hilfssuchenden, die in Privatangelegenheiten Hanussens Rat hören wollten, bildeten sich in der Tschechei. Sogar die Polizeibehörden verschmähen es nicht, sich in aller Stille des Rates des Hellsehers zu bedienen. Ja dem Prozeß soll nun Hanussen seine Kunst gerichtsordnungsmäßig erweisen. So will es Hanussen und seine Verteidigung, und es hat den Anschein, als ob dieser Strafprozeß tatsächlich eine wissenschaftliche Erörterung der Hellseher- und Wahrsagerexperimente und der angeblich übernatürlichen Fähigkeiten einzelner Menschen bringen sollte.

Erst Jan Hanussen trat zum erstenmal als Hellseher im Jahre 1915 in den Ruinen von Gorlice auf. Unter den Trümmern der zerstörten Stadt im zerstörten Kasino gab er seinen ersten Abend. Dieses Auftreten war entscheidend für seine weitere Karriere. Er wurde von den österreichischen Militärbehörden angefordert und beschäftigte sich zunächst mit Erfolg als Wunschstratagemacher nach Wasser in den Karstgebieten. Bald aber machten sich die Militärbehörden seine eigentlichen Fähigkeiten zunutze. Hanussen trat fast in sämtlichen bedeutenden Städten der Monarchie zugunsten des Kriegswitwenfonds mit seinen Experimenten auf und führte diesem Fond ungeheure Beträge zu, was auch durch verschiedene Auszeichnungen anerkannt wurde. Nach dem Umsturz nützte er seine Fähigkeiten für seine eigene Tasche aus. Da war es zunächst Wien, wo er mit seinen Vorführungen Aufsehen erregte. Nach seiner Ausweisung trat er hauptsächlich in Deutschland und der Tschechoslowakei auf. In Teplitz-Schönbau erlitt ihn sein Geschick. Er wurde wegen Betruges verhaftet. Ein Gendarmkapitän war es, der gelegentlich eines Vorführungsabends Hanussen absichtlich irreführte. Dieser Vorfall brachte die Betrugsaffäre ins Rollen. Nahezu zwei Jahre währte es, bis die Sache im Dezember vorigen Jahres verhandlungsfähig war.

Da waren endlich 34 Personen gefunden, von denen der Staatsanwalt behaupten konnte, daß Hanussen ihren Schwachsinn durch abergläubische und hinterlistige Verblendung zu ihrem Schaden mißbraucht habe.

Was für Leute waren darunter? Da war zunächst unter anderem ein Getreidepedant, der auf den Rat Hanussens hin Getreide

gekauft und dabei zweitausend Kronen verloren hat. Dann eine auswanderungslustige Frau, der Hanussen gegen zweihundert Kronen den Rat gab, „bleibe im Lande und nähre dich redlich“. Ober ein Geschäftsmann, dem Hanussen für dreihundert Kronen die Frage, was er tun solle, wenn das Geschäft nicht gut gehe, mit dem einen Wort „Austausen“ beantwortete. Die Anklage gegen Hanussen aber mußte auf ein Gutachten von Sachverständigen gestützt werden, über die das Leitmeritzer Gericht nicht verfügte. Die Universitätsrat Prof. Dr. Scherabfky, Vorstand des Psychometrischen Institutes der Masaryk-Akademie und Dozent Dr. Förster, Leiter des psychologischen Institutes des Nationalverteidigungsministeriums.

Diese zwei Männer wurden auf einmal Sachverständigen für ein Gebiet, mit dem sie sich bis dahin überhaupt nicht beschäftigt hatten.

Sie untersuchen Hanussens Fähigkeiten nach den Methoden, wie man Illusionen, Charaktere, Eisenbahnen usw. auf ihre Eignung prüft. Hanussen erhielt 159 Gutpunkte und wurde reif für das Hochschulstudium erklärt. Im übrigen erklärten die Sachverständigen, daß sie auf Grund des Studiums der Akten zur Ueberzeugung gekommen seien, daß Hanussen ein Schwindler ist. Die Sensation des ersten Prozesses, die wohl ausschlaggebend für den Verurteilungsbescheid war, war aber die Aussage des Professors Dr. Albert Kröner aus Charlottenburg, Vorstandsmittglied der Gesellschaft für wissenschaftlichen Multismus in Berlin und Sachverständigen bei dem bekannten Insterburger Hellseherprozeß. Er schloß damals seine fast zweistündige Zeugenaussage mit den Worten: „Hanussen ist für mich kein Glaube, sondern ein Wissen. Er ist ein Phänomen, er ist der Hellseher, den wir kennen. Ich kann nur sagen, daß er für mich das Medium ist, wie ich ein besseres und stärkeres noch nicht gefunden habe. Hanussen hat eine große Mission zu erfüllen, nämlich die, das Volk mit einem Gebiete bekanntzumachen, um das die Wissenschaft noch kämpft.“

Der Schuß im Kommunistenlokal.

Eine merkwürdige Schießaffäre, die zur Zeit noch Gegenstand polizeilicher Ermittlungen ist, spielte sich gestern in einem kommunistischen Verkehrslokal in der Wölflinger Straße ab. Der 31jährige Willi Rüdert aus der Sorauer Straße 30 hatte sich einige Zeit in einem hinteren Raum des Lokals aufgehalten und eine Zeitung gelesen. Dann erschienen drei junge Leute, die angeblich niemand kennen will, und nahmen an einem Tisch in der Nähe des Bekendeten Platz. Einer von ihnen zog einen Revolver hervor und hantierte mit der Waffe. Blötzlich brachte ein Schuß und Rüdert sprang auf und stürzte mit dem Schrei: „Ich bin angeschossen worden!“ auf die Straße. Die Polizei sandet nach den bisher unbekanntem Tätern. Ob es sich um einen Racheakt handelt oder ob Rüdert das Opfer grober Frechheit geworden ist, konnte noch nicht festgestellt werden.

Das neue „Berliner Beschaffungsamt“

Verbilligung und Vereinfachung der Verwaltung — Sozialdemokraten an der Arbeit

Die Berliner Anschaffungs-Gesellschaft ist seit Dezember vorigen Jahres in aller Stille gründlich reorganisiert worden. Die von dieser Gesellschaft seit 1922 gemachten Fehler wurden endlich rücksichtslos aufgedeckt und kurzerhand radikal beseitigt.

Die Berliner Anschaffungs-Gesellschaft hatte nach dem Gesellschaftsvertrag die Aufgabe, die städtischen Dienststellen, Anstalten und Krankenhäuser mit Waren zu versorgen und dieselben zum Selbstkostenpreise abzugeben. Die Einrichtung war also, wie es auch ganz selbstverständlich ist, geschaffen, um durch zentralen Einkauf günstigere Preise zu erzielen und der Stadt unnötige Gebührgaben zu ersparen. Voraussetzung hierfür ist natürlich eine Leitung, die sich ihrer Verantwortung der Allgemeinheit gegenüber bewußt ist und auch einen gesunden Blick für die kaufmännische Geschäftsführung hat. Auch die Leiter der städtischen Einrichtungen haben das Auf und Ab des Wirtschaftslebens zu beobachten und hierbei alle Vorteile für die Stadt herauszumirtschaften. Bedauerlicherweise scheint das bei der B.A.G. früher nicht der Fall gewesen zu sein. Hier hatte man sich die kaufmännische Rechnung sehr einfach gemacht, indem man den städtischen Dienststellen und Anstalten eben die Waren nicht zum Selbstkostenpreise, sondern mit einem Aufschlag von 15 bis 30 Proz. berechnete. So wurden nicht unerhebliche Mittel in völlig überflüssiger Weise und gegen alle Regeln einer geordneten Hauswirtschaft den Bezirken und Sachverwaltungen entzogen, bei der B.A.G. als Ueberflüsse verbucht und von ihr zum Schluß als Gewinn veräußert! Der Wareneinkauf ließ auch keine besondere Intelligenz der leitenden Persönlichkeiten erkennen. Den Vorteilen hatten stets die Lieferanten, die zum Teil reine Monopolstellungen einnahmen, nicht aber die Stadt. Das war die Wera des auf so tragische Weise aus dem Leben geschiedenen Volksparteilers Schallbach! Soweit uns bekannt, wurde auch die Geschäftsführung der B.A.G. städtischerseits dauernd überwacht und geprüft. Da man bekanntermaßen für die Revisionen stets die allerbesten Kräfte wählt, scheint nach dieser Prüfungsstelle zu urteilen, der Magistrat leider nicht über allzu viele intelligente Beamte zu verfügen. Oder hat man diese Stelle vielleicht mit Beamten besetzt, die infolge mangelnder Arbeitskraft oder mangelnden Arbeitseifers zur Erledigung der laufenden Dienstgeschäfte nicht mehr herangezogen werden,

oder hatten die Beamten bereits ihre höchste Gehaltsstufe erreicht und glaubten deshalb, auf ihren Lorbeeren ausruhen zu können?

Die gesamte Tagespresse hat mit uns anerkannt, daß in der Berliner Anschaffungs-Gesellschaft jetzt nicht nur, nach einem neuen System, sondern auch nach vernünftigen kaufmännischen Grundsätzen und durchaus korrekt gearbeitet wird. Schon heute wird die für die Stadt unentbehrliche zentrale Beschaffungsstelle im engen Einvernehmen mit der Wirtschaft und den Verbrauchern geleitet. Die Industrie- und Handelskammer, die Handwerkskammer, die Innungen, die Arbeitnehmerorganisationen, die Bezirksämter, die Leiter der städtischen Dienststellen, Anstalten, Krankenhäuser, Ärzte, Gartendirektoren usw., alle nehmen jetzt regen Anteil an der Geschäftsführung der B.A.G., und alle stehen ihr bereitwillig mit Rat und Tat zur Seite.

Was während der 10 Jahre nicht möglich war, ist jetzt in wenigen Wochen geschaffen worden:

Ausführliche Lieferungsbedingungen, Vorschriften für Angebote der einzelnen Warengattungen, öffentliche Ausschreibung aller bisher von der B.A.G. bewirtschafteten Gegenstände. Säger werden grundsätzlich nicht mehr unterhalten. Die Lieferungen erfolgen auf Abruf von den Lieferanten direkt an die städtischen Verbraucher, die auch die Ware direkt bezahlen. Bisher verauslagt die B.A.G. die Beträge und zieht sie von den städtischen Dienststellen wieder ein. Es entsteht also überflüssigerweise ein Rechnungs- und Prüfungsorgang an zwei Stellen, der im Interesse der Vereinfachung der Verwaltung schon längst hätte beseitigt sein müssen. Aufgabe der Finanzverwaltung wird es sein, darüber zu wachen, daß die Regulierung der Rechnungen innerhalb

14 Tagen nach Erhalt der Ware erfolgt, damit der Stadt die Kassa-kontobeträge in Höhe von 3 Proz. der Rechnungssumme nicht verloren gehen.

Auch beim Vertragsabschluss wird im Gegensatz zu früher jetzt jede erdenkliche Sorgfalt geübt. Die Industrie- und Handelskammer begutachtet durch ehrenamtlich tätige Sachverständige nicht nur Muster und Angebot, sondern auch die Bonität der Firma. Als Sachverständige sind nur Personen tätig, die mit der B.A.G. in keinerlei geschäftlicher Beziehung stehen. Für das kommende Jahr werden auch die Arbeitnehmerorganisationen durch die Entsendung von Sachverständigen zur Mitarbeit herangezogen.

Durch die neue Geschäftsmethode sind die Wünsche der Geschäftswelt zum großen Teil erfüllt und der Stadt Möglichkeiten zum Einkauf zu günstigen Preisen geschaffen. Es wird Aufgabe der B.A.G. sein, durch geeignete Kontrollmaßnahmen nun auch darüber zu wachen,

daß die Stadt tatsächlich erhebliche Ersparnisse erzielt und mit einwandfreier Ware beliefert wird.

Aufgaben dieser Art lassen sich in Zukunft auch ohne die Gesellschaftsform durchführen. Der Magistrat hat deshalb bereits die Umwandlung der B.A.G. in eine städtische Dienststelle mit der Bezeichnung „Berliner Beschaffungsamt“ beschlossen und in diesen Tagen die Stadtverordnetenversammlung um Beschlußfassung hierüber ersucht.

Die zuvor geschilderte Tätigkeit der B.A.G. in den letzten Monaten findet ihren Niederschlag in einer klaren und übersichtlichen Ge-

schäftsanweisung für das neue Beschaffungsamt. Seine Leitung wird sich in der Zeit, in der Ausschreibungen nicht stattfinden, mit der Durchführung der Normung und Typisierung in der städtischen Verwaltung zu beschäftigen haben. Sie wird diese Aufgabe einmal im finanziellen Interesse der Stadt, zum anderen im Interesse der Förderung der Massenproduktionen, der Verbilligung der Produktionskosten und der Verminderung der Zahl der Produkte erledigen müssen.

Wenig bekannt, aber äußerst interessant ist die Anfertigung der Wäsche für die städtischen Krankenhäuser und Anstalten in der Betriebswerkstätte der B.A.G.

80 elektrische Nähmaschinen und zwei elektrische Zuschneidemaschinen gehen tagaus tagein

und lassen jährlich unter geschickten Frauenhänden Berge von fertiger Wäsche entstehen. Die Arbeit kann in keinem Privatbetriebe sauberer hergestellt werden. Gearbeitet wird so fleißig, daß es möglich war, den Näherinnen einen Zuschlag von 10 Proz. zum Tariflohn zu geben und ihnen auch sonst noch besondere Vergünstigungen zu gewähren.

Geleistet wurde das Aufräumen in der Anschaffungs-Gesellschaft in erster Linie von dem sozialdemokratischen Stadtrat Wuytz als Vorsitzenden des Aufsichtsrats und Direktor Birkow als Geschäftsführer der B.A.G. So erfreulich diese Tatsache für die Berliner Sozialdemokratie ist, so beschämend muß sie auf die Kreise wirken, die der Berufung unseres Parteifreundes Birkow seinerzeit so unduldsamen Widerstand entgegenbrachten. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion wird der Umwandlung der Berliner Anschaffungs-Gesellschaft in ein Berliner Beschaffungsamt zustimmen. Sie erwartet von den Sozialdemokraten Wuytz und Birkow, daß neben der Fortsetzung der begonnenen erfolgreichen Arbeit bei den tarifvertragsmäßigen Auseinandersetzungen die Interessen der Arbeiter und Angestellten in weitherziger Weise gewahrt werden.

Aus der Arbeit der Bezirke.

Jugendheim in der Köpenicker Straße.

1. Bezirk — Mitte.

Obwohl die Sitzung der Bezirksversammlung Mitte mit Obstruktionsversuchen der Kommunisten begann, konnte sie doch gegen alle Erwartungen ruhig zu Ende geführt werden. Es war die erste Sitzung dieses Jahres, die nicht im Lärm unterging. Vielleicht trug dazu die Tatsache bei, daß die kommunistischen Thesen nicht das ersehnte Echo auf den aufbelegten Tribünen fanden! — Kommunistische und nationalsozialistische Agitationsanträge, die zum Teil schon mehrere Monate zurücklagen, füllten die Tagesordnung zum größten Teil aus. Beide Parteien benutzten die Debatte, um sich gegenseitig anzurempeln oder gemeinsam die Sozialdemokratie zu beschimpfen. Die sozialdemokratischen Bezirksverordneten Bernau, Brendel, Dorich, Horsch, Kiese und Thomas fertigten die Schreier von rechts und links bei den einzelnen Anträgen gebührend ab. Von besonders starkem Eindruck waren dabei die Ausführungen Brendels, der einen der von den Nationalsozialisten feige niedergestochenen Arbeiter persönlich kannte und der unter tiefster Erschütterung der gesamten Bezirksversammlung das mangelnde menschliche Empfinden der Mörder und ihrer Hintermänner kennzeichnete. Nur die Nationalsozialisten mußten sich durch Wüheln und Zwischenrufe besonders bemerkbar machen. — Sämtliche Anträge der Kommunisten und Nationalsozialisten wurden gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag des Bezirksamtes, für die Schaffung eines Jugendheimes in der Köpenicker Straße aus Vorbehaltsmitteln 2000 M. zur Verfügung zu stellen und ferner die Freiflächen an der Volksbühne zu Spielplätzen auszubauen. Die Sozialdemokraten hatten dazu beantragt, vom Magistrat die Freigabe der bereits bemittelten Baukosten für das dort zu errichtende Bibliotheksgebäude zu verlangen, wodurch Arbeitsmöglichkeiten für die Bauarbeiter geschaffen worden wären. Aber selbst die kommunistischen Erwerbslosen-„Freunde“ stimmten gegen diesen Antrag.

„Berlin als Bäderstadt“ im Rundfunk. Heute spricht um 15.40 Uhr anlässlich der Eröffnung des neuen großen städtischen Hallenbades Berlin-Mitte in der Gartenstraße Prof. Dr. E. Seligmann über die Entwicklung des Badeswesens in Berlin.

Wie Stadtvertreter verleumdet werden.

6. Bezirk — Kreuzberg.

In der letzten Bezirksversammlung wurden als unbedachte Stadträte eingeführt die Sozialdemokraten Diemer und Warske, der Demokrat Braun, die Deutschen Sozialisten Schulze und Rosenthal sowie der Kommunist Gehlmann. An Stelle des zum Stadtrat gewählten Genossen Warske tritt der Genosse Klein als Bezirksverordneter in die Versammlung ein. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende, Genosse Herber, eine Erklärung des Redakteurs Werdelmann der volksparteilich-offiziellen „Berliner Stimmen“ bekannt. Dieser hatte im November 1929 eine Notiz gebracht, in der behauptet wurde, daß der sozialdemokratische Bürgermeister Dr. Herz sich für beschwerdebefähigende Steuerzahler zwei „handfeste Rauschmeißer“ engagiert habe, um sie verprügeln zu lassen. Als Genosse Dr. Herz Stefantrag gegen Werdelmann stellte, der zugleich Generalsekretär des Wahlkreisverbandes der Deutschen Volkspartei ist, nahm letzterer die beleidigenden Behauptungen mit dem Ausdruck des Bedauerns und der Feststellung, vom Stadterordneten Dr. Falck falsch informiert zu sein, rüchellos zurück. In der verlesenen Erklärung heißt es u. a., daß die gegen die Amtsführung des Bürgermeisters gerichteten verlegenden Angriffe hollös seien und daß ausdrücklich anerkannt werden müsse, daß sowohl der Bürgermeister wie auch die anderen Beamten des Wohlfahrtsamtes bestrebt seien, in allseitigem Interesse rein sachlich zu arbeiten. Die Verlesung dieser Erklärung wurde allgemein mit Genugtuung aufgenommen, sie hinderte jedoch den eben wieder neu eingeführten Stadtrat und kommunistischen Bezirksfraktionsvorsitzenden Gehlmann nicht daran, bei Begründung eines Antrages seiner Fraktion heftige Angriffe gegen die Beamten und Angestellten des Wohlfahrtsamtes zu richten. Er sprach davon, daß ihm gegen 100 Beschwerden von Wohlfahrtsempfängern wegen unwürdiger Behandlung im Wohlfahrts- und Jugendamt zugegangen seien. Als ihm von den Genossen Dr. Herz und dem Dezyernen Stadtrat Sachow vorgehalten wurde, daß Gehlmann als langjähriges Bezirksamtsmitglied niemals in den Sitzungen des Bezirksamtes eine entsprechende Beschwerde vorgebracht habe, er also eine ganz traurige Doppelrolle spiele, wußte er nur drei geringfügige Angelegenheiten vorzutragen. In einem Falle handelte es sich darum, daß einem Ausländer die Bezahlung der Wohnungsmiete abgelehnt wurde, während es die beiden



Die
feinste Spezialzigarette
**MANOLI
PRIVAT**
6 Pf. OHNE MUNDSTÜCK

Seit Jahrzehnten kämpft der „VORWÄRTS“ für die Rechte der Frau! Arbeiterfrauen, werbt für eure Zeitung!

Überlieferte Fälle einfache Auseinandersetzungen zwischen Beamten und Besuchern betrafen. Es war ein Schauspiel für Götter mit anzusehen, wie der sonst so redelustige Linienreue „Revolutionär“ um seinen Stadtratposten barnte, aus Angst davor, daß etwa der Bürgermeister als Disziplinarorgane wegen der traurigen Rolle, die Gehlmann spielte, gegen ihn vorgehen werde. Genosse Litzte begründete einen Antrag, der verlangt, daß Gehlmann seine Behauptungen über unwürdige Behandlung von Unterstützungsempfängern zu beweisen habe. Die Vermittlung in den Reihen der Kommunisten war so groß, daß sie zum allgemeinen Gelächter der Versammlung selbst für den Antrag stimmten. Annahme fanden ferner Vorlagen über einen weiteren Ausbau des Jugendhauses Nordstr. 11 sowie des Spielplatzes am Kreuzberg, die aus Haushaltsresten des Vorjahres bezahlt werden sollen. Es wurden ferner angenommen ein Antrag, der die Herausgabe der Unterstützungsrichtfänge fordert sowie ein weiterer Antrag, der das Bezirksamt ersucht, mit den zuständigen Stellen zu verhandeln, damit die Zustände auf den im Bezirk liegenden Arbeitsnachweisen gebessert würden.

Nationalsozialisten beschweren sich.

12. Bezirk - Steglitz.

Zu Beginn der Sitzung wurden an Stelle der durch die Wahlen zu Stadträten freigewordenen Posten neue Bezirksverordnete eingeführt, u. a. unser Genosse Ziege (Berlin-Vichtorf). Die Nationalsozialisten beschwerten sich darüber, daß ihnen die Schulaulen nicht für Versammlungen zur Verfügung gestellt worden. Unter Zustimmung des großen Teils der Versammlung konnte der Bürgermeister darauf hinweisen, daß die hemmungslose Art der Nationalsozialisten den Erlaß des Ministers verursacht hat, wonach Schulen den Nationalsozialisten nicht zur Verfügung gestellt werden dürfen. Kommunist Fleck setzte sich für die Nationalsozialisten ein. Bezüglich der vom Bezirksamt ausgesprochenen Kündigungen konnte berichtet werden, daß bei 40 Kündigungen von Angestellten bis auf drei Fälle eine Vertiefung erreicht worden ist. Auch bei den Arbeiterentlassungen ist eine Unterbringung der Arbeiter an anderen Arbeitsplätzen erreicht worden. Durch die Arbeit unserer Fraktion ist hier ein Erfolg erreicht worden, den selbst der Kommunist Wiebach nicht leugnen konnte. Im übrigen wies die Tagesordnung nicht weniger als 35 Punkte auf, die wider Erwarten schnell erledigt wurden. Der Verbesserung der Fahrverbindung der Linie 100, der Erweiterung der Verkehrsinsel an der Straßenbahnhaltestelle am Steglitzer Rathaus und Maßnahmen zur Hebung der Sicherheit im Steglitzer Stadtpark wurde bestimmt. Einigkeit bestand auch darin, eine Korrektur der Richtlinien der Spornmaßnahmen vorzunehmen, sobald es sich um Personen handelt, die in der Volkshäuser gespeist werden und keine laufende Rente oder eine sonstige Unterstützung vom Wohlfahrtsamt beziehen. Auch eine Korrektur der Richtsätze für Unterstützungsempfänger ist notwendig. Die Rauchbefestigung, unter der die Einwohner von Lankwitz leiden, die in der Nähe der Siedlungsstraßen wohnen und die durch die Heizanlage der „DeRoBe“ hervorgerufen wird, soll auf Anfrage unserer Genossen besessen werden. Das Verkehrsbehinderung, das die Umgestaltung des Bertelsheim-Baus in der Schloßstraße darstellt, wird durch eine Verfügung der Bau-polizei beseitigt. Eine außerordentlich eingehende kommunalpolitische Unterhaltung entspann sich zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten über die zu schaffende Bedürfnisanstalt vor dem Steglitzer Rathaus. Ja, ja, in Steglitz gibt es Probleme.

mit Erster Hilfeeinrichtung auf dem Stadion in Reutlitz. Angenommen wurde dann noch ein sozialdemokratischer Antrag, in dem gegen die Befestigung der Mittelpromenade in der Kaiser-Friedrich-Straße protestiert und die Einstellung der weiteren Abrucharbeiten verlangt wird. Mit einem weiteren sozialdemokratischen Antrag wurde die Aufhebung der Gebührenpflicht für die Benutzung der Reutlitzer Stadtbüchereien beschlossen.

Eine dramatische Sitzung.

17. Bezirk - Lichtenberg.

Die Bezirksversammlung Lichtenberg am vergangenen Mittwoch war in ihrem vierhändigem Verlauf reich an dramatischen aber auch belustigenden Zwischenfällen. In Rede und Gegenrede, oder besser gesagt, in Beleidigungen und Widerbeleidigungen warfen sich Kommunisten und Nationalsozialisten abwechselnd ihre Sünden wider die Arbeiterschaft vor. Das hürdete sie aber nicht, die sich eben noch Tod und Verderben gewünscht hatten, bei Abstimmungen brüderlich Hand in Hand zu gehen — fürwahr, ein widerlich verlogenes Spiel mit den Interessen des Proletariats. Das Verbot des Ministeriums, Schulräume staatsfeindlichen Parteien zur Verfügung zu stellen, habe in der Versammlung starke Erregung ausgelöst, die in einer ganzen Reihe von Anträgen Ausdruck erhielt. Dabei ist typisch für die Kommunisten sowie für die Nazis und ihrer deutschnationalen Freunde, daß ihre Anträge lediglich auf ihren eigenen Personenskreis abgestellt waren. Es gelangte deshalb der in der gleichen Angelegenheit von der sozialdemokratischen Fraktion und vom Genossen Krudt begründete Antrag zum Beschluß, daß die Vergebung der Schulräume an Vereine und Parteien nach den bisher vom Bezirksamt in sozialer Weise geübten Grundsätzen weiter vorgenommen werden soll — und daß Ausnahmebestimmungen gegen einzelne Vereine oder Parteien beseitigt werden. Ob aber den Nazis und den Kommunisten viel an einer solchen Regelung liegt, bleibt zweifelhaft, denn bei der Abstimmung enthielten sie sich der Stimme. Der Inhalt des Antrages zeigt deutlich, daß die sozialdemokratischen Vertreter in der Kommune, trotz ihrer Vormachtstellung durchaus gleiches Recht für alle Parteien, auch ihrer Gegner, jederzeit gelten zu lassen bereit sind und auch vertreten. Der folgende kommunistische Antrag, die vom Bezirksamt beschlossene Einschränkung bei den Massenfeiern auf dem Zentralfriedhof in Friedrichshagen wieder aufzuheben, löste bei den Antragstellern zeitweise hysterische Redaktionen aus. Mehrfach wurden ihre Redner wegen Beleidigungen von Angehörigen des Hauses verwahrt werden. Genosse Stadtrat Stimming wies mit aller Bestimmtheit darauf hin, daß die städtischen Friedhöfe allen Toten eine würdige Begräbnisstätte sein sollen und daß es auf keinen Fall zu verantworten sei, sie zum Krummeplatz kommunistischer Radoulsitz herabzuwürdigen.

Die sozialdemokratischen Anträge wegen Errichtung einer Bedürfnisanstalt an der Endhaltestelle der Linie 13 am Kreuzberg-Ring, wegen Beschaffung von Ruffahnen für den Turnplatz der Schule Raulsdorf-Süd und wegen Verbesserung der Straßenbeleuchtung im Bezirk wurden angenommen. Zum Schluß wurde noch mit den Stimmen der Sozialdemokraten ein Antrag gegen die Räumung der Reichsgerichtskolonie an der Schloßallee beschlossen.

Flaggenspiel auf dem Europahaus.

Oben auf dem Dach des Münchener Hofbräu befinden sich drei Fahnenstangen. Vor einiger Zeit war links eine amerikanische Flagge, in der Mitte die blaue weiße mit dem Löwen und am rechten Mast die Fahne der Republik zu sehen. Aber nur auf einen Tag! Am anderen Morgen konnte man an Stelle der verfassungsmäßigen Flagge die schwarzweißrote Fahne bewundern. Einen Tag später war in der schwarzweißroten Fahne eine ganz kleine Bösch in den Reichsfarben eingeseht. Wer nun glaubt, daß damit der spießbürgerliche Bierphilister beruhigt sein würde, „Himmelherrgottsfra, da gefest sich nig“, auch diese Konzeption mußte verschwinden, und nun hat die liebe Seele Ruh, links weht das bayerische Wahrzeichen, rechts das amerikanische Sternenbanner. Die Mitte läßt man unbeflaggt, vielleicht hat man die Stange für die schwarze Kutte mit den gelben Aufschlägen referiert, zu Ehren des Münchener Kirbels.

Sozialdemokratie schützt Kleingärtner.

9. Bezirk - Wilmersdorf.

Einem breiten Raum bei der Beratung der im übrigen recht mageren Tagesordnung der letzten Sitzung nahm die Erörterung eines sozialdemokratischen Antrages auf Herbeiführung gesetzlicher Bestimmungen zur Ausweisung von Heimstättengebieten ein. Seit Jahren erwarten etwa dreitausend Kleingärtnerfamilien in Wilmersdorf, daß auch im hiesigen Bezirk Heimstättengebiete ausgewiesen werden. Bodennutzungswirtschaft ist von den früheren besitzbürgerlich eingestellten Nachhabern der in Betracht kommenden westlichen Vorortgemeinden nur unzulänglich betrieben worden, daher befinden sich die vielen gepflegten Kleingärten, die Tausenden Licht, Luft und körperliche Erholung gewähren, auf dem Grund und Boden privater Grundbesitzinteressen. Daher bestehen die Schwierigkeiten, nunmehr für die in ihrem bescheidenen Glück bedingten Kleingärtner Dauergelände auszuweisen. Die Stadt Berlin kann zu den unerhörl. hohen Preisen, die im Westen gefordert werden, keinen Quadratmeter für diese im wörtlichsten Sinne der Volkswohlfahrt dienenden Zwecke käuflich erwerben, und das wenige, noch im Besitz der Bezirksverwaltung befindliche Land ist bereits für dringende kommunalpolitische Zwecke — Krankenhäuser, Schulbauten usw. — bestimmt. Die gesetzlichen Grundlagen, nach denen die Gemeinden durch Veräußerung Heimstättengebiete im Sinne einer baurechtlichen Eigentumsbeschränkung abgrenzen können, sind noch recht schwankend. Im Sinne dieser Bestrebungen, wie sie den Grundton der verschiedensten Verlautbarungen des preussischen Wohlfahrtsministers, der Ausführungen auf der diesjährigen Reichstagung der Bodenreformer und — der grundsätzlichen und oft betonten programmatischen Einseitigkeit der Sozialdemokratie darstellen, will der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion die Entwicklung der Dinge vorwärts treiben, wenn nicht das letzte Stück Land, das hier für in unserem Bezirk noch vorhanden ist, der Kleingärtner- und Heimstättenbewegung verloren gehen soll. Durch den Antrag soll erreicht werden, daß die maßgebenden Instanzen des Bezirksamtes und Magistrats Schritte zur Erreichung einer klaren, unzweideutigen reichs- und Landesrechtlichen Regelung der Frage der Ausweisung von Kleingärtner- und Heimstättengebieten im Rahmen einer hohen- und baurechtlichen Eigentumsbeschränkung unternehmen. — In der Aussprache wandten sich die Rechtsparteien verweislich zwischen ihren „freundlichen“ Empfindungen für die Kleingärtner und ihren Sympathien für die Parlamentarier-Interessen hin und her, auch die Demokraten gedachten sich spröde; die zwingenden Argumente der Begründung unseres Antrages jedoch und die — Aussicht auf vielleicht nicht allzu ferne Neuwahlen bewirkten dann die Annahme des sozialdemokratischen Antrages, dessen Auswirkung hoffentlich — bevor es zu spät ist — der Kleingärtnerbewegung unseres Bezirks und damit der vorbeugenden Wohlfahrts- und Gesundheitsfürsorge für breite Schichten der Großberliner Bevölkerung zugute kommen wird.

Karl-Mary-Gymnasium in Berlin.

14. Bezirk - Reutlitz.

In der Reutlitzer Bezirksversammlung konnte Bezirksverordnetenvorsteher Genosse Krudt mitteilen, daß die Zustimmung der Aufsichtsbehörden zur Umbenennung des Kaiser-Friedrich-Realgymnasiums in Karl-Mary-Realgymnasium eingegangen sei. Bestritten wurde dann die Bereitstellung von 1000 M. für Geschäftszweck der Bezirksversammlung. Zu einer längeren Debatte kam es, als zum ersten Male seit Inkrafttreten der neuen Geschäftsordnung die Redezeit beschränkt wurde. Die Deutschnationalen glaubten gegen das Bezirksamt wegen zu nachlässiger Wohnungsvermittlung Vorwürfe erheben zu können. Der Bezirksverordnete Langula zeigte aber deutlich, daß er lediglich einen Anlaß herausuchte, gegen die Wohnungszwangswirtschaft zu wettern. Die Kommunisten wollten sich wieder einmal als die wahren Vertreter der Fürsorgearbeiter ausprägen. In einem Antrag verlangten sie die Beteiligung der Fürsorgearbeiter an den Betriebsratwahlen. Der kommunistische Bezirksverordnete Weise hatte sich aber nicht einmal die Mühe gemacht, ein zutreffendes Material zusammenzubringen. Der sozialdemokratische Bezirksverordnete Bolenske konnte nachweisen, daß es den Kommunisten gar nicht darauf ankommt, den Fürsorgearbeitern zu helfen, sondern sie nur in milde Streiks zu hängen. Die Sozialdemokratie verlangte in einem Antrage, das Bezirksamt möge eine Klärung der Rechtslage herbeiführen. Auf kommunistische Zwischenrufe hin stellte der Redner ausdrücklich fest, daß die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften für eine Beteiligung der Fürsorgearbeiter an den Betriebsratwahlen eintreten. Der sozialdemokratische Antrag wurde angenommen. Während der Beratungen über diese Anträge kam es wieder zu Sitzungsversuchen kommunistischer Tribünenbesucher. Doch konnte nach Räumung einer Tribüne weiter verhandelt werden. Beschlossen wurde die Anlegung eines Zufahrtsweges zu den Kolonien „Kojened“ und „Ostelbien“ und die Aufstellung einer Telefonzelle

92. Seite. Die nächste Sitzung wird die bezagene Wintertage des Berliner Verhältnisses des Bezirksamtes Schöneberg unter der Leitung Georg Sandbergers am Sonntag, 26. Dez. 1934, 10 Uhr auf dem Spittelmarkt, Eingang Untergundbahn, Teilnahme 50 Pf.

BESSER ESSEN • WENIGER DAFÜR AUSGEBEN DURCH KARSTADT-LEBENSMITTEL

Weine u. Spirituosen	Wurstwaren	Wild und Geflügel	Delikatessen	Konserven
Obstwein Ltr. 0.36	Schinkenecken Pfd. 1.10	Wolga-Hühner Pfd. an 0.32	Sardinen spanische ¼ Dn. 1.13	Gemüse-Erbsen ¼ Dn. 0.55
Frankl. Apfelwein .. Ltr. 0.43	Schinkenpolnische Pfd. 1.20	Frische Masthühner Pfd. an 1.05	Flethappen in Remoulade .. Dn. 0.30	Gemüse-Erbsen ... 3 Pfd. Dn. 1.40
Edenobener Ltr. 0.55	Streichmetzwurst Pfd. 1.28	Junge Puten Pfd. an 1.03	Fetheringe in Tomaten .. Dn. 0.30	Kaiserschoten ¼ Dn. 1.65
St. Martiner Ltr. 1.00	Zerelat und Salami .. Pfd. 1.63	Enten gefr. Pfd. an 1.10	Ochsenmausalat .. 400 gr. Dn. 0.95	Jg. Erbsen mittel m. Kar. ¼ Dn. 1.00
Edesheimer Forst ... Ltr. 1.10	Zerelatwurst im Fettarm Pfd. 1.83	Tauben Stück 0.35	Sülze garniert 400 gr. Dn. 0.95	Jg. kleine Karotten ... ¼ Dn. 0.85
Niersteiner Ltr. 1.30	Harte Zerelatw. u. Fettl. Pfd. 1.95	Bachhähnchen frisch geschl. Pfd. 1.30	Gabelbissen ¼ Pfd. 0.35	Prinzeßbohnen fein ... ¼ Dn. 1.30
Dürkheim, (deutsch. Rev.) Ltr. 0.90	Schinkenspeck Pfd. 1.90	Damhirsch-Blatt Pfd. 1.20	Rollheringe in Remoulade 2 Stck. 0.25	Grünkohl ¼ Dn. 0.30
Tarragona Ltr. 1.00	Schweinekopf im Gelm ... Pfd. 1.20	Damhirsch-Keule Pfd. 1.60	Mayonnaise ¼ Pfd. 0.30	Jg. Kohlrabi ¼ Dn. 0.65
Malaga Ltr. 1.20				Sellerie ¼ Dn. 1.05
Portwein Ltr. 2.00				Stachelbeeren ¼ Dn. 1.00
Johannisbeerwein ... Ltr. 0.25				Preißelbeeren ¼ Dn. 1.00
Stachelbeerwein ... Ltr. 1.10				Birnen halbe Frucht ¼ Dn. 1.45
Medoc Fl. 1.40				Weichselkirschen m. St. ¼ Dn. 1.30
St. Martiner Fl. 1.00				Kaiserkirschen mit Stein ¼ Dn. 1.65
Maikammerer Fl. 1.20				Johannisbeeren ¼ Dn. 1.65
Wintringer Fl. 1.20				Zweifrukt-Marm. m. 2 Pfd. E. 0.95
Weinbr.-Verschn. ... Ltr. 4.00				Orangen-Marmel. m. 2 Pfd. E. 1.10
Alter Korn Ltr. 4.20				Johannisb.-Konf. m. 2 Pfd. E. 1.40
Saft (Hind., Kirsch, Johannisb.) Ltr. 1.50				Himbeer-Konfit. m. 2 Pfd. E. 1.65
Kolonialwaren	Butter und Käse	Fische u. Räucherwaren	Obst und Gemüse	Kolonialwaren
Zucker fein Pfd. 0.29	Molkereibutter Pfd. 1.34	Schellfisch mit Kopf Pfd. 0.13	Suppenspargel Pfd. an 0.14	Erbisen gelb und grün ... Pfd. an 0.13
Weizenmehl Pfd. 0.22	Tafelbutter Pfd. 1.48	Kabeljau im Ganzen Pfd. 0.14	Spargel Pfd. 0.45 0.60 0.30	Linzen Pfd. an 0.23
Aussugsmehl 5 Pfd. Dn. 1.30	Dänische Butter hoch. Pfd. 1.53	Goldbars Pfd. 0.20	Grüne Gurken Stück an 0.32	Bohnen weiß Pfd. an 0.30
Diamantmehl 5 Pfd. Dn. 1.55	Edamer 20 % Pfd. 0.32	Seelachs Pfd. 0.15	Salat 3 Kopf 0.20	Reis Pfd. an 0.20
Kartoffelmehl Pfd. 0.18	Tilsiter 20 % Pfd. 0.38	Rotzunge Pfd. 0.22	Rhabarber 4 Pfd. 0.15	Pflaumen Pfd. an 0.48
Hartweizengrieß Pfd. 0.34	Tilsiter Art ohne Rinde ... Pfd. 0.30	Kabeljau-Filet Pfd. 0.30 0.25	Junge Kohlrabi Maß 0.55	Puddingpulver Pfd. 0.60
Eierschnittnudeln fein ... Pfd. 0.50	Emmentaler Art Pfd. 0.38	Lebende Aale Pfd. an 1.10	Lunge grüne Bohnen Maß 0.38	Milch große Dose 0.50
Eierfaden fein Pfd. 0.52	Harzer Pfd. 0.38	Büchlinge Pfd. an 0.33	Zitronen Dn. an 0.42	Gerste gebrannt Pfd. 0.25
Haferflochen Pfd. 0.25	Camembert vollf. Stck. 0.14	Seelachs geräuchert Pfd. 0.33	Italienische Kirschen .. Pfd. 0.52	Malkaffee Pfd. 0.28
Sultaninen Pfd. an 0.32	Romadour 20% Stck. 0.15	Stüchenlachs Pfd. 1.40	Neue Kartoffeln 2 Pfd. 5 Pfd. 0.33	Kaffee frisch gebrannt ... an Pfd. 2.30
Mandeln 100 Pfd. an 1.60				Haushaltkakao Pfd. 0.53

Preise Freitag und Sonnabend - Soweit Doree

BESSER ESSEN • WENIGER DAFÜR AUSGEBEN DURCH KARSTADT-LEBENSMITTEL

Deutsche Lufthanfa 1929.

Ein turbulentes Jahr. — Noch zu sichernde Umstellungserfolge.

Die Leitung der Lufthanfa, die ohnehin aus der Vergangenheit manche Fehler zu bereinigen hätte, hatte es 1929 durch die plötzliche, fast 50prozentige Kürzung der — später wieder ergänzten — Reichssubventionen schwer, das ohnehin im Zentrum der öffentlichen Beobachtung und Kritik stehende, kaum den Kinderstühlen entwachsene, aber schnell sich entwickelnde Reichsflugunternehmen in die angestrebte und notwendige größere Erfolgsleistung hineinzuführen. Dennoch liegen Anfangserfolge vor. Sie haben zwar einen empfindlichen Personalabbau veranlaßt und machen — mit Recht — auch der überlebten deutschen Flugzeugindustrie neue Sorgen, aber diese Anfangserfolge scheinen ausbaufähig; die Grundlagen der Lufthanfa scheinen — auch durch die letzte freie Verfügung über die Aufträge und die auf längere Zeit festliegenden öffentlichen Beihilfen — gesunder geworden zu sein.

Betriebsleistungen der Lufthanfa.

	1927	1928	1929
Beförderte Fluggäste	102 681	111 115	87 019
Beförderte Gepäckstücke	821 921	868 460	690 609
Fracht und Zeitungen	846 929	1 185 248	1 242 000
Postbeförderungen	274 073	317 588	366 845
km-Leistung (Personen Fracht, Post, Zeitungen)	9 208 029	10 217 528	9 087 000
Kostendeckung aus Beihilfen	73,3	68,2	70,4

Insgesamt konnten trotz der empfindlichen finanziellen Störungen gerade zu Beginn der Hauptflugzeit die Leistungen in ihrer finanziellen Wirkung — nicht zuletzt durch Rationalisierung und Beihilfenergänzung — noch zum Ausgleich gebracht werden. Dem starken Rückgang in der Personen- und Gepäckbeförderung um 21 bzw. 20 Proz. steht die Beförderungszunahme bei Gütern, Zeitungen- und Postfrachten relativ ausgleichend gegenüber.

Aus der Bilanz- und Gewinnrechnung.

	1927	1928	1929
(in Millionen Mark)			
Flugzeuge (Zellen)	6,98	6,66	7,16
Motoren	4,70	4,95	5,12
Werkstätten, Kraftw., Büros	1,66	1,61	1,32
Beteiligungen	1,68	1,49	1,44
Materialien und Betriebsstoffe	4,41	6,52	5,89
Forderungen	11,46	15,35	8,35
Kasse und Bankguthaben	1,88	1,09	1,32
Selbstversicherungs-Fonds	—	—	0,67
Akzeptschulden	2,37	3,66	—
Schulden	5,39	8,96	4,89
Einnahmen aus Flugdienst	30,04	30,50	23,86
Sonstige Erträge	0,57	1,25	1,19
Forderung ans Reich	—	—	5,26
Betriebskosten	21,73	23,52	21,04
Handlungskosten	1,90	2,14	2,02
Zinsen	—	0,14	0,69
Abschreibungen	6,96	5,94	6,54
Ueberschuß	0,019	0,009	0,014

Die Einnahmen aus dem Flugdienst sanken weniger durch den Rückgang des Verkehrs, als durch die Verringerung der Subventionen und die Abdeckung von Schulden, die über den vom Reich übernommenen, den Banken geschuldeten Betrag von rund 6 Millionen noch etwas hinausgeht. (In der Gewinnrechnung als „Forderung ans Reich“ mit 5,26 Mill. — Differenz aus dem Zinsabzug für 3 Jahre — eingesetzt.) Die Betriebskosten sind durch geringere Materialanschaffungen und Personaleinsparungen (1,4 Mill.) von 23,52 auf 21,04 Mill. gesenkt. Das Gesamtpersonal betrug Ende 1929 nur mehr 1815 gegen 2005 Personen Mitte 1929 und 2061 Personen Mitte 1928. Fliegerpersonal wurde nicht abgebaut. Auch in der Spitze wurde das Personal etwas verringert.

In der Bilanz ist der Rückgang der Forderungen von 15,35 auf 8,35 Mill. wichtig (die 6 Millionen vom Reich sind schon unter Einnahmen verbucht), ebenso der Rückgang der Akzept- und Buchschulden von 12,62 auf 4,89 Mill. (außer den 6 Mill. vom Reich übernommenen Bankschulden wurden aus Rationalisierungserparnissen Schulden getilgt).

Die Umstellung in der Lufthanfa.

Im Flugzeugpark wurde der Anteil der größeren Einheiten verstärkt (1930 werden von 159 Apparaten 42 Großflugzeuge sein gegen 35 von 148 und 41 von 140 in 1929

und 1928), die Landflugzeugtypen wurden von 16 auf 8, die Motorrentypen von 9 auf 5 reduziert. Es wurde nur noch bei fünf Flugzeugfirmen (Duners, Dornier, Bayer, Flugzeugwerke, Focke-Wulf und für Spezialaufträge Heinkel) bestellt statt bei sieben. Die Zahl der angeflogenen deutschen Häfen sank auf 84 (gegen 99 im Vorjahr). Fünf im Jahre 1929 aus Ausland verlorene Linien wurden wieder gewonnen. 18 deutsche Linien mit kleiner Frequenz wurden eingestellt. Die 8 Katapultflüge von 1929 („Bremen“ und „Europa“) sollen sich 1930 auf 24 erhöhen. Als dritte Reichspostfluglinie kam 1929 Köln—Paris hinzu; 1930 wird Berlin—Konstantinopel folgen. Die Verhältniszahl der Unfälle sank: ein Unfall kam auf 1 500 000 Kilometer 1929 gegen 770 000 Kilometer im Jahre 1928.

Die Gesamtheilfen der Lufthanfa.

	in Mill. Mark	
	1928	1929
Vom Reich	17,3	11,3
Von Ländern und Kommunen	5,7	5,2
Ozeandienst	3,0	3,0
	26,0	19,5
Dazu Schuldübernahme durchs Reich (abzgl. Zinsen)	—	5,2
	26,0	24,7

Die Subventionsverluste betragen also nur 1,3 Millionen Mark.

Von den Gesamtkosten der Lufthanfa wurden 1929 nur 29,6 Proz. aus eigenen Einnahmen gedeckt, gegen 31,8 und 26,7 Proz. in den Jahren 1928 und 1927. Hier unbedingt die teilweise begreifliche und natürliche — Verschlechterung von 1929 wieder wettzumachen und eine entscheidende Besserung zu erzielen ist die ernsteste Aufgabe dieses und der nächsten Jahre.

Herrn Schieles Etat.

Alte und neue Verdunkelungskünste.

Die Ausgaben des Etats des Reichsernährungsministeriums für 1930, dessen Beratung der Haushaltsausschuß heute beginnt, sind einstweilen um rund 35 Millionen höher als 1929. Hierzu kommt noch eine Nachforderung des Ernährungsministers in Höhe von 10 Millionen. Im Ernährungsetat für 1930 ist aber ein Verzicht auf den Reichsmonopol ganz allgemein zur Förderung der Landwirtschaft verwendet werden sollen. Hier können sich die Ausgaben des Ernährungsministeriums für 1930 noch um Millionen erhöhen.

Die wirkliche Höhe der Etatsmittel des Ernährungsministers ist aber gar nicht feststellbar.

Denn im Etat sind zahlreiche Titel enthalten, die den Vermertrogen „Einnahmen aus Darlehensrückzahlungen fließen den Mitteln zu“. Diese Titel, die alle der Subventionierung bestimmter Gebiete der Ernährungswirtschaft dienen, sind wegen dieser Anmerkung vollkommen unkontrollierbar, solange wie Nachweisungen über die tatsächliche Höhe der in sie fließenden Darlehensrückzahlungen nicht gegeben werden. Die Sozialdemokratie wird im Haushaltsausschuß beantragen, durch entsprechende Änderungen des Etats hier endlich zu einer klaren Uebersicht zu gelangen.

Schließlich verfügt das Ernährungsministerium noch über 60 Millionen aus dem Vermögen der ehemaligen Reichsgeldstelle zu Subventionszwecken, ohne daß hierüber im einzelnen Rechenschaft abgelegt wird. Unter dem Gesichtspunkt der Klarheit stellt also der Haushalt des Reichsernährungsministeriums einen der undurchsichtigsten Etats des ganzen Haushaltsplans dar.

Die Folge der Undurchsichtigkeit und der Dehnbarkeit von Etats ist stets eine Verwendung der in ihnen enthaltenen Mittel zu sehr zweifelhaften Zwecken. Eine Spezialität des Reichsernährungsministeriums scheint in dieser Richtung die Finanzierung von Reisen aus den unwahrscheinlichsten Quellen

Kongo-Kupfergesellschaft in Deutschland Die Kapitalbeteiligung bei Hirsch-Kupfer.

Die große Kongo-Kupfergesellschaft Union Minière du Haut-Katanga beteiligt sich zu einem Viertel am Aktienkapital der Hirsch-Kupfer- und Messingwerke, an der seit vergangenem Jahr bereits der englische Chemiekonzern Imperial Chemical Industries Ltd. zu 25 Proz. beteiligt ist. Gleichzeitig läuft das Gerücht, die Katanga-Gesellschaft wolle aus dem Internationalen Kupferkartell, das im wesentlichen von einigen amerikanischen Trusts regiert wird, so lange austreten, bis der Kupferpreis endgültig stabilisiert sei.

Offenbar wird mit der Kapitalbeteiligung an Hirsch-Kupfer ein Lieferungsvertrag mit dieser deutschen Gesellschaft, einer wichtigen Kupferverarbeiterin, abgeschlossen, der für beide Vertragsparteien vorteilhaft sein kann. Ob Haut Katanga aus dem Internationalen Kupferkartell austreten wird oder ob es sich nur um eine Drohung handelt, steht noch nicht fest.

Die Katanga-Gesellschaft hat sich im Verlauf weniger Jahre zu einem Kupfer-Großproduzenten von internationaler Bedeutung entwickelt. Großaktionäre sind die größte belgische Bank (Société Générale de Belgique) und eine mächtige englische Kolonialgesellschaft (Tanganyika Concessions Ltd.). Die Kupfererzeugung aus eigenen Bergen war vor dem Kriege fast bedeutungslos, stieg im Jahre 1923 erstmalig auf über 50 000 Tonnen und im Jahre 1929 auf 130 000 Tonnen. Sie baut außerdem Kobalt, Zinn, Kohle usw. ab, fördert in geringem Umfang auch Gold und gewinnt insbesondere Radium.

Neun Zehntel des Radiumbedarfs der Welt werden durch die Haut Katanga gedeckt.

Haut Katanga ist seit drei Jahren Mitglied des Internationalen Kupferkartells und scheint bisher auch hinsichtlich der Produktions-einschränkung mit den großen amerikanischen Trusts, insbesondere dem Anaconda-Copper-Konzern, gemeinsame Sache gemacht zu haben. Ende vorigen Jahres wurden 300 Beschäftigte entlassen, wie man annahm, zwecks Einschränkung der Kupferproduktion. Ein prinzipieller Kampf gegen die Monopolisierung der Kupferwirtschaft durch ein internationales Kartell ist von der Katanga-Gesellschaft kaum zu erwarten.

zu sein. Jedes Ministerium hat für Dienstreisen einen Fonds. Dem Ernährungsministerium genügt dieser Fonds in Höhe von rund 40 000 M. aber keineswegs.

Aus einem Etatitel, der der Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung dient, hat es im Jahre 1928 — leider kommen die letzten verfügbaren Angaben aus diesem Jahre — fast 60 000 M. für Reisen aller Art verwendet. Nicht nur Beamte des Ministeriums haben Gelder aus diesen Mitteln erhalten, sondern auch Redakteure zu landwirtschaftlichen Studientreffen, Kommunalbeamte erhielten Reisegeld, und eine Landwirtschaftskammer hat einen größeren Betrag dafür erhalten daß sie „Auswärtiges Amt“ spielte und einen Sachverständigen zur Wahrung der Interessen der Landwirtschaft einer deutschen Provinz an eine deutsche Auslandsvertretung sandte.

Aus den Mitteln, die der Förderung des Weinbaues dienen sollen, sind Reisen finanziert worden, deren Kosten zum Teil für einzelne Beamte mehrere tausend Mark betragen haben. Aber auch, soweit die Mittel nicht für Reisen verwendet werden, muß dahingestellt bleiben, ob ihre Herausgabe den elementarsten wirtschaftlichen Voraussetzungen entspricht. So ist z. B. das Ernährungsministerium an einer privaten Gesellschaft beteiligt, die den Zuschuß des Ministeriums zum erheblichen Teil für Autofahrten verwendet hat. Die sozialdemokratische Etatkritik wird sich vor allem dieser Seite des Etats des Ernährungsministeriums zuwenden, weil nur durch die Behebung derartiger Schäden die Voraussetzungen für eine vernünftige Verwendung von Reichsmitteln zu schaffen sind.

Im Etat des Ernährungsministeriums für 1930 sind in erheblichem Umfang Mittel zur Verbilligung der Zinslast von Darlehen für landwirtschaftliche Bodenverbesserung, von Darlehen zur Förderung der Milchwirtschaft und auch von Darlehen ganz allgemein zur landwirtschaftlichen Betriebsumstellung vorgegeben.

Die Zinsverbilligungspolitik des Ernährungsministeriums hat zu großen Mißständen geführt.

Der von den Darlehensnehmern zu zahlende Zinsfuß wird vom

BILLIGE PFINGST-ANGEBOTE

Herren-Anzüge

Sakko-Anzüge gute Qualität, moderne Muster	60.-	45.-	36.-
Sakko-Anzüge verarbeitet, hervorragender Sitz	110.-	95.-	75.-
Sport-Anzüge 4 teilig, bewährt, Stoff, engl. gemust.	65.-	55.-	40.-
Sport-Anzüge 4 teilig, ausgesucht gute Qualitäten	117.-	98.-	93.-

Leichte Sommerkleidung

Lüster-Sakko schwarz und blau	18.-	12.-	7.50
Waschjoppen für Büro und Arbeit	12.-	6.-	3.90
Waschhosen lang, oder Breeches	9.-	6.-	3.75
Knabenwaschanzug aus gestreiftem Kadettstoff, mit Garnitur (original Kieler Form) für 3-4jährige	—	—	3.50

Kleidung für jeden Sport

Trainings-Anzüge für Damen u. Herren Gr. 3	12.-	8.70	5.-
Windjacken für Damen und Herren	18.-	13.50	10.50
Trenchcoats für Damen und Herren	36.-	27.-	16.50
Gummi-Mäntel für Damen und Herren	24.-	15.-	9.-

Gelegenheitsposten in Strickkleidung und Wäsche

BAER SOHN Berlin N 4, Chausseestr. 29-30

UNTERGRUNDBAHN STETTINER BAHNHOF

Ernährungsministerium erheblich gekürzt, ohne daß eine Grenze für die Höhe des dem Darlehensnehmer von den vermittelnden Banken abgeforderten Zinsfußes vorhanden ist. Infolgedessen haben zahlreiche landwirtschaftliche Kreditinstitute in der Provinz die Gelegenheit benützt, um sich durch erhebliche Zinsforderungen aus der vom Reich bezahlten Zinsdifferenz gesund zu machen.

Schlees eigene Verdunklungskünste.

Herr Schiele hat selbst noch ein Uebrigcs getan, um den schon immer unübersichtlichen Ernährungsetat weiter zu verdunkeln. Er hat es fertig gebracht, indem er die Ausgaben zur Stützung des landwirtschaftlichen Marktes aus den Mitteln des Maismonopols und zur Stützung der Schlachtviehmärkte mit einem Betrag von 6 Millionen Mark mit dem alten Ansat für landwirtschaftliche Betriebsumstellung in Höhe von 18,5 Millionen Mark so verbunden hat, daß die Mittel bei diesen drei Titeln sich gegenseitig decken. Wenn diese Etatgestaltung des Herrn Schiele vom Reichstag angenommen wird, brauchen wir im Ernährungsetat überhaupt keine Einzelteile mehr, und ein großer Ansat unter dem Titel „Ermächtigung zur Subventionierung der Landwirtschaft“ im Etat wäre genug.

Die Sozialdemokratie wird darum beantragen, zum mindesten die gegenseitige Deckungsfähigkeit der drei Titel wieder aufzuheben und die Ermächtigungen des Ernährungsministers, die auch dann noch weit genug gehen, wenigstens in ihrem bisherigen Rahmen zu halten. Ferner wird die Sozialdemokratie verlangen, daß die 6 Millionen Mark, die zur Stützung der Schlachtviehmärkte vorgesehen sind, aus dem Etat verschwinden, weil sie sich von dieser Ausgabe auch nicht den geringsten Erfolg verspricht. Endlich wird sie darauf aufmerksam machen, daß eine Stützung des landwirtschaftlichen Marktes und die Förderung des landwirtschaftlichen Absatzes aus den Mitteln der Reichsmailsstelle, wie sie Herr Schiele durch Einführung eines betreffenden Etattitels beabsichtigt, im Widerspruch zur Ausführungsverordnung des Maisgesetzes vom 31. März 1930 steht. In dieser Verordnung, die ebenfalls von Herrn Schiele stammt, wird nämlich bestimmt, daß die Ueberträge der Reichsmailsstelle für eine allgemeine Senkung des Verkaufspreises für Mais im Falle einer unerwünschten natürlichen Preissteigerung und zur Stützung der inländischen Getreidepreise zur Verfügung gestellt werden dürfen.

Die Aenderung der Zweckbestimmung der Maismonopolentnahme zeigt deutlich das Anwachsen der agrarischen Subventionenabsichten. Die Sozialdemokratie wird hierzu einen entsprechenden Änderungsantrag stellen. Die eigentliche Diskussion über die deutsche Agrarpolitik wird eingehend wohl erst bei der Beratung des Dstprogramms geführt werden.

Reichsbahn im April.

Bis Ende März 130 Millionen Einnahmeausfall.

Auch im Monat April zeigten sich bei der Reichsbahn im Güterverkehr die Folgen der schlechten Wirtschaftslage. Der Personenverkehr war durch Osterferienlage und Osterferien besser, doch blieb die Verkehrssteigerung hinter der entsprechenden des Vorjahres zurück.

Im März wurden 355,7 Mill. eingenommen. Die Ausgaben betragen 401,7 Mill., darunter 32,3 Mill. für Erneuerungen. Die Märzermittlung war um rund 45 Mill. höher als die des Februar, blieb aber hinter der vorjährigen Märzermittlung erheblich zurück. Die Gesamteinnahmeausfälle seit Beginn des Jahres erreichen 130 Mill. Mark; die durch Betriebsmaßnahmen nichtgedeckten Ausgaben sind in den drei Monaten bis März auf rund 83 Mill. gestiegen.

Der Personalbestand hat sich im März auf 670 404 Mann erhöht, gegen 668 970 Mann im Februar.

Die Bauindustrie wird optimistisch.

Zum Geschäftsbericht der Wagh & Freytag AG.

Das bekannte westdeutsche Bauunternehmen, die Wagh u. Freytag A. G. in Frankfurt a. M. steigerte ihren Betriebsgewinn im letzten Jahr von 6,1 auf 6,5 Mill. Mk. Aus dem Reingewinn von 1,21 gegen 1,18 Mill. Mk. wird die gleich hohe Dividende von 8 Proz. wie im Vorjahre verteilt.

Nach dem Geschäftsbericht ist das hohe Gewinnergebnis fast ausschließlich den Auslandsaufträgen zu verdanken. Wie kürzlich schon die Philipp Holzmann A. G. in ihrem Geschäftsbericht auf den „maßlosen Auftragsüberhang“ der deutschen Bauindustrie hinwies, betont auch die Verwaltung von Wagh u. Freytag, daß besonders bei den öffentlichen Ausschreibungen das Ueberangebot zu einem beträchtlichen Teil in der Preise geführt habe, daß zu diesen Bedingungen nicht zu arbeiten sei. Die Beschäftigung im Ausland war dagegen im Berichtsjahr weiterhin sehr gut. Der Auftragsbestand bei Beginn des neuen Geschäftsjahres hielt sich infolge großer Reparationsaufträge für Frankreich auf der Höhe des Vorjahres. — Bemerkenswert ist, daß die Verwaltung die Entwicklung des Baumarktes infolge der anhaltenden Geldknappheit, die auch auf den Kapitalmarkt zurückwirken müsse, optimistisch beurteilt.

Großfusion in der englischen Stahlindustrie.

In der englischen Montanindustrie ist jetzt ein Großzusammenschluß durchgeführt worden, der infolgedessen besonders bemerkenswert ist, weil er unter dem Druck und unter der Kontrolle der Bank von England ausgeführt wurde.

Die Bank von England, die an der Rationalisierung der englischen Industrie sehr aktiv mitwirkt, vor zwei Jahren aber selbst bei der Sanierung des großen Stahlkonzerns Armstrong schwere

Verluste erlitten hatte, hat angesichts der ständig wachsenden Schwierigkeiten in der englischen Schwerindustrie erneut die Initiative ergriffen, und die beiden zur Armstrong-Gruppe gehörenden Unternehmungen Wigan Coal Corporation und Pearson u. Knowles Iron Corporation zu ihrem Zusammenschluß gezwungen. Die Fusion erfolgt in der Art, daß die gesamten Zechen in der Wigan Coal Corporation zusammengefaßt werden, die mit einem Kapital von 35 Mill. £. ausgestattet wird. Sämtliche Stahl- und Eisenwerke werden in der Pearson u. Knowles Iron Corporation, die ein Kapital von 110 Mill. £. hat, vereinigt. Die Ernennung der Direktoren liegt in den Händen der Bank von England.

Stark rückgängige Holzwerkzeugzeugung wird für den April gemeldet. Die Leistung der deutschen Holzwerke ist im April (24 Arbeitstage) auf 737 355 Tonnen gegen 838 808 Tonnen im März (26 Arbeitstage) gesunken; die arbeitstägliche Leistung ging von 32 185 auf 30 723 Tonnen zurück gegen 38 998 Tonnen im April vorigen Jahres. Auch ein Beweis für die Notwendigkeit, die deutschen Eisenpreise zu senken, weil die Konjunktur so stark erschüttert ist; eine Notwendigkeit, die mit Lohnfragen nicht verknüpft zu werden braucht.

Allgemeine Wetterlage.



Am Donnerstag wurde es im größten Teil Deutschlands etwas wärmer als am Vortage. Abgesehen vom kühleren Nordosten des Reiches stiegen die Temperaturen meist bis 20 Grad. Dabei herrschte ruhiges und zeitweise heiteres Wetter. Besonders in Mittel- und Süddeutschland kam es wieder zu einer Reihe isolater Gewitter. — Die augenblickliche Druckverteilung zeichnet sich durch ein ausgedehntes Hochdruckgebiet aus, das sich von England über Skandinavien bis nach Finnland erstreckt. Mitteleuropa liegt im Bereich einer flachen Tiefdruckzone. Diese Wetterlage, die die Ausbildung örtlicher Gewitter begünstigt, dürfte, wie auf den zur Zeit vor sich gehenden Druckänderungen zu schließen ist, zunächst fortbestehen.

Wetter für Berlin: Zeitweise heiter, am Tage mäßig warm, fortbestehende Neigung zu lokalen Gewittern, schwache nordöstliche Winde. — Für Deutschland: Im Nordosten Deutschlands ziemlich kühl und meist trübe mit Regenschauern; im übrigen Reich ruhiges und mäßig warmes Wetter mit einer Anzahl lokaler Gewitter oder Gewitterregen.

Funkwinkel.

Paul Westheim behandelte das Thema: „Wozu Kunstkritik? Westheim verzierte auf schöne Worte und auf gelehrtes Rüstzeug. Er hatte Weisheiten zu sagen, vergaß aber von seiner knappen Zeit keinen Augenblick und sprach von Aufgaben der Kunstkritik, die lebendig, zeitbeding und zeitverwunden die Kunst führen und vermitteln muß. Seine Ausführungen boten wertvolle Hinweise zum Kunstverständnis; sie lehrten nicht die Kenntnis hochtrabender Vokabeln, sondern nur gesunde Menschenverstand bei den Hörern voraus. — Vom „Aufstieg der Tüchtigen“ sprach Dr. Reinhold Schäfer, Dresden. Er zeigte u. a., wo die Hauptschwierigkeiten des Aufstieges liegen: Wir haben in Deutschland viel zu viel Respekt vor Zeugnissen und machen denen, die nicht den vorklassischen Bildungsweg gegangen sind, den Aufstieg schwer, oft unmöglich. Wird aber Kindern unbemittelter Eltern bereits durch die Schule der Aufstieg erschlossen, so ist die Erziehungs- und Studienbeihilfe oft so knapp, daß der dauernde wirtschaftliche Druck eine volle Entfaltung verhindert. In der Jugendstunde gab Hermann Kasack einen Einblick in Dichtertagebücher. Er hatte eine vielseitige, teilweise allerdings zu literarische Auswahl getroffen. Was die Jugend besonders interessiert, ist der Mensch, der sich darin entwickelt. Den Wagner-Abend dirigierte Leo Blech; es sangen Vera Schwarz, Hendrik Appel und der Funtchor; das Funtorchester spielte. Eine künstlerische Hochleistung.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- Kreis Prenzlauer. Die Mitgliederversammlung der Arbeitervereine am 20. April, 7-10 Uhr, abgehalten.
- Kreis Steglitz. Mitgliederversammlung der Arbeitervereine am 20. April, 7-10 Uhr, abgehalten.
- Kreis Tempelhof. Mitgliederversammlung der Arbeitervereine am 20. April, 7-10 Uhr, abgehalten.
- Kreis Neukölln. Mitgliederversammlung der Arbeitervereine am 20. April, 7-10 Uhr, abgehalten.

18. Kreis Weiskamer. Heute, Freitag, 23. Mai, um 20 Uhr, Kreismitgliederversammlung im Lokal „Zur Viermark“, Schöneberg, Vortrag: Der Faschismus als soziale und politische Gefahr. Referent Engelbert Graf, M. d. V.

Heute, Freitag, 23. Mai.

18. Kreis Weiskamer. Heute, Freitag, 23. Mai, um 20 Uhr, Kreismitgliederversammlung im Lokal „Zur Viermark“, Schöneberg, Vortrag: Der Faschismus als soziale und politische Gefahr. Referent Engelbert Graf, M. d. V.
19. Kreis Prenzlauer. Heute, Freitag, 23. Mai, um 19 Uhr, Kreismitgliederversammlung im Lokal „Zur Viermark“, Schöneberg, Vortrag: Der Faschismus als soziale und politische Gefahr. Referent Engelbert Graf, M. d. V.

Morgen, Sonnabend, 24. Mai.

22. Mai, 19 Uhr Sitzung des Abteilungsverbandes mit den Elternbeiräten bei Graf, Albrecht Str. 10.
24. Mai, ab 18 Uhr Mitgliederversammlung der folgenden Kreise: 1. Gruppe: Prenzlauer, 2. Gruppe: Steglitz, 3. Gruppe: Tempelhof, 4. Gruppe: Neukölln, 5. Gruppe: Weiskamer, 6. Gruppe: Wilmersdorf, 7. Gruppe: Charlottenburg, 8. Gruppe: Mitte, 9. Gruppe: Westend, 10. Gruppe: Ostend, 11. Gruppe: Prenzlauer, 12. Gruppe: Steglitz, 13. Gruppe: Tempelhof, 14. Gruppe: Neukölln, 15. Gruppe: Weiskamer, 16. Gruppe: Wilmersdorf, 17. Gruppe: Charlottenburg, 18. Gruppe: Mitte, 19. Gruppe: Westend, 20. Gruppe: Ostend.

Frauenveranstaltungen.

1. Kreis Weiskamer. Heute, Freitag, 23. Mai, bei Spiegel, Albrecht Str. 10, Mitgliederversammlung. Wir bitten alle Genossinnen, sich zahlreich daran zu beteiligen.
16. Mai, Sonnabend, 24. Mai, von 18-19 Uhr bei Kaufmann, Albrecht Str. 10, Mitgliederversammlung. Wir bitten alle Genossinnen, sich zahlreich daran zu beteiligen.
18. Mai, Sonntag, 25. Mai, um 10 Uhr bei Fiedler, Albrecht Str. 10, Mitgliederversammlung. Wir bitten alle Genossinnen, sich zahlreich daran zu beteiligen.

Jungsozialisten.

- Gruppe Schöneberg: Heute, 20 Uhr, Jugendheim Hauptstr. 15, Schöneberg, Jugendsozialistischer Diskussionsabend. Politisches Erfahren wird erwarbt.
- Gruppe Tempelhof-Neukölln: Wir beteiligen uns gefälligst am Film „Bühnen über Berlin“. Beginn 19 Uhr.
- Gruppe Prenzlauer: Wir beteiligen uns heute alle an der Kreismitgliederversammlung.
- Gruppe Weiskamer: Heute, 20 Uhr, im Jugendheim Hauptstr. 15, Schöneberg, Jugendsozialistischer Diskussionsabend. Politisches Erfahren wird erwarbt.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen.

1. Kreis Weiskamer: Aufkommenkunft zur Gründung einer Kreisgruppe der A.G. bei Richter, Eisenmarkt, 26, am 19. Uhr. Um vollständige Ergebnisse wird dringend gebeten.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

- Wir haben keine Vorstandes- oder erweiterte Vorstandssitzung hier. — Es sollen nach Möglichkeit einzelne Kreise. Wir erbiten umgehende Mitteilungen. — Halleinsatzung heute, Freitag, 17 Uhr, Lindenstr. 4, Leitung: Willi Dierich.
- Kreis Prenzlauer: Mitgliederversammlung der Kinderfreunde im großen Kreisheim (Film- und Schachklub) heute, Freitag, 20. Mai, Beginn 20 Uhr. Eintritt frei. Eltern, Freunde und Genossen sind herzlich eingeladen. Es läuft erstmals der Film vom Kinderfreunde-Meeting im Volkspark Reinick.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

25. Mai. Unter Genosse Willi Leuchter ist am 19. Mai verstorben. Herr Leuchter wurde für die Sozialistische Partei, Freitag, 23. Mai, auf dem St. Georgen-Friedhof.
26. Mai. Unter Genosse Eugen Sachs, Reichsleiter über 20, ist verstorben. Seine letzten Wünsche sind erfüllt. Beerdigung am Sonntag, 24. Mai, um 10 Uhr im Arbeiterheim Prenzlauerweg. Wir bitten um ergöt. Beteiligung.

Rheuma-Sensit

D. R. P. — viel gelobt und ärztlich empfohlen bei: Rheumatismus, Ischias, gichtischen Affektionen, Hexenschuß, Migräne, Kreuzschmerzen, Neuralgien aller Art sowie als kräftigendes u. wohltuendes Massagemittel vor und nach körperlichen Anstrengungen für Muskeln, Sehnen und Gelenke. In Tuben zu 80 Pf. u. 1.50 RM erhält. In allen Apotheken u. Drogerien. Achten Sie aber beim Einkauf stets auf das Name „Rheuma-Sensit“ und auf die charakteristische Packung mit dem grünen Band. Probieren Sie auf Wunsch kostenlos durch! Rheuma-Sensit u. Sensogen-Fabrik, Berlin SW 43

Wohnen im Wald

Freitag und Sonnabend Verkauf der restlichen Waldparzellen!

Blankenfelde!

am 2. Mk 2,50 an

NETTO BAULAND INKL. 100 JÄHR. BAUMBESTAND AN FERTIGER STRASSE ANZAHLUNG VON M. 200.— AN MONATSRATEN VON M. 30.— AN

Besitzen Sie sich, damit auch Sie dabei sind!

WIR ERWARTEN SIE AM BHF. MAHLOW • VERBINDUNG: 1 STATION NÜRNEN BERL.-LICHTENRADE • AN POTSDAMER BUNDSH. 30 MINUTEN FAHRTZEIT • SÜD-BERLIN-BODEN-A.-G. W 8, KRONENSTR. 11, MERKUR 3523 • VERKAUFSBÜRO: BLANKENFELDE (SCHLOSS) TELEFON: MAHLOW 12

SUPPENHÜHNER

frisch geschlachtet 105 Pf. von 1 an

HÜHNER

gefroren 82 Pf. von 1 an

Heute zu Tiets: billige und gute Lebensmittel einkaufen

PUTEN

gefroren 105 Pf. von 1 an

ENTEN

gefroren 110 Pf. von 1 an

FRISCHES FLEISCH

- Schweinefleisch, Schweineschulterblatt, Schweineschinken, Schweinefleisch, Schweinekotlett, Kassler mild, Pökelkamm mild, Eisbein mit Speck, Rücken fett, Kalbschaxen, Kalbskamm ohne Beilage, Kalbskeule bis 9 Pf. schwer, Kalbs schnitzel, Kalbskotlett, Kalbsroulade, Hammelvorderfleisch, Suppenfleisch, Gulasch, Schmorfleisch, Schabefleisch, Hackepeter gewürzt, Gefrierfleisch, Schmorfleisch, Gulasch, Suppenfleisch, Hammelvorderfl., Hammelrücken, Rinderleber gefroren, Rinderbacken, Rinderlungen, Rinderherzen, Ruter, Rinderschwänze, Schweineköpfe

Kolonialwaren

- Brudereis, Tafelreis, Italienischer Reis, Palma-Reis, Carolinen-Reis, Weizengriess, Hartweizengriess, Stückenmakaronen, Eierfadennudeln, Backobst, Pflaumen, Birnen, Krümelschokoladenpulver, Kaffee frisch gahr.

Wurstwaren

- Süzwurst, Dampfurst, Leberwurst, Knoblauchwurst, Jagdwurst, Mettwurst, Zerkel od. Salami, Feine Leberwurst, Zerkel od. Salami, Teewurst, Holzstein, Zerkel od. Salami, Holzstein, Salami, Fettdarmwurst, Schinken speck, Fötter Speck

Käse u. Fette

- Romadour, Allg. Stangenkäse, Brieckäse, Blockkäse, Tilsiter, Tilsiter vollfett, Dän. Schmelzer, Steinbuscher, Edamer, Holland, Butterkäse, Margarine, Molkereibutter, Tafelbutter, Dänische Butter

Konserven

- Kaiserschoten, Gemüseeerbsen, Erbsen m. gesch. Karott., Junge Karotten, Sellerie in Scheiben, Gem. Gemüse fein, Pfefferlinge, Aprikosen halbe Frucht, Süßkirschen mit Stein, Preiselbeeren, Kalif. Pflirsiche

Obst u. Gemüse

- Tafeläpfel, Blutapfelsinen, Bananen, Zitronen, Radieschen, Salat, Rhabarber, Grüne Gurken, Grüne Bohnen, Junge Möhren, Junger Spinat, Neue Kartoffeln, Spargel, Wirsingkohl

Konfitüren

- Adalberkeks oder Tartarkeks in Cellophan, Malweinblätter, Pfefferminz-Fondants, Erfrischungswaffeln, Kokosmakronen, Teegebäck, Limonadenbonbons, Delikatessschnitte, Vollm.-Mokkabohnen, 3 Tafeln Schokolade

Konfitüre

- Bimer ca. 2 Pf., Pflaumen, Aprikosen, Himbeer, Kirsch, Erdbeer, Ananas, Vierfrucht-Marmelade

WEINE / FRUCHTSÄFTE

- 1928er Edenkobener Gerech, 1928er Ingelheimer Rotwein, 1928er Liebfraumlisch, Deutscher Weinbrand, Himbeer-od. Kirschsafft

Räucherwaren

- Bücklinge, Bundeale, Seeiachs, Schiellisch, Roibars, Stückenlachs

Fische

- Schellfisch, Seelachs, Kabeljau, Rotbars, Zander, Kabeljaufilet, Leb. Karpfen

MOTTENSCHUTZARTIKEL

- Naphthalin in Schuppen und Kugeln, Naphthalin l. Tafeln, Camphorin-Tafelchen, Camphorin-Tabletten, Mottenäther, Zeräubungs-Spritzen, Mottenschutzbeutel, Mottenschutzbeutel Mo-im-Pa

KINDER-TAGE

Während der Kinder-Tage viel interessantes und Lustiges für die Kleinen in den Häusern Leipziger Strasse, Kinder-Theater, Alexanderplatz, Grosses Kinder-Preisausschreiben

SPD. 44. Abteilung, Eugen Katzke, Posthuffer Ufer 32, 11. am 20. Mai

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Todesanzeige, Karl Finke, geboren 15. Juni 1856, am 20. Mai

Invaliden-Unterstützungskasse d. Steindruckers und Lithographen zu Berlin, Generaterversammlung, Freitag, den 30. Mai 1930

Verkäufe, Teppichläufer, Bettdecken, Kissen, Vorhänge

Elegante Herren-Moden auf Teilzahlung, J. Kurzberg, Oranienstr. Nr. 100, I.

Allen Schwaben Tod und Teufel, KAJOT-Kleidung bedeutet beste Arbeitskleidung Berufskleidung, Kohnen & Jöring

Bekleidungsstücke, Wäsche usw., Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Möbel, KAJOT-Möbel, 24 Monatsraten, Besitze ohne Anzahlung

Musikinstrumente, Pianinos, Grammophone, Musikinstrumente

Max Dortu: Die Ziege des Bergmanns

Wie heißt Kunigunde. Wer ist denn das? Eine fränkische Königin? Oh was, Kunigunde ist eine Ziege. Kunigunde gehört meinem Freunde, dem Bergmann. Kunigunde hat ein Fell, so weiß wie Wolkenlang — und ihre Hörner sind wie das silberne Horn des jungen Rindes. Kunigunde hat auch ein Haus, das hat mein Freund, der Bergmann, ihr selbst erbaut. Natürlich hat auch mein Bergmann ein Haus, ein Haus aus schwarz gebrannten Ziegelsteinen: das Haus gehört der Ziege, aber das Ziegenhaus gehört meinem Freunde, darum: weil er es selbst erbaut hat — aus Goldsteinen. Was erzählt du da für Märchen, ein Ziegenstall aus Goldsteinen? Ei, gewiß doch, so macht mal eure Augen gut auf, schaut richtig hin: die Sonne scheint auf die Wand des Brauwaerbruchs — sehr ihr nicht eitel Gold, schönes indisches Braungold? Im Gefühl natürlich, im Schönheitsempfinden. Kaufen konnte für dieses braune Gefleins- und Sonnen-gold nichts. Schadet auch nichts, Hauptsache ist: daß dein Herz Freude empfindet, Freude nährt dich ebenso gut, wie Roggenbrot und Kornkaffee mit fetter Ziegenmilch.

Wiso, nochmals, das Bild: das schwarze Wohnhaus meines Bergmanns, Eigentum der Zechenverwaltung — und dreißig Meter hinter dem Hause die ferle Wand des ehemaligen Steinbruchs: Brauwaerde, Goldmaße, in schmolen Terrassen, in Zäunen und in Platten aufwärts gestuft. Natürlich ist der Raum zwischen Wohnhaus und Felswand ein Garten, ein Küchengarten, ein Gemüse-garten — aber auch ein Blumen-garten: zehn Rosenstöcke stehen in meines Bergmanns Garten, letzten Sommer haben sie alle gelüht: dunkelrot — weiß — rosa, wie der Frühling — gelb wie Mädchen-schube von Marokkoleber. Zehn Rosenstöcke, sie waren nicht teuer: sie haben nur 3,50 Mark gekostet (alle zehn!) Mein Freund las die Wärmerannonce in der Bergmannszeitung. Immer müht ihr das Bild sehen: das schwarze Wohnhaus, die braune Fels-wand — und oben am Rande des Steinbruchs die herrlichen Kiefern-bäume: ihre silbergrünen Kronen, die orange-rotten Stämme — und über den Kiefern der gläserne zartblaue Himmel, wolke weiße Ballehosen treibt der Wind spielend über das Blau hinweg. Der Wind tut noch was, er spielt Kämpfe, Harfe spielt der Wind, in den Kronen der Kiefern-bäume — Stundenlang knäuelst du stehen und horchen, da ist kein größerer Ländlicher als Freund Wiso! Von der Felswand springt auch ein kleines Gewässer herab, opalene und perlmutterne Spritzer verschwendend, ein silberglänzendes: durch den Garten fließt das Bächlein in rostigem Bett, der Eisenstein des Gebirges färbt rostgelb. Aber in dem rostgelben Bett des Baches fließt du auch Grün. Ein lattes schönes Grün, das Grün der Brunnenkresse. Dieses Grün ist vom Teich des Bachwassers in ständiger Bewegung, es ist — als ob es tanze! Es und so kommt Mutter Bergmann und hält sich zwei oder drei Hände voll von dieser Brunnenkresse — das gibt dann einen herrlichen Salat, Sohle kommt dran: Sohle von der Ziegenmilch — und neben der Schüssel mit Brunnenkresse steht eine große Schüssel voll Quarkkaffee. Ei, du meine Güte, da lacht Vater Bergmann dann übers ganze Gesicht, das ist dir aber auch ein Essen: Brunnenkresse mit Kartoffeln! Und die Kinder hüpfen vor Freude auf ihren saunenholzernen Stühlen — Kresse, Kresse — die Kinder: das Zwischen und die Grotte, die beiden frischen blondköpfigen Mädchen, acht und neun Jahre sind sie alt. Wiso, Familie Bergmann, lacht es auch Schmecken! Hört ihr nun auch das Tafelgerüst? In der Sonnende der Wohnküche singt Klein-Freundchen: der Kantinarin!

Was, müd: juho — Kunigunde ruft uns — sowohl, Kunigunde: wir kommen! Das ist also das Ziegenhaus, es steht hart an der Felswand, aus goldenen Bruchsteinen erbaut. Vater Bergmann war selbst der Baummeister des Ziegenhauses. Das Ziegenhaus steht freundlich aus — weiß es ein großes Auge hat, ein großes Fenster — ein Weißbrotfenster: das hat Vater für eine Mark und fünfzig Pfennige gekauft, auf einer Zwangsversteigerung, leider machte der kleine Gärtner banteroll. Unser Ziegenhaus hat zwei Eingänge, ein richtiges kleines Bergschloßchen, ein Lusthäuschen, im Salon zu ebener Erde haust Madame Kunigunde. Vom oberen Stockwerk her duftet es gar lieblich, nach Feld und Wald. Zwischen und Grotte haben im letzten Sommer für Kunigunde gebaut — an den Weg- und Terrainen, da haben sie Gras und Brennnesseln geschnitten, auch etwas junges Getreide vom Eichbusch kom hinzu — das alles wird in der Sonne getrocknet: das alles gab herrlich duftendes Heu: spürt ihr's, riecht ihr's, wie es droben im ersten Stockwerk des Ziegenhauses gelagert ist? Und noch was ist dröben gelagert: Spreu! Blätterspreu, gleichfalls von den Mädchen gesammelt, zusammengebracht, im stürmischen Herbst: trockene Blätter von Buche, Linde, Ulme und Worn. Stroh haben wir feins, aber Laubspreu, die gibt auch guten Dünger für das Küchengemüse und für die Rosenstöcke (zehn Rosen nur 3,50 Mark!).

Ziegen gibt es wohl viele, aber es gibt nur einen Ziegenbe-fieger, der eine Ziege hat — die lesen kann! Woaaas? Kunigunde kann lesen? Naawapoo! — lesen kann Kunigunde! Wir sind im Ziegenhaus drin, Kunigunde begrüßt uns mit Anigen und lustigem Gemädel, ihr rosiges Schnüßchen zuckt und schnuppert vor Auf-regung — was bringt ihr mir, was bringt ihr mir? Naaa, Kunigunde, du müdest heute wohl wieder 'nen Brief lesen? Müha, müha: Du, du, du! Und Vater Bergmann zieht aus der Brust-tasche ein Zeitungsbillet heraus, da reißt er einige dreifache Stücke — und Kunigunde steigt auf die Hinterbeine — und Vater Berg-mann gibt ihr den Brief, ein Stück Zeitungsbillet. Kunigunde zer-reißt mit ihren langen weißen Zähnen das Papier, sie liest die alte Zeitung auf — sie liest Brief um Brief, Müha: wie das aber auch so fein schmeckt, die Bruder-schwärze — die schmeckt besser als Vanille, Pfeffer und Mustermilch. Die Kunigundens Augen so freudig strahlen, so herrlich strahlt nicht das Auge der Kaiserin Herminie, als sie zu Schloß Doorn mit Herrn Holzbaders Wilhelm Hochzeit machte. Kunigundens schönes Auge: grasgrün und mitten hindurch ein langer violetter Schlit. Müha, müha: habt ihr noch 'nen Brief?

Nun müssen wir auch mal Kunigundes Milch probieren. Wir sitzen in der Bergmannsküche, am weißgeschworenen Eichenholz-tisch — Papa Bergmann hat heute freischicht, wir sind zu fünfe: Papi, Mami, Zwischen, Grotte! und ich alter Herr Rotkopf. Jeder hat einen sondernen Siechheber vor sich. Mutter gießt Kaisers Korn-kaffee ein — und dann gießt Mutter die gelbliche Sahnenmilch in den Kaffee — hohel, Kunigunde, Kunigunde: wie so lecker ist doch deine Milch!

Und wir essen zum Kunigundentoffee Schwarzbrot mit echter Margarine — und wir erzählen uns was, und wir machen Späße, und wir lachen uns den Leib halb kaputt — und 's Bäcklein singt und singt, der Kantinarin!

Mutter Bergmann erzählt mir ihr die Grotte zu Geburtstag eine große Freude bereitet habe — Mutter Bergmann geht die Ziege holen — nun, was denkt ihr wohl, was Mutter Bergmann da auf den Küchentisch legt? Ein kleines Deckchen, eine Handarbeit, ein Schmuckstück für die Sofa-lehne in der guten Stube — ein weißes Deckchen: obendrauf ist eine purpurrote Ziege gestickt, mit quittengelben Hörnern. Naawo, Grotte: das haste fein gemacht! Nun erzählt Papi Bergmann von — seinem — Geburtstag, da hat Mama Bergmann ihm eine Kunigunden-Kanne geschenkt, eine Kaffeekanne, eine Hängekanne, eine Handkanne, eine Aluminium-kanne: blank wie Silber — diese Kanne nimmt Vater mit auf Schicht. Kaffee mit Ziegenmilch, du kannst dir kaum was Schmach-tigeres denken! Nun aber schreiten wir sprachlich über eine Brücke, vom heileren kommen wir zum Ersten. Mühl Bergmann erzählt, wie Kunigunde ihnen auch schon Sorge gemacht habe. Kunigunde war krank, ihr Leib blüht sich auf, halt welcher Milch gab sie grüne Milch, Kunigunde hatte halt Heu einmal ihre nasse Spreu gegessen, davon ward sie krank: Koffi, Koffi! Zum Glück hatten die Kinder

Freude holen — nun, was denkt ihr wohl, was Mutter Bergmann da auf den Küchentisch legt? Ein kleines Deckchen, eine Handarbeit, ein Schmuckstück für die Sofa-lehne in der guten Stube — ein weißes Deckchen: obendrauf ist eine purpurrote Ziege gestickt, mit quittengelben Hörnern. Naawo, Grotte: das haste fein gemacht! Nun erzählt Papi Bergmann von — seinem — Geburtstag, da hat Mama Bergmann ihm eine Kunigunden-Kanne geschenkt, eine Kaffeekanne, eine Hängekanne, eine Handkanne, eine Aluminium-kanne: blank wie Silber — diese Kanne nimmt Vater mit auf Schicht. Kaffee mit Ziegenmilch, du kannst dir kaum was Schmach-tigeres denken! Nun aber schreiten wir sprachlich über eine Brücke, vom heileren kommen wir zum Ersten. Mühl Bergmann erzählt, wie Kunigunde ihnen auch schon Sorge gemacht habe. Kunigunde war krank, ihr Leib blüht sich auf, halt welcher Milch gab sie grüne Milch, Kunigunde hatte halt Heu einmal ihre nasse Spreu gegessen, davon ward sie krank: Koffi, Koffi! Zum Glück hatten die Kinder

Erna Büsing: Jussuf erobert Algerien Eine geschichtliche Anekdote

Er war nur ein einfacher Diener, aber er war ein bildschöner Mann und die Augen der Tochter des Bems, sie ruhten mit frauen-lichen Wohlgefallen auf Jussuf. Die Tochter des Bems war eine bereits zur Liebe erwachte Frau und ihr Vater hatte sie einem Oberst feierlichst geheißen und erkaufte so seine Treue und die der ganzen Armee. Der Oberst war stolz, der Gatte einer Prinzessin zu sein, doch war für ihn die Ehe eine unliebame Beschränkung. Mit den genau zu befolgenden Zeremonien in der Hochzeitsnacht würde er fertig, aber — als Gemahl einer Prinzessin durfte er nur eine Frau zum Weib haben. Die Prinzessin jedoch liebte einmal nach den Geboten der inneren Politik des Landes und einmal nach dem Befehl ihres Vaters. Die erste Art oder richtiger Abart der Liebe galt ihrem Mann, die zweite echte Methode der Liebe galt dem Diener Jussuf.

Er trug den altbiblischen Namen Jussuf, obwohl der biblische Josef garode keine, für die Ohren gläubiger Moslem sehr wohl-läufige Geschichte mit dem Weibe des Herrn Poliphar hatte. Jussuf hatte diese Geschichte, die der kleine Prophet Musa erzählt, auch nicht vollkommenst erlebt, doch wußte er, daß zu seinem Namen Frauengeschichten gehörten. Schließlich schuf Allah die Liebe und Mohammed führte Befehle für sie ein. Und Allah rangiert vor Mohammed. So und ähnlich sprachen er und die Prinzessin über ihre Neigung; denn zwei Liebende sind belannlich nie um eine vor sich begründete Lustrede vorlegen.

Aber auch andere Menschen redeten über diese Liebe. Das war schlimm. Auf diese Weise erfuhr der Oberst von der verbotenen Neigung des gefelischlich so ungeliebten Vaarers. Er war ein kluger Mann. Er schlich sich als Einbrecher ins eigene Haus und über-zeugte sich. Da er jedoch nicht nur ein kluger, sondern zugleich ein schauer Mann war, regte er sich nicht im geringsten auf. Auf-regung erfordert Nervenkraft und das ist ein Stoff, dessen Kraft-barkeit man im Orient ganz besonders zu schätzen weiß. Er ärgerte sich auch nicht über die Prinzessin, warum denn? Sie war eine Frau, die Botschafterin hatte. Vergerlich verriet er jeden Vorwurf, auf keinen Fall wollte er die Prinzessin verärgern. War sie für ihn doch genau so decoratis wie ein Orden oder eine andere Gunst-bezuehung des Bems. Aber Jussuf, der mühte befestigt werden. Schnell hatte der Oberst alles vorbereitet. Er rächte keine Ehre nicht persönlich, o nein, er gab bloß einen Dolch und gab einen Befehl.

Das Steinhaus des Obersten war stabil gebaut, doch hatten die Wände Ohren. Jussuf und die Prinzessin wußten sofort von dem Befehl. Da nahm Jussuf das beste Pferd aus dem Stall und die Prinzessin gab ihm nicht nur einen Abschiedskuß, die Prinzessin gab ihm auch ihren Schmuck.

Dann schlüpfte Jussuf noch vor dem Abenddunkel. Bislang wußte er nur, was die Liebe war, jetzt wußte er urplötzlich, was das Leben bedeutete. Er dachte an nichts anderes, als an sein Leben. Den Jussuf trug ein arabisches Pferd, das Allah aus einer Handvoll Schwund und seinem lebendigem Odem geschaffen hat. Das Pferd bestand aus Sehnen, die zum abgeschlossenen Fell wurden, es lag förmlich, fast ohne Hufeindruck galoppierte es über Sand und Straße hinweg. Bald war Jussuf über die Grenze, war in Algerien, und das Pferd war erloschen und schüttelte unwillig den Kopf, als es angehalten wurde. Ihm hatte dieser eigenartige Weilauf mit dem Schicksal Freude gemacht.

In der ersten kleinen Moschee lag außerhalb der offiziellen Gebetszeit, Jussuf auf dem Gebetssteppich. Mit der Stirn berührte er die Erde. Dank, Dank sammelte er aus diesem Seelengrund. Doch zugleich drängte sich ihm die Bitte für ein weiteres, erfolg-reiches Leben über die Lippen. Dadurch wußte er, ob von seiner Gewohnheit, hat doch der fromme Moslem Allah nur zu danken. Aber für Jussuf war diese Bewehrung vom Übergebrachten gut; denn es erwachte sein eigener Wille, der Allah die Kosten der Fürsorge abnahm.

Der Orientale braucht wenig für seinen Lebensunterhalt und der orientalische Diener braucht fast nichts und doch gebraucht man Giftmengen für das Dolein auf dieser Welt. Nun, Jussuf hatte Brillanten und Diamanten und ein paar Dragomane fanden sich bereit, sie für Schleuderpreise entgegenzunehmen. Jedoch hatte Jussuf unter anderem eine etend gemalte Brosche, im regulären Wert von 50 Pfennigen, auf der stand „Zum Andenken an Karls-bad“. Diese Brosche wurde zur viel angestaunten Ehrengewürdig-keit und sie brachte Jussuf einen Erlös, von dem er ganz ein Jahr hätte leben können.

Jussuf sprach nicht. Als Diener war er gewohnt, zu arbeiten. Doch der einmal gefasste Reiz eines regelrechten Abenteurers ließ ihn nicht mehr los. Darum lief er zu den Franzosen und ging unter die Soldaten. Er tat seine Pflicht, er war sauber und pünktlich und ein heller Kopf dazu. Man nannte ihn bald einen guten Soldaten. Und die Bewährten unter den Eingeborenen, die müh jeder Kolonialpolitiker auszunutzen bestrebt sein. Die Vorgesetzten wurden auf Jussuf aufmerksam und abenteuerlustige Europäerinnen interessierten sich für ihn. Denn ein einfacher Mann, der eine hoch-geborene Geliebte hatte, ist immer von einem sonderbaren, geheim-nisvollen Reiz umgeben. Jussuf war ein schöner Mann, er hatte einen hochgeborenen, kräftigen Schnurrbart, an dessen Enden sich getrost zwei zierliche Wiffen hängen lassen können. Im Orient sieht man nämlich den Bart und läßt die Vollständigkeit bloß als natürliches Abzeichen der Mannheit gelten.

legten Sommer trostvolle Kräuter gesammelt: schnell. Wasser aus Feuer und das getrocknete Kamillen- und Pfefferminzkraut her-einen richtigen guten Jagentee gekocht, einen ganzen Eimer voll — zwei Tage drauf: Kunigunde war wieder gesund, wach ein Glück!

Draußen wird es langsam dunkel, über der Felswand kommt der gelbe Mond hoch, in der Küche sitzen wir in der gemütlichen Eulensunde, vom Küchenherd her leuchtet die rote Glut — alles ganz schön, die Gemütlichkeit im Kreise lieber Freunde, aber einmal muß doch geschieden sein — Adies ihr Lieben, ich muß fort! Zum Abschied bekomme ich ein Geschenk mit: eins von Luischen und eins von der Grotte — ich habe die kleinen Paletchen an meine alte rote Nase, ich schauke ein wenig auf, ich räche, ich merke: ah, Kamillen-kraut und Pfefferminzblatt! Kinderchen, Kinderchen, wie unwert-sam, aber mehr wußt ihr, daß ich mindestens zweimal im Monat Koffi habe? Mein armer alter Bauch! Ja, woher wissen das die Kinder — die Kinder sind gescheiter als die Alten. Ich gehe — und im Fortgehen klopfe ich nochmal an Kunigundens Haustüre. Kunigunde gibt mir Antwort: Müh, müh! Gute Nacht, gute Nacht: bring mir das nächste Mal 'nen recht langen Brief mit!

Jussuf machte Karriere, die günstigen Gelegenheiten ließen ihn zu. Bald war er Unteroffizier und mit so viel gleichem Tand behangen, daß kein Karussellpferd mit ihm hätte konkurrieren können. Jussuf wurde Leutnant; natürlich stand der französische Feldwebel trotzdem über ihm. Aber, was machte diese absichtlich kränkende Erniedrigung, Jussuf führte seine Uniform spazieren. Wenn er unter die Zelte der Eingeborenen trat, dann meinten die, Allah habe Beinblaternen zu Menschen werden lassen. Man be-stimmte Jussuf. Ihn aber packte der Ehrgeiz und Jussuf, der ehemalige Diener, arbeitete seinem Ehrgeiz entsprechend.

Geographisch abgegrenzte Orientländer kennen nur die Un-gläubigen. Für den Orientalen verwischt der Islam jede Landes-grenze. Alle Moslem sind Landesleute, mögen sie nun in China oder Turkestan wohnen. Darum waren für Jussuf die Bewohner Nigers kein ewiges Geheimnis; sie waren für ihn Brüder, in deren Gemeinschaft er ohne weiteres aufgenommen wurde. Er ging zu ihnen unter die Zelte, er besuchte sie in den Dörfern, er sah mit ihnen in den Städten in der Kälte der Springbrunnen und wußte, wie seine Landsleute über Frankreich dachten.

Er spielte die einzelnen Religionen gegeneinander aus, er war zum raffiniert überlegenden großen Herrn geworden. In einer Rangliste, die sicher kein aktiver französischer Offizier gelten läßt, avancierte Jussuf bis zum General. Das ist nötig, damit man zu den Eingeborenen sagen kann: „Seht, eure lästigen Leute stehen auf unserer Seite!“ Jussuf tat wirklich viel für die Eroberung Algeriens.

Die Kolonialpolitik ist bekannlich das Feld für Herrenmenschen. Man preizt den Mut, die Tapferkeit, den nicht zu unterdrückenden Unternehmungsgestir der großen Eroberer. Das ist ja alles ganz schön und gut und fügt sich prächtig ein in die Gedankenwelt der starken Idemmenschen. — Aber, aber, was wäre z. B. in diesem Fall aus der Kolonialpolitik geworden, wenn bewährter Oberst in Tunis nun mal zufällig bequem im Liebesleben gewesen wäre und seine Ansprüche an seine Frau gestellt hätte?

H. Meise (New York): Ein mysteriöser Volksstamm

Dr. Arthur Lorraine, Mitglied der königlichen Gesellschaft für Großbritannien, war kürzlich in Washington, um das Smithsonian-Institut für eine Expedition ins Innere Afrikas zu gewinnen, und zwar, um eine Klasse selbster menschlicher Lebensweisen und die Reste einer uralten Zivilisation zu suchen, für die er auf früheren Expedi-tionen überzeugende Beweise gesammelt haben will.

Dr. Lorraine beobachtete, wie Nigeria aus Nordafrika. Hier haben starke Bände, die südwärts über die Sahara ziehen, hohe Sandwalle aufgetürmt. Wie Dr. Lorraine sagt, wühlte sich vor Jahrhunderten eine mysteriöse Klasse von Halbbeduinen aus der Wüste durch diese Wälle und baute drei oder mehr „verbotene Städte“.

Solche alten unterirdischen Bänge wurden durch ein zement-ortiges Material halbar gemacht, und zwar auf ansehnliche Ent-fernungen. Die Zugänge werden von Beduinen bewacht, so daß bis vor verhältnismäßig kurzer Zeit niemand die geheimnisvollen Eielungen betrat. Seit dem Kriege jedoch konnten drei oder vier Forscher die Bänge durchstreifen und fanden die Bewohner in großer Eile vor Eindringlingen.

Die Städte bestehen aus unterirdischen Kammern mit niedrigen Dächern, so daß sie fast unsichtbar sind. Weiter findet sich ein noch größeres Mysterium — die „Verbotene Stadt“ — die wahrscheinlich noch kein Mensch gesehen, über die jedoch in Nordafrika zahlreiche Legenden im Umlauf sind. Die Bewohner der verbotenen Städte wiffen von ihrer Existenz, doch sind sie unbestimmt in ihren Rich-tungangaben. Es ist stets „noch etwas weiter“. Im Jahre 1924 drang Dr. Lorraine bis zum Rande vor.

Seine erste Eingebung über die mögliche Natur dieses geheim-nisvollen Volkes kam ihm kurz nach dem Kriege, als er an der Goldküste medizinischer Offizier war.

Bei den Eingeborenen, die aus dem Innern kamen und Arbeit suchten, fand er eine zunehmende Anzahl von so eigenartigem Körperbau, daß er zu der Ueberzeugung kam, es könne sich nicht um zufällige Anomolien handeln. Alle diese Leute, die sehr abgeschlossenen lebten und mit denen man nur schwer in Verkehr treten konnte, kamen aus dem Gebiete jenseits der verbotenen Städte.

Es ist sogar möglich, sagt Dr. Lorraine, daß sie einen menschen-typus darstellen, der etwa zu gleicher Zeit und auf derselben Kulturhöhe lebte, wie die protestanten Reorderster in Europa. Bäh-rend die Brimilien in Europa wahrscheinlich beim Kustauschen wirk-licher Menschen ausgetrotet wurden, mögen ihre Vorfahren in Afrika im Schutze der sich schon damals bildenden Sandwalle weiter-gelebt und im Laufe der Jahrhunderte ihre eigenartige Lebensweise entwickelt haben.

Dr. Lorraine glaubt, daß vor Jahrhunderten der Verkehr mit diesen Völkern reger war und sie zu der Kultur beigetragen haben mögen, die von den Rauten nach Nordafrika und Spanien gebracht wurde. Wenn Aufheine nach bestand die maurische Kultur aus zwei Strömungen, einer aus Arabien, und der anderen aus dem Süden. Es ist bekann, daß sich in dem Gebiet zwischen Wüste und Dschungel Siedlungsformen von beträchtlichem Alter befinden, die noch heute von Gruppen gemöhnlicher Eingeborenen bewohnt sein mögen.

„Eichbäumchen“ heißt ein in Paraguay vorkommender Blü-mern, dessen Körper an seinen Seiten ein weiches Licht aus-strahlt, so daß der Baum wie ein erleuchteter Eichenbaum aus-sieht.

Internationale Berufsfekretariate.

Sie umfassen 13709861 Mitglieder.

Die „Die Internationale Gewerkschaftsbewegung“ mitteilt, ist die Gesamtmitgliederzahl der vom Internationalen Gewerkschaftsbund anerkannten 27 Internationalen Berufsfekretariate (IBS.) während des Jahres 1928 von 13 657 681 auf 13 709 861 Mitglieder oder um 52 180 (0,4 Proz.) (um 517 893 oder 3,9 Proz. im Jahre 1927) gestiegen.

Neun IBS. haben einen Rückgang zu verzeichnen (1927: 5), und zwar die Bekleidungsarbeiter, Bergarbeiter, Fabrikarbeiter, Holzarbeiter, Hüttenarbeiter, Keramarbeiter, Landarbeiter, Metallarbeiter und Öffentliche Dienste und Betriebe. Dagegen hoben die Mitgliederzahlen der übrigen 18 IBS. (1927: 20) zugenommen.

Den prozentual stärksten Verlust erlitten die Landarbeiter (19,9 Proz.). Der prozentual größte Zuwachs wurde bei den Lehrern (21,8 Proz.), dem Post-, Telegraphen- und Telefonpersonal (15 Proz.), den Bauarbeitern (13,4 Proz.) und den Hotelangestellten (10,7 Proz.) erreicht.

Nach IBS. haben eine Zunahme der Zahl der angeschlossenen Länder zu verzeichnen, sechs IBS. erlitten einen Rückgang und 13 IBS. konnten die Zahl des Vorjahres halten. Die hotelangestellten-Internationale hat zwei neue

Länder gewonnen und die Landarbeiter-Internationale zwei Länder verloren.

Die Gesamtzahl der den IBS. angeschlossenen Organisationen stieg von 596 auf 603, d. h. um 7. Neun IBS. verzeichnen eine Zunahme der ihr angehörenden Organisationen, sechs IBS. eine Abnahme, während die Zahl bei 12 IBS. die gleiche blieb.

Die Lederarbeiter- und die Transportarbeiter-Internationale konnten die ihr angeschlossenen Organisationen um je vier vermehren, während die Landarbeiter-Internationale und die Internationale der Öffentlichen Dienste und Betriebe einen Verlust von je drei Organisationen erlitten.

Die Mitgliederzahl des IBS. stimmt mit der der IBS. nicht überein, da es noch Organisationen gibt, die zwar ihrer gewerkschaftlichen Bundeszentrale angeschlossen sind, aber nicht ihrem Internationalen Berufsfekretariat, während umgekehrt zehn Internationalen Berufsfekretariaten Verbände angeschlossen sind, die ihrer Landeszentrale nicht angehören.

Ende 1928 gab es in 17 Ländern 34 Verbände mit 100 788 Mitgliedern, die zwar ihrem Berufsfekretariat angehörten, nicht aber ihrer dem IBS. angeschlossenen Landeszentrale.

Textilbarone machen scharf.

Die „hohen Löhne“ sind an der Krise schuld.

Der Arbeitgeberverband der deutschen Textilindustrie, der immer dabei sein muß, wenn es sich um die Aufstellung von sozialreaktionären Programmen handelt, hielt dieser Tage seine Hauptversammlung in Kottbus ab.

Die Verhandlungen waren ausgefüllt mit Angriffen gegen die staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie mit heftigen Vorstößen gegen die gewerkschaftliche Lohnpolitik. Nach den Ausführungen des Hauptreferenten Dr. Klaus habe die deutsche Textilindustrie allein im vergangenen Jahre durch Kontrakte und Zusammenbrüche Verluste von 500 bis 600 Millionen Mark erlitten. Zugleich sei es den Gewerkschaften und Schlichtungsbehörden gelungen, auf dem Wege über den Zwangstarifvertrag immer wieder neue Lohnerhöhungen durchzusetzen, so daß heute die Nominallöhne der Textilarbeiter um 100 bis 110 Proz. über Friedensstand lägen und daß seit dem Frühjahr 1924 (!) die Tariflöhne um rund 50 Proz. gestiegen seien.

Sodann wurde das alte Märchen aufgetischt, daß die hohen deutschen Löhne die Konkurrenzfähigkeit im Ausland verhinderten. Schließlich wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß die gegenwärtige Wirtschaftskrise entgegen allen hemmenden Gewerkschaftselbstmaßnahmen (!) mit Naturnotwendigkeit eine Umstellung der Wirtschafts- und Sozialpolitik in Deutschland erzwingen wird.

Hier kommt der Pferdeschuh zum Vorschein. Wie die Stahlmagnaten und Kupferherren wollen auch die Textilunternehmer die gegenwärtige katastrophale Arbeitslosigkeit zu einem Generalangriff auf die Arbeiterschaft benutzen.

„Herunter mit den Löhnen!“ „Her mit der Mehrarbeit!“ Fort mit dem Schlichtungswesen und den Zwangstarifen! Das ist die Plattform, auf der sich die Unternehmerverbände jetzt zusammensind.

Wenn die Textilindustriellen geschäftlich detart unfähig sind, wie es Dr. Klaus schilderte, dann soll die Textilarbeiterschaft darben, um die Verluste hereinzubringen und die Fortsetzung dieser Mißwirtschaft zu ermöglichen?

Josef Simon.

Dreißig Jahre Vorsitzender der Schuhmacher.

Der Reichstagsabgeordnete Genosse Josef Simon in Nürnberg liest auf eine erfolgreiche 30jährige Tätigkeit als Verbandsvorsitzender des Zentralverbandes der Schuhmacher zurück. Seit dem Jahre 1907 ist Genosse Simon zugleich internationaler Sekretär der Schuh- und Lederarbeiter-Union.

Wir wünschen unserem Genossen Simon, der heute 65 Jahre alt geworden ist und der das Sozialistengesetz als Ausgewiesener in Frankfurt a. M. noch am eigenen Leibe erfahren hat, daß es ihm noch manches Jahr vergönnt sein möge, an der Spitze seines Verbandes und im Dienste der Arbeiterbewegung seinen Mann zu stehen.

Kommunisten sind Gewerkschaftsfeinde

Klage gegen die Konsumgenossenschaft.

Wie in verschiedenen Betrieben, so hatten die Kommunisten auch in der Konsumgenossenschaft für die Betriebsratswahl eine eigene Liste gegen die Gewerkschaftsliste aufgestellt. Die Vertreter sind wegen dieses gewerkschaftsfeindlichen Verhaltens von ihrer Organisation ausgeschlossen worden. Demzufolge mußte die Konsumgenossenschaft diese Arbeiter entlassen, denn der Tarifvertrag bestimmt, daß nur Mitglieder der vertragschließenden Organisationen — das sind in diesem Falle lediglich die freien Gewerkschaften — in den Betrieben der Genossenschaft beschäftigt werden dürfen.

Die Entlassenen, 15 an der Zahl, kochten ihre Entlassung durch Klage beim Arbeitsgericht an. Der Vertreter der Kläger, ein wackelhafter Kommunist, namens Oberdörster, stützte sich lediglich auf Argumente, die von sündigen Juristen ausgeklügelt sind und heute nur noch von den reaktionärsten Unternehmern gegen die Arbeiterorganisation ausgenutzt werden. Der Vertreter Moskau führte aus: Die Tarifbestimmung, wonach nur Gewerkschaftsmitglieder beschäftigt werden dürfen, widerspricht den guten Sitten (!), denn es darf auch Unorganisierten die Möglichkeit, im Konsumverein beschäftigt zu werden, nicht beschneit werden. Auch gegen Artikel 159 der Reichsverfassung (!) — so sagte der Bolschewist — verstößt die angeführte Tarifbestimmung, denn der genannte Artikel schützt das Koalitionsrecht und das bedeute, daß nicht nur das Recht, sich zu organisieren, sondern auch das Recht, unorganisiert zu sein, zu schützen sei.

Genosse Regel als Vertreter der Konsumgenossenschaft verwies darauf, daß die jetzt von kommunistischer Seite als sittenwidrig bezeichnete Tarifbestimmung seinerzeit von kommunistischen Gewerkschaftsmitglidern mitbeschlossen wurde.

Das Gericht ließ die Frage, ob die Reichsverfassung auch das Recht der Unorganisierten schützen wolle und ob der Tarif gegen die guten Sitten verstöße, dahingestellt sein. Für das Urteil, das auf Bezahlung der Forderung der Kläger — im ganzen 4050 M. — lautet, war ausschließlich ein gegen Schluß der Verhandlung so

nebenbei erwähnter Umstand maßgebend, nämlich der, daß die Kläger die Möglichkeit und wahrscheinlich auch die Absicht haben, gegen ihren Ausschluß Berufung bei den Verbandsinstanzen einzulegen. Der Ausschluß — sagt das Urteil — sei also noch nicht rechtskräftig. Vor Eintritt der Rechtskraft des Ausschusses habe die Beklagte nicht das Recht, die Kläger unter Berufung auf den Tarif zu entlassen.

Unberechtigte Lohnabzüge.

Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts.

Häufig werden den Arbeitern für fehlerhafte Arbeiten Abzüge von ihren Löhnen gemacht, ohne daß die Unternehmer dazu berechtigt sind. Besonders in der Textilindustrie ist dies so. Am 30. April beschäftigte sich nun das Reichsarbeitsgericht mit der Frage, ob ein Arbeiter für unverschuldete, fehlerhafte Arbeiten verantwortlich gemacht werden kann.

Bei vielen Textilfirmen im Rheintal und auch in anderen Bezirken besteht eine Arbeitsordnung, die folgende Bestimmung enthält:

„Wenn ein Arbeiter nachweisbar durch sein Verschulden schlechte oder verdorbene Ware herstellt oder abliefern, so wird er dafür verantwortlich gemacht. Das Verschulden des Arbeiters und die ihn treffenden Folgen seiner Verantwortung werden im Einvernehmen zwischen der Firma und dem Arbeiterrat bestimmt.“

In den Textilfabriken in Krefeld hatten mehrere Arbeiter ohne ihr Verschulden schlechte und fehlerhafte Arbeiten geliefert. Die Unternehmer hatten den Arbeitern die fehlerhaften Arbeiten vom Lohn abgezogen. Die Zustimmung des Arbeiterrats war von den Firmen nicht eingeholt worden. Die Arbeiter, die dadurch schwer geschädigt wurden, verlangten Rückzahlung des einbehaltenen Lohnes. Die Maßnahmen der Unternehmer seien für sie eine große Härte, weil sie ohnedies schon für sarge Löhne arbeiten müßten. Die Arbeiter und ihre Organisation erhoben Klage. Das Arbeits- und das Bundesarbeitsgericht gaben der Klage statt. Gegen dieses Urteil wendet sich die Revision der einzelnen Firmen und des Verbandes der Textilindustriellen.

Das Reichsarbeitsgericht wies die Revision als unbegründet zurück und legte den Unternehmern die Kosten des Rechtsstreits auf. Ohne Zustimmung des Arbeiterrats dürfen Abzüge für fehlerhafte Arbeiten vom Lohne nicht erfolgen. Der Abzug sei in mehreren Fällen zu Unrecht erfolgt und sei deshalb rechtswirksam.

Quartalsabschluß der Buchbinder.

Gute Resultate trotz großer Arbeitslosigkeit.

Für die Berliner Ortsverwaltung des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter war das erste Quartal dieses Jahres eine weit stärkere Belastungsprobe als das letzte Quartal 1929. Wie der Bevollmächtigte Genosse Imhoff in der Generalversammlung am Donnerstag berichtete, waren am Schlusse des 1. Quartals bei den Arbeitsnachweisen 894 männliche und 3660 weibliche Berufsangehörige, zusammen also 4554 Arbeitslose eingetragen. Eine Anzahl von Firmen legte ihre Betriebe still oder ging in Konkurs. Gerade im letzteren Falle sind die Arbeiter, die oftmals schon vor dem Zusammenbruch ihre Löhne nur in Notenz erhalten, die am schwersten Betroffenen, da sie meist monatelang auf ihren rückständigen Lohn warten müssen.

Die katastrophale Lage auf dem Arbeitsmarkt sollte der Tätigkeit der Organisation auf dem Gebiete der Lohn- und Tarifpolitik natürliche Grenzen. Immerhin ist es der Ortsverwaltung gelungen, neben der Abwehr verschiedener Angriffe der Unternehmer auf tarifliche Errungenschaften noch einzelne Verbesserungen durchzusetzen.

So war es u. a. möglich, für die Arbeiter der Zigarettenindustrie eine Erhöhung des Spitzenlohnes der Facharbeiter von 60 auf 62 Mark und für die Kartonnagenarbeiterinnen der gleichen Industrie eine Aufbesserung des Spitzenlohnes von 34 auf 35 Mark zu erwirken.

Für die Arbeiterschaft der Märkischen Karton- und Kartonnagen- u. B. gelang es in freier Vereinbarung über den Kartonnagentarif hinaus noch erhebliche Verbesserungen in der Frage der Urlaubsgewährung und -bezahlung durchzusetzen. Dieser Abschluß beweist, daß auch in einer wirtschaftlich schweren Zeit die Unternehmer ihrer Arbeiterschaft Zugeständnisse machen können, wenn sie nur wollen.

Ein gutes Ergebnis hatte die freiwillige Extrasteuer zugunsten der erwerbslosen ausgesteuerten Verbandsmitglieder. Es wurden insgesamt 7675 Mark aufgebracht. Daß der Mitgliederbestand trotz der Ungunst der Verhältnisse auch im ersten Quartal konstant geblieben ist, ist ganz besonders erfreulich, da das Gros der Mitglieder Frauen sind, die sonst in allen Organisationen mit starker weiblicher Mitgliedschaft das größte fluktuierende Element bilden. Am Schlusse des ersten Quartals zählte die Organisation in Berlin 11 750 Mitglieder.

Ein Antrag, in dem die Kündigung des Lohntarifes für die W.B.-Betriebe zum 2. Juli und eine angemessene Lohn-erhöhung gefordert wird, wurde dem Tarifausschuß überwiesen.

Die Geschichte der Straße.

Geschichtswert von Alexander Knoll.

Mit der Herausgabe des 3. Bandes der „Geschichte der Straße und ihrer Arbeiter“ von Alexander Knoll ist ein gewerkschaftshistorisches Werk abgeschlossen worden, das nicht nur für die Steinarbeiter selbst, sondern für jeden lesenswert ist, der einen Einblick gewinnen will in die Entwicklung der Arbeiterbewegung von der Jungstorgeneration bis zur modernen gewerkschaftlichen Interessenvertretung der Arbeiterschaft.

Der 3. Band der „Geschichte der Straße und ihrer Arbeiter“ enthält eine ausführliche Darstellung des Werdens und Wirkens der Zünfte des Pflasterergewerbes; daneben einen geschichtlichen Abriss der Geschichte der Zünfte in Belgien, Holland, Frankreich, England und Österreich. Es werden darin weiter geschildert die Arbeiten der Steinsegerinternationale, der neuzeitlichen Unternehmervereinigungen und Innungen des Straßenbaugewerbes, verschiedene historisch bedeutsame Kämpfe in diesem Gewerbe um.

Ein solches Werk konnte nur ein Mann wie Alexander Knoll schreiben, der fast 30 Jahre mit ganzem Herzen Verbandsvorsitzender und Redakteur des Steinarbeiterverbandes und seines Vorgängers, des Verbandes der Steinseger, Pflasterer und Berufsangehörten Deutschlands gewesen ist.

Ein für jeden Gewerkschafter, besonders aber für die jüngeren ganz besonders lesenswertes Kapitel des 3. Bandes ist die Autobiographie des Verfassers. Dieses Kapitel zeigt, daß auch aus den sogenannten gesellschaftlichen Niederungen Männer heranwachsen und vor allem sich heranbilden können, deren geistige und moralische Qualitäten weit über dem Durchschnitt der Leute liegen, die auf der Sonnenseite geboren, über den Nebel nur nebelrumpfend reden. Das 708 Seiten starke, mit vielen Illustrationen versehene Buch kostet für Gewerkschaftsmitglieder 8 M., sonst 10 M. und ist zu beziehen durch den Verlag des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands, Leipzig C. 1, Zeilher Straße 30 IV.

Kongreß der Postbeamten Frankreichs.

Eine Delegation geht zum Postminister.

Paris, 22. Mai. (Eigenbericht.)

Der Kongreß der Postbeamten hat am Donnerstag nach langer Debatte die Entsendung einer Delegation zum Postminister beschlossen, die die Forderungen und Wünsche des Kongresses der Regierung übermitteln soll. Der Postminister hat sich bereit erklärt, die Delegation am Freitag vormittag zu empfangen. Von der Antwort der Regierung hängt es ab, ob der Postkonflikt zu einem Streik führen oder auf friedlichem Wege geregelt werden wird.

In der Nachmittags Sitzung wurde der Finanz- und Rechnungsbereich des Vorstandes verlesen. Nach kurzer Debatte wurde das Verhalten des Vorstandes im Zusammenhang mit dem Streik vom 5. Mai einstimmig gut geheißen. Nach diesem Beschluß erhoben sich die Kongreßteilnehmer und sangen die Internationale.

Streifen die belgischen Bergarbeiter?

Brüssel, 22. Mai.

Im Lohnstreik der belgischen Bergarbeiter konnte auch am Donnerstag noch keine Einigung mit den Unternehmern erzielt werden. Beide Parteien setzten vor dem Schlichtergericht ihre Verhandlungen über die beabsichtigte Herabsetzung der Löhne um 5 Proz. ab 31. Mai d. J. fort, gelangten jedoch zu keiner Uebereinstimmung.

Die Arbeiter werden noch im Laufe dieser Woche ihre Syndikate über die nunmehr hinzunehmende Stellung befragen. Es scheint nicht ausgeschlossen, daß, falls die Arbeitgeber in ihrer unmaßgebigen Haltung verharren, die Arbeiter versuchen werden, ihre Forderungen mit dem Streik durchzusetzen.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Ennabend und Sonntag Jungendtreffen der Holzarbeiterjugend in Berlin und Potsdam. — Deuts. Freitag, 19. 5. Uhr, waren folgende Gruppen: Rotbrunn; Jugendheim Schule Sonnenburger Str. 20. Vortrag: „Die Frauenbewegung von heute“. — Dermannplatz; Gruppenheim Sanderstr. 11. Ede Dobrodritze. Vortrag: „Anerkennung und Gewerkschafts-Jugend“. — Säden, Schöneberg; Gruppenheim Wassertr. 9. vorn part. Lichtbildvortrag: „Die Gewerkschaften im Lichtbild“. — Charlottenburg; Jugendheim Sorellstr. 20. Lukiges Kleinholz am Gurtel. — Reppelplatz; Jugendheim Turiner Ede Seestraße (Eingang Turiner Straße). Lichtbildvortrag: „An mein Volk“. — Wedding; Gruppenheim Schule Pant. Ede Wiesenstraße. Vortrag: „Berlin, wie es weint und lacht“. Referentin Friedel Hall.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Anaeffekten

Deuts. Freitag, haben folgende Veranstaltungen statt: Oberste: Jugendheim Sonnenburger Str. 20. Vortrag: „Sonder und Wandel im Mittelalter“. Referent: Dr. Max Schütz. — Köpenick; Jugendheim Schulstr. 15 (Hauptstr. am Bahnh. Köpenick). Vortrag: „Mit uns die Berufsleute“. — Schöneberg; Jugendheim Pant. Ede Wiesenstraße, 1. Et. Rimmer 5. Vortrag: „Berlin, wie es weint und lacht“. Referentin Friedel Hall.

?! ... mehr Milch?!
Ja, aber auf die neue befömmliche Art — mit Kathreiner gemischt, als Milch Kathreiner!

— der wird dreimal so leicht verdaut wie Milch, und — der schmeckt hundertmal besser!

*Unsere ärztlichen Zeitschriften berichten jetzt gerade über dieses aufsehenerregende Ergebnis der neuesten Ernährungsforschung.